

SICHERHEIT FÜR EUROPA

Kaum sind die Ostermärsche vorüber, da versammelt sich Europa erneut auf den Straßen. Auf Aufruf des Weltfriedensrats beteiligten sich die Europäer intensiv an der Aktionswoche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Von Moskwa und Newa bis zum Rhein, von der Themse bis zum Mittelmeer fanden Kundgebungen, Umzüge und Demonstrationen unter der Losung: „Frieden für Europa!“ statt.

Hört man die Washingtoner Spitzenpolitiker, hat Europa keine andere Bedeutung, als zum Lagerplatz neuer nuklearer US-Raketen zu werden. Auch der Termin steht bereits fest: Ende 1983. In Europa weiß man also, was da auf uns zukommt. In London wurde vor kurzem ein „Empfangsausschuß für Präsident Reagan“ gebildet, dem außer Vertretern der Öffentlichkeit und Gewerkschaftsführern auch oppositionelle Parlamentarier angehören. Die Bezeichnung des Ausschusses sollte niemanden dünptieren. Wenn der Chef des Weißen Hauses am 7. Juni auf seiner Fahrt zum Bonner NATO-Treffen in London Station machen wird, dürfte ihm ein Empfang bereitet werden, der ihm kaum Freude machen wird. Und auch am Bestimmungsort Bonn wird sich der Gast aus Übersee Zehntausenden Demonstranten gegenübersehen, die ihm keinesfalls partnerschaftliche oder gar Ergebenheitsgefühle entgegenbringen werden.

Die Friedensbewegung in Europa nimmt an Stärke und Tempo zu. In diesem Kampf geht es um vieles.

Die Schlachtenlenker aller Zeiten und Völker waren stets bemüht, den Ort der Entscheidungsschlachten sorgsam auszuwählen und sich die vorteilhaftesten Positionen zu suchen. Die jetzige US-Strategie macht da keine Ausnahme. In ihrer Vorstellung ist Europa der fast ideale Platz, um mit allen abzurechnen, die ihr „Verhalten“ nicht ändern und die „amerikanische Führung“ uneingeschränkt anerkennen wollen. Man ist ja weit genug vom Schuß, und der „begrenzte“ Kernkrieg wird vielleicht doch nicht über den Ozean züngeln. Man hat einen direkt am „potentiellen Gegner“ liegenden günstigen Vorposten für den Erstschlag. Man hat ein von allen möglichen Waffenarten überquellendes Arsenal, das nur noch mit neuen Mittelstreckenraketen und Neutronenwaffen sowie mit Giftkampfstoffen aufgestockt werden muß. Man

hat auch mehr oder minder brave Verbündete, die anscheinend bereit sind, ihre nationalen Interessen für die berüchtigte „atlantische Solidarität“ mit dem NATO-Boss aufs Spiel zu setzen.

Hier, auf dem europäischen Kontinent, meinen die Washingtoner Strategen auch allen, sofern eine günstige Situation dafür eintritt, eine Generalschlacht liefern zu können, die die Ansprüche der neuen Prätendenten auf die Weltherrschaft zurückweisen. Als gesetzmäßige Folge dessen aber entwickelt sich hier auch die Generalschlacht in dem großen Kampf der Völker für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, für die Verhütung einer neuen Katastrophe.

Die europäische und die Weltöffentlichkeit können gerade in diesen Tagen beobachten, daß sich die NATO-Militärs an die Forcierung der militaristischen Vorbereitungen und die Anheizung der Krisenatmosphäre gemacht haben. Während die US-Vertreter bei den Genfer Verhandlungen mit der UdSSR über die Reduzierung der Nuklearwaffen in Europa versichern, man käme tatkräftig und methodisch voran und dürfe auf einen konstruktiven Ausgang hoffen, werden auf den atlantischen Vorposten tatkräftig und methodisch die Startflächen für die Flügelraketen und die Pershing 2 aus USA planiert. Mit diesen Fragen vor allem beschäftigten sich die Eurogruppe der NATO und ihr militärischer Planungsausschuß, die just zusammentrat, als das ganze friedliebende Europa, die gesamte fortschrittliche Menschheit den Jahrestag des Sieges über den Faschismus begingen.

Washington und seine Erfüllungsgehilfen fordern dieses friedliebende Europa heraus, das nach der schlimmen Bilanz des zweiten Weltkriegs einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Entspannungspolitik geleistet hat, das nach Helsinki einen vielversprechenden Weg beschritt, der zum dauerhaften Frieden, zu einer zuverlässigen Sicherheit und zur vielseitigen gutnachbarlichen Zusammenarbeit führte. Die Gegner eines friedlichen und sicheren Europa wollen ihm diesen Weg in die Zukunft nicht nur verbauen, sondern es auch zurückwerfen, wollen die mit ungeheurer Mühe geschaffene friedliche Nachkriegsordnung sowie das militärische Gleichgewicht durchkreuzen.

Doch nicht dazu hat sich Europa nach zwei Weltkatastrophen aus Ruinen erhoben, um zum Aschefeld eines Kernkriegs zu werden, der in den USA variiert wird. Europa braucht keine „Nachrüstung“, sondern militärische Entspannung, keine Konfrontation, sondern friedliche Zusammenarbeit, keinen neuen kalten Krieg, sondern Stabilität, Verständigung und Vertrauen. Die Friedenskräfte des Kontinents verfügen über alle Voraussetzungen und Möglichkeiten, die akute Bedrohung abzuwenden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 20 MAI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktkionskollegium: S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN,
B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär),
I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Sicherheit für Europa	1
B. Petrow — Kernkraft: für friedliche Zwecke	5
W. Dolgow — UdSSR—Nikaragua. Nahe Freunde aus fernem Land	7
D. Wolski — Südatlantik. Motive des Konflikts	8
W. Lawrenow — Gemeinsamer Markt. Am Scheideweg	10
W. Godyna — Unumkehrbar	11
I. Titow — Hintenherum	12
B. Koslow — Für das Leben auf Erden	13
Nguyen Co Thach — Asien braucht Frieden (Interview)	14
A. Uszatow — Wahlen in Indonesien	15
Notizen ◆ Glossen	16
Kredite und Politik	
O. Morgatschow — Risikovoll	18
F. Gorjunow — Schwankender Boden	20
A. Kusin — Schwindendes Vertrauen	22
I. Sizew — Das Seerecht zum Nutzen aller	23
V. Semjonow — Frankreich. Die Bewährung	24
A. Romanow — CSSR. Am Duklapaß	27
J. Gudkow — Lilienweißer Rassismus	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Das Weiße Haus bereitet sich intensiv auf den chemischen Krieg vor. Neue Giftstoffe werden entwickelt, neue Werke zu ihrer Herstellung gebaut. Washington plant die Stationierung der chemischen Waffen vor allem in Westeuropa. Dabei geht der republikanische Elefant rücksichtslos, ohne Beachtung der Interessen der Westeuropäer vor

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

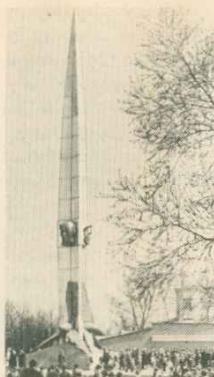
ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadji. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadji, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 4. bis zum 9. Mai hielt sich eine Staatsdelegation der Republik Nikaragua unter dem Mitglied der Nationalleitung der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), dem Koordinator des Führungsrats der Regierung der Nationalen Erneuerung, Comandante Daniel Ortega Saavedra, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion auf. Die Verhandlungen Sowjetunion—Nikaragua führten Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Konstantin Tschernenko und Boris Ponomarjow bzw. Daniel Ortega und andere Mitglieder der nikaraguanischen Delegation. Im Namen der FSLN-Führung und der Regierung lud Ortega Leonid Breshnew zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch nach Nikaragua ein. Die Einladung wurde dankend angenommen (s. S. 7).

Am 8. Mai beging das Volk der DDR den 37. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Aus diesem Anlaß beglückwünschten Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow herzlich den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des DDR-Staatsrats Erich Honecker, den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Willi Stoph und das Volk der DDR. „Es freut uns, daß die enge Zusammenarbeit, die kameradschaftliche Solidarität, die ständige Bereitschaft, einander zu unterstützen, zur selbstverständlichen Norm der Beziehungen zwischen unseren Parteien und Staaten geworden ist. Das ist ein Ausdruck der Gemeinsamkeit der Interessen, Ziele und Schicksale der Völker der UdSSR und der DDR“, heißt es in dem Glückwunschschreiben. Honecker und Stoph beglückwünschten Breshnew und Tichonow sowie das ganze sowjetische Volk zum 37. Jahrestag des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus.

Am 9. Mai beging das Volk der CSSR den 37. Jahrestag der Befreiung seines Landes vom Faschismus. Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow sandten ein Glückwunschschreiben an den Generalsekretär des ZK der KPtsch und Präsidenten der CSSR Gustáv Husák, an den Regierungsvorsitzenden der CSSR Lubomír Strougal und an das tschechoslowakische Volk. Darin heißt es: „In der Sowjetunion wird mit tiefer Befriedigung festgestellt, daß zwischen der KPdSU und der KPtsch, zwischen unseren Ländern und Völkern wahrhaft brüderliche Beziehungen entstanden sind und sich ständig weiterentwickeln, die auf den unerschütterlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus basieren.“ Husák und Strougal beglückwünschten Breshnew und Tichonow so-



Die sowjetischen Bürger und die gesamte fortschrittliche Menschheit beginnen feierlich den 37. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg. Festveranstaltungen zum Andenken an die Gefallenen und Opfer des Faschismus fanden in der ganzen Sowjetunion, in den anderen sozialistischen Ländern, in Frankreich, Italien, Belgien, Portugal, Nicaragua sowie in anderen Ländern statt. Unsere Bilder: Am Tag des Sieges, dem 9. Mai, trafen sich in Kiew Soldaten, die an der Befreiung der ukrainischen Hauptstadt durch die 13. Armee beteiligt waren [von links nach rechts]: die Russin Maria Triguba, der Tadschike Mamadshan Taschmatow, die Ukrainerin Maria Kowrigina, der Tatar Bakij Ischmuratow und der Ukrainer Sawwa Mansij; Denkmal für die während des Krieges gefallenen Zivilflieger im Moskauer Vorort Wnukowo; am Monument für die heldenhaften Verteidiger Leningrads

Fotos: TASS und W. Panow

wie das ganze sowjetische Volk zum 37. Jahrestag des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee.

Zum neuen Außenminister Algeriens wurde Ahmed Taleb Ibrahimi ernannt, nachdem der algerische Außenminister Benyahia und ihn auf seiner Reise in den Iran begleitende Personen in der Nacht zum 4. Mai bei einer Flugzeugkatastrophe ums Leben kamen. Leonid Breschnew sandte dem algerischen Präsidenten und Generalsekretär der Nationalen Befreiungsfront Chadli Bendjedid ein Beileidsschreiben. Andrej Gromyko sprach sein Beileid dem Generalsekretär des algerischen Außenministeriums Dembri aus.

Am 4. Mai empfing Wassili Kusnezow im Kreml eine internationale Parlamentariergruppe zu aktuellen Abrüstungsfragen.

Am 9. Mai traf das Mitglied des Politbüros des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchea, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats und Außenminister der VR Kampuchea Hun Sen zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Er konferierte am 10. Mai mit Andrej Gromyko (s. S. 11).

Am 9. Mai traf in Moskau eine Delegation der KP Finlands ein, der der Vorsitzende der KPFi Saarinen, die stell-

vertretenden Parteivorsitzenden Sinisalo und Halonen, Generalsekretär Aalto, die Mitglieder des Politbüros des ZK Kajaanaja und Toivainen sowie das Sekretariatsmitglied des ZK der KPFi Poikolainen angehören.

Vom 3. bis zum 9. Mai hielt sich eine Führungsgruppe der KP Dänemarks unter dem Parteivorsitzenden Jensen in Moskau auf, die mit Vertretern der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU sowie mit sowjetischen Wissenschaftlern zusammentraf.

Am 4. Mai schloß in Moskau die internationale Konferenz „Gewerkschaften für Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit und sozialen Fortschritt im Frieden“.

Eine Gruppe namhafter sowjetischer Wissenschaftler veröffentlichte eine Erklärung im Zusammenhang mit der Verkündung eines neuen Milliardenprogramms der „chemischen Umrüstung“ durch US-Präsident Reagan. Darin heißt es: „Die Verlagerung des Wettrüstens in den Bereich chemischer Waffen verschärft, nach Ansicht der sowjetischen Wissenschaftler, die Weltlage noch mehr, verstärkt die Gefahr eines Krieges unter Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe mit den entsetzlichsten Folgen für die Zukunft der gesamten Menschheit.“ Die sowjetischen Wissenschaftler protestierten gegen den Beschuß Washingtons, die chemischen

Waffenarsenale aufzustocken, und appellierten an alle Menschen guten Willens, sich diesem Protest anzuschließen.

■ Am 10. Mai begann in Moskau die Weltkonferenz „Geistliche der Welt gegen die nukleare Bedrohung“. Nikolai Tichonow übermittelte den Konferenzteilnehmern eine Grußadresse (s. S. 13).

■ Das Sowjetische Friedenskomitee, der Sowjetische Solidaritätsausschuß mit den Ländern Asiens und Afrikas und das Komitee der Sowjetfrau verbreiteten Erklärungen, in denen sie die britischen Kampfhandlungen gegen Argentinien verurteilen.

■ Die Regierung Thatcher hat das Gebiet der Kampfhandlungen im Südatlantik wesentlich ausgedehnt. Das britische Verteidigungsministerium gab bekannt, britische Streitkräfte würden künftig ohne Vorwarnung „jedes argentinische Kriegsschiff oder Flugzeug außerhalb der 12-Meilen-Zone vor der argentinischen Küste“ angreifen. Großbritanniens entsandte zusätzliche Kräfte in die Konfliktregion. Am 9. Mai beschossen und bombardierten britische Schiffe bzw. Flugzeuge das Verwaltungszentrum der Inselgruppe Puerto Argentino (Port Stanley) und Port Darwin. Britische Jagdbomber „Harrier“ versenkten den argentinischen Trawler „Narval“. Die Piloten beschossen die Schiffsbesatzung, die sich mit Booten und Flößen rettete. Alle 35 Besatzungsmitglieder kamen um (s. S. 8).

■ Patrioten El Salvadors haben im April in harten Kämpfen Truppen des proamerikanischen Marionettenregimes aus 17 Ortschaften verdrängt. Die Partisanen sprengten 5 strategisch wichtige Brücken. Insgesamt mußten die Junta-Truppen im April 458 Tote sowie Verluste an Technik verzeichnen.

■ Am 8. Mai wurde der neue Präsident Kostarikas Luis Alberto Monge (Partei der Nationalen Befreiung) vereidigt.

■ Am 9. Mai bombardierte die israelische Luftwaffe erneut die Städte Saida, Damur, Zahran, Sarafand, Adlun und andere südlibanesische Städte und Dörfer. Dabei fanden elf Menschen den Tod, 28 wurden verletzt, viele Häuser zerstört. Da die Regierung Begin offen ausgedehnte Kampfhandlungen gegen Libanon und die Palästinenser unternimmt, erklärte die Führung der PLO, sie sähe sich nicht an das Abkommen über Feuerstellung vom Juli 1981 gebunden und ließe die Angriffe der israelischen Militärclique nicht unbeantwortet.



Die Spannung in den von Israel besetzten arabischen Gebieten eskaliert erneut. Die palästinensische Bevölkerung ist fest entschlossen, ihre Befreiung zu erkämpfen. Die Okkupanten begegnen dem mit neuen Gewalt- und Terrorakten. Unser Bild: Israelische Soldaten nahmen in Ostjerusalem den Sohn dieser Araber fest.

Foto aus: „Jerusalem Post“

■ In Philadelphia (USA) wurde das 7. Internationale Symposium für Rüstungskontrolle abgehalten, an dem Delegationen verschiedener Landesorganisationen sowie Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter der USA, der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs, der BRD, Indiens und Japans teilnahmen.

■ Am 7. Mai schloß in Algier die 4. Konferenz progressiver Kräfte der Mittelmeerregion, an der sich Vertreter verschiedener politischer und ideologischer Strömungen aus 16 Ländern beteiligten.

■ Am 3. und 4. Mai tagte in Warschau der Sejm. Er verabschiedete eine Erklärung zur nationalen Eintracht sowie Gesetze zur Entwicklung der Kultur und der Hochschulbildung. Innenminister Kiszcak informierte die Abgeordneten über die Straßenunruhen am 3. Mai in Warschau und einigen anderen Städten. Die Zwischenfälle verließen unter staatsfeindlichen Parolen. In

Warschau wurden 51 Milizionäre verletzt. 271 Personen — Anführer und besonders aggressive Unruhestifter — wurden festgenommen. Unter Vorsitz Wojciech Jaruzelskis tagte der Militärrat für die Nationale Rettung, der eine Einschätzung der sozialen und politischen Situation im Land angesichts der Zwischenfälle gab.

■ In Peking tagte das Ständige Komitee des chinesischen Nationalen Volkskongresses. Es beschloß eine Reorganisation des Staatsrats der VR China. Staatsratsvorsitzender blieb Zhao Ziyang. Von seinen 13 Stellvertretern blieben nur Wang Li und Yang Yilin im Amt. Es wurden 10 Mitglieder des Staatsrats ernannt sowie die Ernennung von 23 neuen Ministern und Komiteevorsitzenden bestätigt. Außenminister ist weiterhin Huang Hua, Verteidigungsminister Geng Biao.

■ Am 9. Mai berührte Ronald Reagan in einer Rede im US-Staat Illinois u. a. auch Abrüstungsprobleme. In einem Kommentar zu dieser Rede bemerkten US-Kommentatoren und Politiker, die darin enthaltenen Vorschläge zeugten nicht von einer Suche nach allgemein annehmbaren Entscheidungen, sondern eher von dem Bemühen der USA, einseitige militärische Vorteile zu erlangen.

■ Am 9. Mai beendete US-Vizepräsident Bush seinen offiziellen Besuch in der VR China, wo er Gespräche mit Deng Xiaoping, dem Staatsratsvorsitzenden Zhao Ziyang und Außenminister Huang Hua hatte. In ihrem Mittelpunkt standen die jüngsten Einwände Pekings gegen die Lieferung von Waffen, Munition und Kampftechnik an Taiwan durch die USA. Bisherigen Meldungen läßt sich entnehmen, daß die Gespräche ergebnislos verliefen.

■ Am 8. Mai begann in Japan der erste der 11 Volksmärsche von Tokio nach Hiroshima. Sie sollen anlässlich des 37. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki zwischen Mai und August stattfinden.

■ Am 4. Mai siegte bei indonesischen Parlamentswahlen die regierende Golkar-Partei (s. S. 15).

■ Zwischen dem 4. und 9. Mai gelang 11 sowjetischen Alpinisten in 5 Gruppen die Besteigung des höchsten Gipfels der Welt, Mount Everest. Zwei Gruppen zu je zwei Bergsteigern erstürmten den Everest in der Nacht. Alle Alpinisten erklimmen die Süd-West-Wand, die bislang als unüberwindbar gegolten hatte.

Ich bin sicher, daß der gesunde Menschenverstand siegen wird, denn das amerikanische Volk begreift allmählich die ganze Falschheit und Gemeinheit der Politik des „begrenzten Kernkriegs“. Die Bewegung „Für Einfrieren der Kernarsenale“ nimmt in allen US-Staaten und -Städten zu. Die Apologeten von Rüstungsaufstockung und Krieg werden sich vor dem amerikanischen Volk zu verantworten haben. Sie haben sich von der Stärke dieser Bewegung, die immer machtvoller wird, bereits überzeugt.

John CHERVENY
Detroit, USA

In der Literatur trifft man häufig den Ausdruck „good old England“. Leider aber fehlt es der jetzigen Regierung Großbritanniens unter Margaret Thatcher gerade an Güte. Die ganze Welt ist Zeuge ihrer sturen Weigerung, den Konflikt mit Argentinien um die Falklands (Malvinen) mit friedlichen Mitteln beizulegen. Das aber wird viele Menschenleben kosten und tut es schon. Das englische Volk wird Mrs. Thatcher den Tod seiner Söhne nicht verzeihen.

B. BALJUBA
Alma-Ata, Kasachische SSR

Ich bin zutiefst empört über die Terrorpolitik der israelischen Militärclique gegen das arabische Volk von Palästina. Die Schüsse auf betende Moslems in der Jerusalemer Moschee Al-Aqsa waren ein neuer barbarischer Gewaltakt. Die vom US-Imperialismus unterstützten und ermunterten israelischen Aggressoren wollen die Palästinenser ausrotten und ihre Behausungen ausradieren. Ziel Washingtons und Tel Avivs ist es, die nationale Befreiungsbewegung im Nahen Osten zu zerschlagen. Aber wir sind überzeugt, daß das arabische Volk von Palästina sein unbenehmbares Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat durchsetzen wird.

N. KROITOR
Chadyr-Lunga,
Moldauische SSR

KERNKRAFT: FÜR FRIEDLICHE ZWECKE

Boris PETROW

Zur Produktion einer Atombombe vom Hiroshima-Typ sind 8 kg Plutonium erforderlich. Die Menge dieses von den Nichtatommächten angehäuften radioaktiven Materials aber erreichte 1980 ca. 80 t. Die unkontrollierte Entwicklung der Nuklearenergie birgt jedoch eine riesige Gefahr in sich. Die Verhütung der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen ist die Hauptaufgabe im Kampf für die Zügelung des Wettrüstens, für die Verringerung der Kriegsgefahr.

Die Nuklearenergie der Welt entwickelt sich stürmisch. Die Kapazität des ersten, 1954 von der Sowjetunion in Betrieb genommenen Kernkraftwerks der Erde betrug 5000 kW. Ende 1980 waren in vielen Ländern bereits 253 Kernkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 138 Mio kW in Betrieb, die 8% der Weltstromproduktion erzeugten. Nach Prognosen der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) kann die Atomenergie zum Jahre 1990 bis zu 18% der Weltstromerzeugung decken. Der ständig zunehmende Energiebedarf, die steigenden Preise für die traditionellen Energieträger, die Entwicklung hochwirtschaftlicher und sicherer Reaktortypen fördern das dynamische Wachstum der Atomenergie. Die Weltölpreise sind im Zeitraum 1976—1980 um 180% gestiegen, und ein mittelgroßes Kernkraftwerk spart nicht weniger als 1,5 Mio t Öl jährlich ein.

Die friedliche Entwicklung der Atomenergie ist nur zu begrüßen, natürlich wenn sie sich unter entsprechender internationaler Kontrolle vollzieht. Doch dieser Prozeß birgt in sich Gefahren, da die Möglichkeiten der Nichtatommächte für die Anhäufung von Brennstoff zur Nuklearwaffenproduktion zunehmen. Fällt ja als Nebenprodukt beim Betrieb eines Atomkraftwerkes Plutonium an, das zur Schaffung von Spaltmaterial verwandt werden kann.

Das Problem der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen stellte sich mit der Entwicklung der Atombombe. Doch besonders akut wurde es in den 60er Jahren, als die Zahl der Atommächte und der „Schwellenländer“ zunahm, deren wissenschaftliches, technisches und wirtschaftliches Potential die Pro-

duktion solcher Waffen erlaubt. Zu ihnen rechnet man insbesondere die BRD, Japan, Kanada, Italien, Schweden, die Schweiz, Israel und die RSA. Insgesamt könnten manchen Schätzungen zufolge bereits an die 30 Staaten Nuklearwaffen entwickeln.

Die Sowjetunion geht davon aus, daß die Nichtweiterverbreitung der Nuklearwaffen Bestandteil der globalen Aufgabe ist, den Frieden zu bewahren und die internationale Sicherheit zu festigen. Auf Initiative der UdSSR erörtert die Völkergemeinschaft die Notwendigkeit, eine weitere globale Ausbreitung der Nuklearwaffen zu verhindern. Nach komplizierten und langwierigen Verhandlungen in der UNO und im Abrüstungsausschuß wurde der Sperrvertrag erarbeitet, der im März 1970 in Kraft trat. 118 Länder haben ihn unterzeichnet und ratifiziert.

Die Jahre seit Abschluß des Atomwaffensperrvertrags haben ihn als wirksames internationales Instrument gezeigt.

In dem Vertrag haben sich die Staaten des „Atomklubs“ verpflichtet, Nuklearwaffen oder andere nukleare Sprengmittel an niemanden zu übergeben, und die Nichtnuklestaaten dazu, diese Waffen weder zu produzieren noch zu erwerben. Zuverlässig wurden alle Kanäle und Schleichwege für eine mögliche Weiterverbreitung der Nuklearwaffen gesperrt. Seit Inkrafttreten des Vertrages stellte sich kein einziges Mal die Frage, daß ein Signatarstaat vorsätzlich oder fahrlässig seine Verpflichtungen verletzt.

Die Überprüfung der Vertragsinhaltung erfolgt mit Hilfe der IAEA. Mit ihr schließen die Nichtnuklearmächte Abkommen über Garantien, die eine Kontrolle der Agentur über die gesamte Nuklearaktivität auf dem Territorium dieser Länder vorsehen. Die Agentur überwacht die ausschließlich friedliche Verwendung des Spaltmaterials. Der Aufsicht der IAEA sind 774 Nuklearanlagen in mehr als 80 Staaten unterstellt (ca. 98% aller derartigen Betriebe in Nichtnuklearländern). Doch z. B. in Israel und der RSA haben die IAEA-Inspektoren keinen Zutritt zu Nuklear-

objekten. Der Vertrag legt genau den Kontrollmechanismus in den Nichtnuklearländern fest. Verständlicherweise wäre es sinnlos, die friedliche Nutzung der Nuklearenergie der Atommächte einer Kontrolle zu unterwerfen.

Die Erfahrungen bei der Anwendung der IAEA-Garantien seit Inkrafttreten des Vertrages demonstrieren überzeugend, daß dieser Kontrollmechanismus zuverlässig funktioniert, die souveränen Rechte der Staaten nicht im geringsten verletzt und keine Hindernisse für deren friedliche Nuklearaktivität geschaffen werden.

Der Sperrvertrag verbietet den Nichtnuklestaaten, Nuklearwaffen und andere nukleare Sprenganlagen zu entwickeln und zu produzieren, d. h. legt ihnen bedeutende Beschränkungen auf. Doch das wirkt sich auf die Nutzung der progressiven Errungenschaften von Nuklearphysik und -technologie nicht störend aus. Mit Gewißheit läßt sich sagen, daß der Vertrag eine qualitativ neue Etappe der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie eingeleitet hat. Von Jahr zu Jahr weitet die IAEA ihre technische Hilfe für die Entwicklungsländer aus. In den ersten 10 Jahren seit Inkrafttreten des Vertrages hat der Gesamtumfang der technischen IAEA-Hilfe von 4,2 auf 18,8 Mio Dollar zugenommen.

Die Sowjetunion tritt für eine Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie ein. Sie hilft bereits viele Jahre einer Reihe von Ländern bei der Anreicherung von deren Natururan in sowjetischen Anlagen und vergrößert ständig ihren freiwilligen Beitrag zum technischen Hilfsfonds der IAEA.

Von großer Bedeutung sind auch Maßnahmen, die Länder, die aus verschiedenen Gründen dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, daran hindern würden, Nuklearwaffen zu entwickeln. Der Vertrag verbietet es, an jeden Nichtnuklestaat, auch an Nichtteilnehmer des Vertrages, Spaltmaterial oder Spezialanlagen zu überlassen, wenn sich auf diese die erforderlichen Garantien

nicht erstrecken. Im August 1974 wurde eine entsprechende Ausführungsvereinbarung zwischen Exporteuren von Nuklearmaterial und -anlagen erreicht.

Anfang 1976 erzielten die wichtigsten Exporteure von Nuklearanlagen, -materialien und -technologien (Signatarstaaten und Nichtsignatarstaaten des Vertrages) eine Vereinbarung über die Anwendung einiger wichtiger Nonproliferationsprinzipien in ihrer Außenhandelspolitik. Da die Beratungen der Exporteure in London stattfanden, wurde diese Staatengruppe als „Londoner Klub“ bezeichnet. Ihm gehören die UdSSR, die USA, Großbritannien, Frankreich, die DDR, die ČSSR, die VR Polen, die BRD, Japan, Kanada, Italien, Schweden u. a. an.

Ein weiterer Schritt war die Ausarbeitung einer im März 1980 zur Unterzeichnung vorgelegten internationalen Konvention über den physikalischen Schutz von Nuklearmaterialien bei der Nutzung, der Lagerung und dem Transport.

Dem Atomwaffensperrvertrag schließen sich unmittelbar internationale Dokumente über Sicherheitsgarantien für die Vertragsteilnehmer an. 1968 gaben die UdSSR, die USA und Großbritannien besondere Erklärungen im UNO-Sicherheitsrat ab, in denen die Absicht der drei Mächte als ständiger Sicherheitsratsmitglieder bekräftigt wurde, den Rat um unverzügliche Aktionen zu ersuchen, um in Übereinstimmung mit der UNO-Charta die Unterstützung für einen Signatarstaat, der nicht über Nuklearwaffen verfügt, bei einer Aggression oder einer Drohung mit einer Aggression unter Nuklearwaffeneinsatz zu gewährleisten. In einer Sicherheitsratsresolution wurde diese Absicht der drei Mächte begrüßt.

Diese Dokumente erhielten in der internationalen Praxis die Bezeichnung „positive Garantien“. Doch viele Länder meinen, die Nuklearmächte sollten sich verpflichten, gegen sie keine Massenvernichtungswaffen einzusetzen, d. h. „negative Garantien“ abgeben. 1978 erklärte die Sowjetunion, sie werde nie Nuklearwaffen gegen die Staaten einsetzen, die auf die Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben. Wirksam wäre hierbei der Abschluß einer entsprechenden internationalen Konvention. Gute Möglichkeiten eröffnet

auch der Vorschlag der UdSSR, alle Mitglieder des „Atomklubs“ sollten als ersten Schritt zum Abschluß eines solchen Abkommens gleiche oder ähnliche Erklärungen über den Nichteinsatz von Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearstaaten, die solche Waffen nicht auf ihrem Territorium haben, abgeben.

So wurden in den 70er Jahren einige politische und juristische Nonproliferationsmaßnahmen verwirklicht, deren Gesamtheit und die auf deren Grundlage entstandene internationale Praxis als Nonproliferationsregime bezeichnet wurden.

Gegenwärtig ist es erforderlich, das bestehende Nonproliferationsregime zu festigen und den Kreis der Teilnehmerländer des Sperrvertrages auszuweiten. Bislang haben ca. 50 Länder, darunter zwei Nuklearmächte, Frankreich und China, den Vertrag nicht unterzeichnet. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, daß sich etwa ein Dutzend Schwellenländer der Vertragsteilnahme entzieht — darunter Israel, die RSA und Pakistan, die ihre Nuklearambitionen nicht verhehlen. Gerade von ihnen geht die Hauptgefahr einer Weiterverbreitung der Nuklearwaffen aus. Mit dem Erwerb solcher Waffen selbst von einem Staat ließe sich die Gefahr nicht geographisch eingrenzen. Das würde eine Kettenreaktion auslösen und dazu führen, daß andere Nichtnuklearländer in den Besitz von Nuklearwaffen gerieten — ob im Nahen Osten, in Südasien, in Lateinamerika oder in anderen Regionen. Das aber würde unweigerlich die Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes mit globalen Folgen vergrößern.

Aus verschiedenen Gründen stehen einige nichtpaktgebundene Staaten bislang außerhalb des Vertrages. Doch sie sollten berücksichtigen, daß die geographische Ausweitung der Sphäre des nuklearen Wettrüstens nur die Möglichkeiten der Kräfte des Kolonialismus und Neokolonialismus vergrößern würde, da es für die Entwicklungsländer viel schwieriger wäre, sich Nuklearwaffen zu verschaffen als für die kapitalistischen Industriestaaten. Andererseits haben die Erfahrungen des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft den Völkern der jungen Nationalstaaten überzeugend demonstriert, daß sie, wenn die Sowjetunion ein starkes Gegengewicht gegen das Militärpotential des Imperialismus bildet, den Kräften des Kolonialismus eine entschiedene

Abfuhr erteilen können, ohne sich dem nuklearen Wettrüsten anzuschließen.

Das System der IAEA-Garantien muß ständig vervollkommen, dessen Wirksamkeit verstärkt, die technische Basis gefestigt und die Tätigkeit des Inspektorenapparates verbessert werden.

Und nun zum Nuklearexport. Noch strengere Exportregelungen müssen festgelegt werden, bis hin zur Unterstellung der gesamten Nukleartätigkeit in allen Nichtnuklearländern, die Spaltmaterial, nukleare Anlagen und Technologie kaufen, unter IAEA-Kontrolle. Da einige Staaten das Nonproliferationsregime zu schwächen suchen, erlangen Maßnahmen zur Kontrolle des Nuklearexports besondere Bedeutung. Das ist eine wichtige politische Frage im Dienste der Erhaltung des Friedens, und hier darf es keinerlei Zugeständnisse an Geschäftsinteressen geben. Erforderlich sind strenge Garantien dafür, daß die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Atomenergienutzung nicht doch zur Weiterverbreitung von Nuklearwaffen führt.

In letzter Zeit haben sich in der USA-Politik einige neue, negative Tendenzen eingestellt, die zu einer Schwächung des internationalen Nonproliferationsregimes führen können. Präsident Ronald Reagan erklärte, ein Erfolg bei der Nichtweiterverbreitung hänge von der Fähigkeit der USA ab, die regionale und globale Stabilität zu festigen und durch eine Verstärkung der konventionellen Waffenlieferungen die Motive zu schwächen, die Nichtnuklearländer dazu bewegen können, den Besitz von Nuklearwaffen anzustreben. Das bedeutet die politische und materielle Unterstützung jener Länder, die sich mit dem militäristischen Kurs der USA solidarisieren, unabhängig von der Haltung dieser Länder zur Nichtweiterverbreitung. Eine solche vorbehaltlose Unterstützung führt im Grunde dazu, die Nuklearambitionen vor allem von Ländern wie Israel, Pakistan und der RSA zu unterstützen.

Ein realer Weg zur Schwächung und letztlich Beseitigung der Beweggründe für den Erwerb von Nuklearwaffen wäre eine allgemeine Verbesserung der politischen Weltlage, die Beseitigung der Spannungs- und Konfliktherde, eine wirksame Beschränkung des Wettrüstens und die Abrüstung.

NAHE FREUNDE AUS FERNEM LAND

Das mittelamerikanische Nikaragua liegt weit von der UdSSR entfernt, doch steht es den Sowjetbürgern durch seine Heldentat — den Sturz der faschistischen Somoza-Diktatur — nahe. Verständlich und nah sind uns sein revolutionärer Geist, seine Entschlossenheit, ein neues Leben aufzubauen und die nationale Unabhängigkeit zu behaupten; auch seine friedliebende Außenpolitik.

Von der Sympathie und Freundschaft der Sowjetmenschen mit dem nikaraguanischen Volk zeugten in Moskau Blumen, Begrüßungstransparente und Fahnen sowie die herzlichen Treffen zwischen den Führern der KPdSU und des Sowjetstaates und einer Staatsdelegation der Republik Nikaragua. Der Delegationsleiter war Comandante Daniel Ortega Saavedra, Mitglied der Nationalleitung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und Koordinator des Führungsrates der Regierung der Nationalen Erneuerung.

Die Verhandlungen über viele Aspekte der bilateralen Beziehungen und der Weltlage verliefen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der Offenheit. Bei einem Essen für die nikaraguanischen Gäste sagte Leonid Breschnew: „Es ist nicht so sehr die Geographie wie vielmehr die Politik, die Völker und Länder einander nahebringt, und die Entfernung ist kein Hindernis für Verständigung und Freundschaft. Davon zeugen die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.“

Auf diplomatischer Ebene wurden sie vor knapp drei Jahren angeknüpft, als der Kampf der nikaraguanischen Patrioten mit dem Sieg über die Tyrannie endete. Gleich nach Somozas Flucht und nach der Errichtung der Volksmacht richtete Leonid Breschnew ein Schreiben an die Provisorische Demokratische Regierung der Nationalen Erneuerung Nikaraguas. Darin gratulierte er im Namen des Sowjetvolkes den Nikaraguenern „zu dem vom Sturz der verhaften Diktatur und von der Errichtung der Macht der patriotischen, demokratischen Kräfte gekrönten Sieg über die Kräfte der inneren Reaktion und des Imperialismus“.

Die sowjetisch-nikaraguanische Freundschaft reicht aber tiefer hinein. Vor 25 Jahren pflanzte Carlos Fonseca Amador, ein Begründer der FSLN, bei den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in einem Moskauer Park einen Baum zum Zeichen der Brüderlichkeit zwischen der Heimat Lenins und der Sandinos. Daniel Ortega Saavedra

sagte in seiner Ansprache im Kreml: „Dieser Baum ist gewachsen und heute ein unverbrüchliches Symbol der Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, Regierungen und Parteien.“

Im gemeinsamen Communiqué wird das gegenseitige Streben betont, die Zusammenarbeit auszubauen, was auch einen konkreten Ausdruck fand. Während des UdSSR-Besuches der nikaraguanischen Delegation wurden ein Regierungsabkommen über den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit sowie Protokolle unterzeichnet, die die Lieferung sowjetischer Maschinen und Ausrüstungen an Nikaragua und den sowjetischen Beitrag bei der Entwicklung der Hydroenergetik, des Bergbaus, der Landwirtschaft, des Nachrichtenwesens und anderer Zweige der nikaraguanischen Wirtschaft vorsehen. Das ist für Nikaragua besonders wichtig, hat es doch von der Diktatur eine zerrüttete Wirtschaft und komplizierte soziale Probleme geerbt. Die Wühltätigkeit der von der Reagan-Administration animierten inneren Konterrevolution und regionalen Reaktion stört bei der Lösung dieser Probleme. Trotzdem haben die Nikara-

Nikaraguanische Gäste in der Unions-Leistungsschau der Volkswirtschaft in Moskau

Foto: W. Runow (APN)



guaner unter FSLN-Führung auf dem von ihnen gewählten Weg der Umgestaltungen beträchtliches geleistet.

Um noch größere Erfolge in Wirtschaft, Kultur und Lebensniveau zu erreichen, braucht Nikaragua einen festen und dauerhaften Frieden. Dabei muß es große Summen für die Festigung der Verteidigung ausgeben, weil ein Überfall von außen durchaus real ist. Die sandinistische Regierung will die Lage in ihrem Land und der gesamten Region verbessern und ist bereit, zu gegenseitigem Nutzen entsprechende Abkommen mit den Nachbarländern und den USA zu schließen. Diese Politik findet in der UdSSR volle Unterstützung, was während der Verhandlungen in Moskau bekraftigt wurde. Wir in der UdSSR verstehen sehr wohl das Streben der nikaraguanischen Führung, die Schwierigkeiten und Spannungen in den Beziehungen zu den Nachbarländern und den USA durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen, ohne dabei jedoch die eigenen Prinzipien oder die vorgemerkt Ziele preiszugeben.

Im gemeinsamen Communiqué heißt es, daß die UdSSR die konkreten Vorschläge der Regierung von Nikaragua zur Normalisierung der Lage in Mittelamerika restlos unterstützt. Eine hohe Einschätzung gebührt den dem gleichen Ziel geltenden Initiativen des mexikanischen Präsidenten López Portillo.

Bei den Verhandlungen verurteilten die sowjetischen und die nikaraguanischen Spitzenpolitiker die Umtreibung des Imperialismus und seiner Handlanger, die es darauf angelegt haben, in der westlichen Hemisphäre das legitime Streben der Völker nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu unterdrücken. Sie verlangten kategorisch, daß die USA ihre Drohungen gegen Nikaragua, Kuba und andere mittelamerikanische und karibische Staaten einstellen, prangerten die US-Einmischung in El Salvador an und bekundeten ihre Solidarität mit den patriotischen, demokratischen, revolutionären Kräften Lateinamerikas.

Die sowjetisch-nikaraguanischen Gespräche, die Reden, die im Kreml Leonid Breschnew und Daniel Ortega Saavedra hielten, sowie das gemeinsame Communiqué haben ein weites internationales Echo ausgelöst. Die Presse beurteilt den Besuch als ein wichtiges Ereignis. Die nikaraguanische Zeitung „Nuevo Diario“ schrieb, die Zusammenarbeit UdSSR—Nikaragua bringe wieder einmal den Willen der UdSSR zum Ausdruck, Freundschaft mit allen Völkern der Welt zu halten. Der Besuch zeigte, daß die Beziehungen zwischen großen und kleinen Ländern den Interessen ihrer Völker entsprechen sowie zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit beitragen, wenn sie auf Gleichheit und gegenseitiger Achtung beruhen.

W. DOLGOW

MOTIVE DES KONFLIKTS

Dmitri WOLSKI

Der britisch-argentinische Falkland-(Malvinen)-Konflikt wurde zunächst kaum ernst genommen. Westliche Kommentatoren belächelten ihn sogar als einen „Operettenkrieg“. In anderthalb Monaten aber hat er sich zwar noch nicht zu einem echten Krieg ausgewachsen, immerhin aber zu einem beachtlichen Gefecht. Die Thatcher-Regierung hatte offenbar nicht erwartet, daß nicht nur argentinische, sondern auch britische Kriegsschiffe versenkt werden könnten, denn wenn London damit ge-

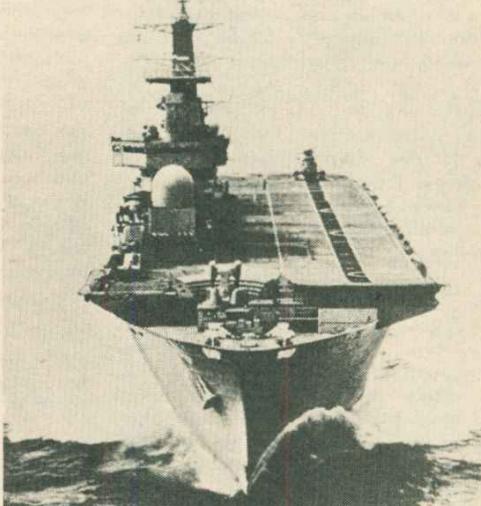
Mitbeteiliger an der antiargentinischen Expedition ist.

Und nicht nur Washington. Wie der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, habe die chilenische Junta britischen Transportflugzeugen die Landung auf der Osterinsel gestattet, wo es einen modernen Flugplatz gibt. Obendrein wurde ein chilenischer Tanker dem britischen Geschwader unterstellt, damit die in den Südatlantik entsandten Kriegsschiffe rechtzeitig auftanken könnten. Schließlich sickerte aus dem Brüss-



Protestkundgebung in London gegen das militärische Abenteuer der britischen Regierung im Falkland-[Malvinen]-Konflikt. Der britische Flugzeugträger Invincible, Startrampe für „Harrier“-Jagdbomber in der Konfliktregion.

Fotochronik: TASS



rechnet hätte, wäre es vielleicht nicht zur bewußten Eskalation übergegangen.

Ja, bewußt, sogar provokatorisch, weil die britische Regierung jeden neuen Schritt zum Krieg tat, als sich jeweils Möglichkeiten für eine politische Beilegung abzeichneten. Schon beinahe offiziell verkündeten die britischen Tories, eine Regelung werde erst möglich, wenn „Blut geflossen“ sei. Haigs Makrololle betrachtete man in London und anscheinend auch in Washington lediglich als Methode des Zeitgewinns zur Entsendung von Truppen. Als die britische Flotte dann bei den Falklands ankam, signalisierte ihr - die Regierung Reagan mit einer demonstrativ vorgeführten probritischen Haltung „freie Bahn“. London aber hätte das ohnehin gewußt, denn die USA überließen dem britischen Kommandostab schon vorher Spionageinformationen, ihre Militärobjekte auf der Ascension-Insel und, laut „Guardian“, sogar die riesigen Transportflugzeuge „Galaxy“ zur Beförderung der Harrier-Jagdbomber. Das alles bedeutet, daß Washington faktisch

seler NATO-Hauptquartier in die Presse, man betrachte dort die „britische Expedition“ als „Dienst“ an diesem Block. Weshalb? Weil sie die Möglichkeit schafft, neue Waffensysteme unter „komplizierten klimatischen Verhältnissen“ zu testen und den „Kompetenzbereich“ des Atlantikblocks auszudehnen.

Kurz, London agierte eindeutig nicht auf eigenes Risiko. Und obwohl natürlich niemand weiß, wann, wo und wie die Eskalationspläne für den Südatlantik koordiniert wurden, ist eines doch deutlich: Die britischen Expeditionstruppen übernahmen die Funktion des Stoßtrupps der internationalen neokolonialistischen Kräfte und jener reaktionären Kreise in der Südatlantikregion selbst, die mit ihnen liiert sind.

Der Leser mag nun fragen, wo hier die politische Logik liege. Es läßt sich nämlich auf Erden schwerlich eine unwirtschaftliche Einöde und von den politischen und wirtschaftlichen Zentren der modernen Welt weiter entfernte Gegend finden als der Südatlantik mit seinen Brechern und eisigen Stürmen. Sollten ihn die Kolonisatoren von heute wirk-

lich so nötig haben, die doch auf viel lockendere „Interessensphären“ aus sind? Von den Falklands jedenfalls hatten die meisten Menschen doch nur eine vage Vorstellung aus dem Geographieunterricht. Und schon gar keiner wußte, daß auf der Inselgruppe eine britisch finanzierte „Falkland Islands Co.“ existiert, die dort 43% des Bodens, rund die Hälfte der 600 000 Schafe und die Export- und Importkontrolle besitzt. Nach dortigen Maßstäben ist das natürlich ein Gigant, aber ein solcher Minikonzern konnte doch nicht wirklich die britische Militärmachinery und, wie wir sehen, nicht nur die britische in Bewegung setzen! Auch die Gerüchte über im Inselschiff erkundetes Erdöl dürften kaum eine entscheidende Rolle gespielt haben. Am seltsamsten aber muß erscheinen, daß gerade Argentinien Objekt einer so breit angelegten Angriffsoperation wurde, dessen Militäregierung niemals ein Gegner weder Washingtons noch der NATO gewesen ist und die außerdem von der Reagan-Administra-

tion als potentieller Verbündeter angesehen wurde. Vielleicht sind die jetzigen dramatischen Vorgänge lediglich Resultat einer Verkettung, die spontane Folgen ausgelöst hat?

Zweifellos spielt der Zufälligkeits- und Spontaneitätsfaktor seine Rolle in der Politik. Niemand natürlich konnte vorhersagen, daß es gerade auf den Falklands und gerade jetzt zu einem Kurzschluß kommen würde. Andererseits aber ist er ein gesetzmäßiges Ergebnis der Politik des Imperialismus, der dem Südatlantik im letzten Jahrzehnt immer größere Bedeutung beimaß. „Diese Region ist außerordentlich wichtig für den Westen insgesamt und für die Vereinigten Staaten insbesondere“, schrieb 1978 der ehemalige Stabschef der US-Marine, Admiral Elmo Zumwalt. „Wir hängen wesentlich, in einigen Fällen sogar gänzlich von Rohstofflieferungen aus dieser Region ab, und zwar von Bauxit, Tonerde, Chrom und Mangan, Nickel und Zinn... Zahllose andere Rohstoffarten werden in geringerer Menge über den Südatlantik in die USA befördert.“

Präzisieren wir, daß das alles strategische und für die Rüstungsindustrie dringend notwendige Rohstoffe sind. Ebenso wie das über den Südatlantik in die USA und nach Westeuropa beförderte Erdöl. Diesen weiten Weg nehmen die Supertanker, die bislang den Suezkanal noch nicht befahren können. Und wenn der Kanal noch einmal geschlossen wird wie 1967, als ihn von der israelischen Luftwaffe bombardierte Schiffe blockierten? Dann wäre dieser Umweg die einzige Schiffahrtsstraße zwischen dem Aktionsbereich der NATO und dem Indik. Obendrein veranlaßt die Entwicklung in Mittelamerika Washington, auch eine Situation ins Auge zu fassen, in der der Panamakanal für militärische Zwecke ausspielt. Endlich gilt der südliche, besonders der südwestliche Teil des Atlantiks als Tor zur Antarktis. Aus all diesen Gründen sind die US-Admirale an den sturmreichen Gewässern bei Kap Hoorn und den Falklands so interessiert.

Sie würden den Atlantik gern rechtzeitig von Süden her abriegeln. Admiral Zumwalt phantasierete vor vier Jahren: „Brasilien und Argentinien, diese historischen Freunde und Verbündeten der USA, besitzen eine ideale Lage, um unsere Kriegsmarine einzusetzen und Stützpunkte für die US-Flotte zu sichern, wenn militärische Operationen notwendig werden sollten.“ Washingtons Globalstrategen pusteten den Archivstaub von dem bereits in den 50er Jahren entwickelten Projekt einer SATO, in die die RSA an der einen Meeresküste, Brasilien, Argentinien und kleinere lateinamerikanische Länder an der anderen einbezogen werden sollten. Besonders hartnäckig machte sich die Reagan-Administration mit ihrer Vorliebe für „einfache, aber zuverlässige“ militärische Lösungen aller Probleme an die Realisierung dieses Projekts. Allerdings hatten ihre Bemühungen offenbar den umgekehrten Effekt. Erst vor einem Jahr, im Mai 1981, erklärten Staatsmänner Argentiniens und Brasiliens offiziell, der Südatlantik dürfe keine „Region internationaler Spannungen und Konfrontation“, sondern müsse eine „Zone der friedlichen Zusammenarbeit und Entwicklung“ sein. Die argentinische Militärregierung weigerte sich, dem Druck Washingtons auch in einer anderen wichtigen Frage nachzugeben, nämlich hinsichtlich der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, darunter der Getreidelieferungen an die UdSSR. Anfang April dann ignorierte sie noch den „Rat“ des Weißen Hauses, keine Truppen auf die Falklands zu entsenden, die Argentinien bekanntlich stets als eigenes Territorium betrachtet hatte. Heißt das alles aber, daß die Washingtoner Politiker ganz einfach verärgert waren und also aus einer Gefülsaufwallung handelten?

Möglicherweise beherrschen Gefühle die Politik des Kabinetts Thatcher, das mit ihnen Schindluder treibt, um an der Macht zu bleiben, keinesfalls aber die Reagan-Administration. Die Washingtoner Politiker unterliegen weder der kolonialen Nostalgie, noch wollen sie sich als „ehrbare Ritter“ aufspielen, die ihre „Blutsbrüder“ — 2000 die Insel bevölkernde Schottlandstämmige — verteidigen wollen, denen übrigens die Aktionen der britischen Truppen schwer zu schaffen machen. Deren Schicksal kümmert Washington noch weniger als London. Die USA werden von neurotischen Hoffnungen beherrscht, die nicht nur das Interesse am Südatlantik angehen.

Erinnern wir hierbei daran, daß sich die USA gleich nach der Vietnam-Niederlage auf die sogenannte „Inselstrategie“ umorientierten, deren Befürworter Militärstützpunkte nicht in dichtbesiedelten Ländern, sondern auf von politischen Stürmen unberührten Inseln wie z. B. Diego García im Indik vorziehen. Sie könnte man zu befestigten Vorposten nicht nur an den Kreuzungen der Seewege, sondern auch unmittelbar vor den von der Befreiungsbewegung erfaßten Kontinenten machen. Jetzt ist klar, daß bei diesen Plänen auch die Falklands nicht ausgeklammert wurden, die in relativer Nähe zum südamerikanischen Festland liegen. Nicht zufällig ließen die US-Projekte zur Beilegung des jetzigen Konflikts darauf hinaus, auf den Inseln „multinationale Streitkräfte“ unter Beteiligung von Truppen der USA, tatsächlich aber unter deren Kontrolle, zu stationieren. Diese Pläne sind offenbar denen der „multinationalen Streitkräfte“ kongruent, die die israelischen Okkupanten auf Sinai ablösen, wo das US-Oberkommando extra ausgebildete Luftrundeeinheiten aus der „Eingreiftruppe“ stationiert hat. Wer weiß, ob sie nicht ebenso schnell in der Nähe Lateinamerikas eingreifen sollen?

Die ganze Geschichte hat noch eine andere Seite. Indem die Reagan-Administration die britischen Militärhandlungen gegen Argentinien unterstützt, ist sie bemüht, nicht nur dieses Land im politischen Visier zu halten, sondern auch die herrschenden Kreise in anderen Entwicklungsstaaten, darunter pro-westlicher Orientierung. Sollen sie nur ja nicht von einer eigenständigen Politik, von einer Gleichberechtigung mit Partnern aus den kapitalistischen Industrieländern träumen, sondern wissen, welcher bescheidene Platz ihnen zu kommt! Damit will man einen psychologischen Druck auf das benachbarte, sich rasch entwickelnde Brasilien und auf vom Südatlantik so entfernte Staaten ausüben wie z. B. Ägypten oder sogar das finanziell mächtige Saudi-Arabien.

In der Westpresse gibt es jedoch allerlei Andeutungen, nicht nur den Entwicklungsländern solle die berüchtigte „Entschlossenheit“ demonstriert werden, die am wenigsten ein Beweis für staatsmännische Weisheit ist. Der „Daily Telegraph“ erhellt diese Andeutungen in einem Bericht aus ... was meinen Sie wohl? Aus Moskau. Da stellt sich heraus, daß „Diplomaten aus Moskauer Botschaften von NATO-Ländern in inoffiziellen Gesprächen behaupten, die britischerseits Argentinien erzielte militärische Antwort sei eine nützliche Gedächtnisstütze für die Sowjetunion, daß der Westen Gewalt anwenden werde, wenn man ihn in einer prinzipiellen Frage provoziere“.

Lassen wir den Streit darum, wer wen auf den Falklands provozierte, für ein anderes Mal und es bei der Feststellung bewenden, daß die Aggressivität der

NATO wohl kaum erneut herausgestrichen werden mußte. Außerdem schummeln die britischen konservativen Blätter da: Wenn nämlich „Diplomaten aus Moskauer Botschaften von NATO-Ländern“ meinen, mit den Falklands habe Moskau eine „nützliche Gedächtnisstütze“ erhalten, wie können die gleichen Diplomaten dann „erwarten, Moskau werde beachtliches Propagandakapital aus den Kampfhandlungen Großbritanniens im Raum der Falkland-Inseln schlagen?“ Das eine schließt das andere aus. Und so wird klar, daß beides Erfunden sind, die nichts damit zu tun haben, wie die Sowjetunion tatsächlich zur Falkland-Krise steht.

Die tatsächliche Linie der UdSSR hinsichtlich der in der westlichen Hemisphäre entstandenen Konfliktsituation legte Leonid Breschnew am 4. Mai auf einem Essen im Kreml dar. Er verurteilte entschieden das Vorgehen der Kräfte, die die Position der Vorherrschaft beibehalten oder wiederherstellen und den Völkern fremdes Joch auferlegen wollen, und betonte:

„Hier, wie auch in anderen Weltregionen, geht die Sowjetunion von ihrer prinzipiellen Politik aus: Beseitigung existierender und Vermeidung neuer Spannungsherde, keine Duldung einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und Völker, Beilegung strittiger Fragen auf friedlichem Wege, am Verhandlungstisch.“

Diese Linie verfolgt die sowjetische Diplomatie auch in der UNO, die sich mit der Beilegung des Konflikts im Südatlantik beschäftigt. Die angelsächsischen Mächte sollten den Gang der Ereignisse nüchtern analysieren. Dann würden sie wohl begreifen, daß sie keineswegs die Früchte ernten, auf die sie aus sind. Die „FAZ“ bemerkt dazu, der Lateinamerika-Politik Washingtons drohe eine Schlappe, wenn der Konflikt nicht beigelegt werde. Man dürfe die lateinamerikanische Solidarität nicht unterschätzen. Auch in den westeuropäischen NATO-Ländern wächst die Unzufriedenheit. Erschreckt macht man sich klar, wie die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt, daß die USA in jeden Konflikt hineingeraten könnten. Nach den Ereignissen um die Falklands (Malvinen) werde die Welt noch mehr Angst haben müssen, schreibt das Blatt. Wirklich könnte es zu einem unvorhergesehenen und unerwarteten Echo kommen. Die RSA z. B. würde offenbar gern die „neue strategische Situation“ im südlichen Atlantik dazu benutzen, ihre breit angelegten Invasionsspläne für Angola zu beschleunigen. Und wer möchte dafür geradestehen, daß die Regierung Begin sich den Falkland-Konflikt nicht zunutze macht, um in dessen Schatten ihre Angriffspläne gegen die Palästinenser, Libanon und Syrien zu verwirklichen? Wenn Washington doch die Aggression der britischen Regierung voll und ganz unterstützt, dann hätten die israelischen Militaristen bestimmt die Garantie, daß es auch ihre neue Aggression absichert.

Im Namen der Weltsicherheit also muß der Falkland-Brand gelöscht werden. Erreichen läßt sich das nur auf der Basis von Recht und Gerechtigkeit.

AM SCHEIDEWEG

Wladimir LAWRENOW

Unlängst beging die EG, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ihr 25jähriges Bestehen. Wie ihre Leiter selbst zugeben, sind die Resultate ihrer Tätigkeit nicht gerade erbaulich. So paradox das auch ist, wird sie von Präsident Reagan anders beurteilt. In einer speziellen Erklärung hat er sich in den höchsten Tönen über die EG ausgelassen.

Womit hat sie das verdient? Die USA haben ja ernste Differenzen mit ihr, besonders wirtschaftliche. Es stellt sich heraus, daß das Weiße Haus im großen und ganzen von den außenpolitischen Aktionen der EG zufriedengestellt ist. Deren Sinn hat vor kurzem Bundesaußenminister Genscher in einem Interview für das „EG-ASEAN-Magazine“ mit ausreichender Klarheit umrissen. Er wiederholte die abgedroschene Beschuldigung gegen unser Land, daß es aggressiv sei, und erklärte: „Dem militärisch zu begegnen, ist die Aufgabe des westlichen Verteidigungsbündnisses, der Atlantischen Allianz. Aber auch das Europa der Zehn muß sich diesen Herausforderungen stellen und als seinen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Allianz eine stärkere politische Zusammenarbeit auch in bezug auf die Fragen seiner Sicherheit anstreben.“ (Hervorgehoben vom Verfasser.)

Zu dieser Erklärung ist mindestens zweierlei zu sagen. Erstens charakterisiert Genscher die sowjetische Außenpolitik gegen sein besseres Wissen. Ihr liegen sowohl Expansionismus als auch Militarismus fern. Charakteristisch für sie sind Friedensinitiativen, darunter Schritte, zu denen wir um einer höheren Sicherheit und eines festeren Vertrauens in Europa willen einseitig bereit sind.

Zweitens gibt Herr Genscher unter Hinweis auf eine angebliche Notwendigkeit, die Sicherheit des von niemandem bedrohten Westeuropas zu gewährleisten, das keineswegs neue und keineswegs friedliebende Bestreben, die militärische und politische Integration in der Allianz zu forcieren, für Verteidigungsmaßnahmen aus.

Man kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß Herr Genscher mit dem Segen der Bundesregierung schon Ende vorigen Jahres auf der Londoner EG-Tagung vorschlug, die militärische und politische Zusammenarbeit der

Mitglieder des Gemeinsamen Marktes enger zu gestalten. Die von ihm gemeinsam mit dem italienischen Außenminister Colombo (der in letzter Zeit eine schwer erklärbare Streitbarkeit gezeigt hat) eingebrochene „Europa-Charta“ sieht energetischere Bemühungen um die Bildung einer „Europäischen Union“ im Rahmen der EG vor. Hinter dem Appell in der Charta, eine juristisch verankerte Union zu bilden und die Zusammenarbeit in Außenpolitik und sogar Kultur auszuweiten, steckte das, worum es wirklich ging: eine Koordination der Verteidigungsbemühungen.

Die Öffentlichkeit Westeuropas durchschauten den Sinn dieses Teils des eingebrochenen Charta-Entwurfs. Der Brüsseler „Soir“ schrieb: „Dank dem Vorschlag Genschers würde das Tabu, das seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1953 über die Sicherheitsfragen verhängt war, eo ipso wegfallen.“

Die fehlende Einigkeit auf dem Londoner EG-Gipfel verhinderte ein Durchkommen der „Europa-Charta“. Man lehnte sie aber auch nicht ab, sondern beschloß, sie zusätzlich zu erörtern. Diese unbestimmte Haltung ermutigte eigentlich nur zu neuen Umgehungsmanövern, mit deren Hilfe man die militärische und politische Integration Westeuropas verwirklichen zu können glaubt. Als eine Handhabe dazu wählt man die Westeuropäische Union (WEU), die einzige militärische Organisation in Westeuropa, die die sieben EG-Länder juristisch an Verpflichtungen einer „ gegenseitigen Hilfe im Falle einer Aggression“ bindet. Im vergangenen November wurde in der WEU-Assemblee, einer Filiale der NATO in Westeuropa, den Mitgliedern und Kandidaten für die Mitgliedschaft der EG nahegelegt, sich dem Abkommen anzuschließen, laut dem die WEU gebildet wurde.

Nach langen Debatten erklärten sich die Mitglieder der Assemblee für ständige Konsultationen mit den Organen der EG, insbesondere mit dem Europäischen Parlament, und für eine Vereinbarung des Römer Vertrags mit dem Vertrag über die WEU als Vorbereitung auf die spätere Bildung einer europäischen Union mit erweiterten, vor allem militärischen und politischen Funktionen.



Das EG-Hauptquartier in Brüssel

Zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung ist unlängst ein „Aktionskomitee für die europäische Union“ aus Parlamentariern, Diplomaten, Politikern und Wirtschaftspolitikern der 10 EG-Länder gebildet worden. Es soll „die Tätigkeit und Entwicklung der europäischen Gemeinschaften“ fördern und „die Politik der Mitgliedstaaten“ in verschiedenen Bereichen „koordinieren oder übereinstimmend machen“. Im Juni soll in Paris eine Konferenz des Komitees unter Teilnahme Léo Tindemanns, des jetzigen Vorsitzenden des EG-Ministerrats, tagen. Sie soll die Staats- und Regierungschefs auffordern, „ohne jeden Aufschub die Europäische Union zu bilden“.

Wieso hat die EG in letzter Zeit die militärische und politische Tätigkeit derart intensiviert?

Allem Anschein nach wegen der anwachsenden Antikriegsbewegung in Westeuropa. Der italienische „Resto del Carlino“ schrieb offen, Genscher und Colombo hätten mit ihrer Initiative helfen wollen, „der Verlockung eines als Pazifismus maskierten Neutralismus zu widerstehen, der in der BRD, in Holland und Belgien zum Durchbruch kommt“.

Tatsächlich nimmt die Bewegung gegen den Kernraketenbeschuß der NATO gesamteuropäischen Umfang an. Ihre soziale und politische Basis verbreitert sich. Angehörige verschiedener sozialer Schichten nehmen aktiv daran teil.

Hier ein paar neue Details des Gesamtbildes der Aktionen, die Hunderttausende von Teilnehmern zählen. Einen Appell, den die französische Friedensbewegung am 25. Oktober 1981 beschloß und der dazu aufruft, gegen neue Kernraketen in Europa sowie gegen die Neutronenwaffen vorzugehen, haben schon 500 000 Franzosen unterschrieben. Der soeben zum Abschluß gekommene SPD-Parteitag hat gezeigt, wie stark die Antikriegsstimmungen in der BRD sind. Der linke Flügel

der SPD brachte einen Resolutionsentwurf ein, in dem eine Revision des NATO-„Doppelbeschlusses“ und ein Moratorium auf die Stationierung nuklearen Mittelstreckenraketen gefordert wurde. Erhard Eppler, Mitglied des SPD-Vorstandes, erklärte, das Vorgehen der US-Regierung habe dazu geführt, daß der „Doppelbeschuß“ der NATO zu einem Bestandteil des globalen Wettrüstens und jener Strategie geworden sei, deren Verfechter, die einen begrenzten Atomkrieg und sogar einen Sieg in einem solchen Krieg für möglich halten. Die Genfer Verhandlungen kämen viel langsamer vorwärts, als man erwartet habe. Das Moratorium könnte sie zumindest beschleunigen. Die USA müßten eins wissen: Falls sie nicht ernsthaft verhandeln sollten, werde die Friedensbewegung in Europa so sehr erstarcken, daß es zu keiner Stationierung neuer Raketen kommen werde.

Kurz, die Europäer — nicht nur die Teilnehmer der Antikriegsbewegung — erkennen immer mehr, daß die Hauptgefahr für den Frieden von den USA ausgeht. Die Verantwortung trifft auch diejenigen Regierungen Westeuropas, die sich mit Washingtons Außenpolitik solidarisieren.

Breite Schichten Westeuropas erkennen immer deutlicher, wie gefährlich die Militarisierung der Wirtschaft ist, und treten gegen eine solche Politik auf, die ihnen neue Entbehrungen auferlegt. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Ende April in Den Haag abgehaltene Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes. In seiner Resolution über Frieden und Abrüstung heißt es ausdrücklich, daß die Werkträger Westeuropas Frieden, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit als untrennbar ansehen; sie fordern Einstellung des Wettrüstens und Kürzung der militärischen Aufwendungen; sie lehnen als völlig inakzeptabel den Gedanken ab, daß eine Erhöhung dieser Aufwendungen zur Behebung der Wirtschaftskrise beitragen könne.

Der Schwerpunkt in der außenpolitischen Betätigung der EG ist das Bestreben, das Anwachsen der Antikriegsbewegung aufzuhalten und sie mit dem Lügenmärchen irrezuführen, daß die „Kriegsgefahr von seiten der UdSSR“ zunehme. Gewisse EG-Kreise zeigen sich bereit, der EG einen militärischen und politischen Charakter zu verleihen. Entsprechende Maßnahmen werden auch außerhalb der EG-Institutionen mit Hilfe verschiedener Körperschaften getroffen, die ausschließlich zur Bekämpfung der Friedensbewegung in Europa gegründet wer-

den. So ein koordinierendes Organ ist das Europäische Institut für Sicherheitsfragen mit Sitz in Luxemburg. Es wurde von christdemokratischen, liberalen und konservativen Abgeordneten des Europäischen Parlaments gegründet. Daran beteiligt sind Politiker, Militärs und Wissenschaftler aus den EG-Ländern. Zur Arbeit am Institut sind u. a. der belgische Außenminister Tindemans und der Führer der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, Bangemann, herangezogen worden. Bemerkenswerterweise haben die westeuropäischen Sozialisten eine Mitarbeit abgelehnt.

Leiter des Instituts ist der nicht unbekannte Kai-Uwe von Hassel, CDU-Abgeordneter im Europäischen Parlament, der unlängst erklärte, im Institut sei für Leute kein Platz, die die Willkür oder Fähigkeit des Westens zur Verteidigung erschütterten und darauf ausgingen, anti-amerikanische Stimmungen zu wecken und einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben.

Auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften legte Leonid Breshnew in seiner Charakteristik der internationalen Lage die dominierenden Wesenszüge der internationalen Beziehungen bloß, die „jetzt in ihrer Gesamtheit an einen deutlich erkennbaren Scheideweg gelangt sind“.

Die sich dort gabelnden Wege sind ausschlaggebend für die heutigen zwischenstaatlichen Beziehungen.

Auf der einen Seite, so führte Leonid Breshnew aus, ist es der Weg zur Festigung und zum Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten, fußend auf der Respektierung der Unabhängigkeit, der Rechte und Interessen eines jeden Staates, auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und auf gemeinsamen Bemühungen um eine Festigung der Sicherheit aller und des gegenseitigen Vertrauens. Diesen Weg haben die Sowjetunion und die ganze sozialistische Gemeinschaft sowie die demokratischen und friedliebenden Kräfte in den anderen Ländern gewählt. Auf den anderen Weg wird die Menschheit nachdrücklich von den kalten Kriegen gedrängt.

Daran, wer welchen Weg wählt, erkennt man heute mit ausreichender Klarheit Art und Ziele der Politik eines beliebigen Staates und in welchem Maße sie den Interessen der Völker entsprechen.

Die Völker Westeuropas, die sich über die Folgen eines Kernkrieges klar sind, wenden sich immer mehr dem Weg zu, der zum Frieden führt. Sie wollen die Konfrontation nicht, zu der gewisse EG-Kreise sie zu treiben suchen.

UNUMKEHRBAR

„Die positiven Prozesse, die in der VR Kampuchea immer stärker werden, ihre Errungenschaften bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft und aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens freuen uns. Beliebige Pläne, die Lage in ihrem Lande mit Hilfe verschiedener konterrevolutionärer Gruppierungen zu ändern, sind utopisch. Niemand ist imstande, die politischen Leichen Pol Pot, Ieng Sary und ihre Handlanger wieder zu beleben.“

Diese Worte richtete Andrej Gromyko an seinen kampucheanischen Amtskollegen Hun Sen, Mitglied des Politbüros des ZK der Revolutionären Volkspartei Kampuchea und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, bei einem Frühstück für ihn: Bei den Gesprächen wurde hervorgehoben, daß das kampucheanische Volk auch im weiteren mit der allseitigen Hilfe und Unterstützung der UdSSR rechnen kann. Es ist erfreulich, daß die Beziehungen UdSSR—Volkskampuchea immer reichhaltiger werden. Im Laufe des jüngsten Besuches wurde ein Programm der bilateralen kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit für 1982—1983 unterzeichnet.

Hun Sen schätzte die brüderliche Hilfe hoch ein, die die UdSSR seinem Volk bei der Überwindung der schweren Kriegsfolgen und des Genozids, bei der Lösung der vom IV. Parteitag der RPK gestellten Aufgabe erwies, die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen.

Die UdSSR wird Volkskampuchea auch künftig bei der Lösung seiner inneren Aufgaben, im Kampf gegen die Anschläge der hegemonialistischen und imperialistischen Kreise auf seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität, für die weitere internationale Anerkennung der VR Kampuchea, für die Wiedereinsetzung der Republik in ihre legitimen Rechte in der UNO und in anderen internationalen Organisationen unterstützen.

Beide Außenminister gaben erneut die Bereitschaft ihrer Länder bekannt, die Beziehungen zu China auf der Grundlage der Respektierung der gegenseitigen Interessen, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Nutzens zu verbessern. Wie sie hervorhoben, streben auch Vietnam und Laos das an.

Der offizielle Besuch Außenminister Hun Sens in der UdSSR bekräftigte die Tatsache, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern sich unablässigt in allen Bereichen entwickeln.

W. GODYNA

HINTENHERUM

Von unserem ständigen Berichterstatter
Igor TITOW

Die etwa 200 aneinander klebenden Häuser in der Ebene von Salisbury, Grafschaft Wiltshire, kann man leicht für ein gewöhnliches Städtchen halten. Wäre nicht der Drahtverhau querdurch und der Schlagbaum mit der abschreckenden Aufschrift, so würde man schwerlich, daß sich da die älteste chemische Forschungszentrale für militärische Zwecke der Welt, Porton Down, befindet.

Im Januar 1916 erwarb das Kriegsministerium 3000 Acres Land zwischen den Dörfern Porton und Idmiston, und zwei Monate danach machten Wissenschaftler dort die ersten Experimente mit Giftgasen.

Jetzt zählt das britische Hauptlaboratorium für C-Waffen und Schutzmittel 700 Angestellte. Amtspersonen behaupten, daß alle 700 an Verteidigungsprogrammen arbeiten. England selbst erzeuge keine C-Waffen, heißt es. Daß das nicht stimmt, ersieht man aus dem kürzlich erschienenen Buch „Eine höhere Form des Mordens. Die Geheimgeschichte des Chemie- und Bakterienkrieges“ von den englischen Journalisten Robert Harris und Jeremy Paxman. Der Titel geht auf einen Ausspruch Prof. Fritz Habers zurück. Als er 1918 den Nobelpreis für Chemie in Empfang nahm, sagte er: „Die Militärkreise werden in Zukunft nie die Giftgase ignorieren können, denn das ist eine höhere Form des Mordens.“

Tatsächlich haben die britischen Strategen die Möglichkeit des „lautlosen Mordens“ nicht ignoriert. Wie

es in dem Buch heißt, haben die Engländer 1919 gegen die Bolschewiki in Archangelsk die „M-Vorrichtung“ eingesetzt, die Arsenik versprühte. Im selben Jahr brachten die britischen Kolonialisten in Afghanistan gegen die „rebellierenden Stämme an der nordwestlichen Grenze“ Phosgen und Yperit zum Einsatz. Die Genfer Konvention von 1925 verhinderte die Arbeiten in Porton Down nicht. Jetzt dient diese Zentrale der NATO als wichtigste Versuchsstätte für die „Verfeinerung“ der Kriegsführungsmethoden mit C-Waffen. Das CS-Gas, das die USA in Vietnam versprühten, ist übrigens von englischen Chemikern entwickelt worden.

Nach den jetzigen Programmen Londons werden u. a. Bestandteile von C-Waffen zum Testen entsprechender Ausrüstungen für die britische Armee entwickelt. Die Forschungsergebnisse werden laut Abkommen mit Washington dem amerikanischen Chemiezentrums Edgewood Arsenal übergeben, das sich eigens mit neuen C-Waffen beschäftigt.

Wie die Wochenschrift „New Statesman“ berichtet, werden britische Militärs schon über 10 Jahre auch im Einsatz nervenlähmender Gase ausgebildet. Unter Berufung auf Dokumente der Armee schreibt das Blatt, England habe 14 verschiedene chemische Waffen, die in einem be-

stimmt Stadium auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden könnten: 3 nervenlähmende Gase, 2 Gift 1 erstickendes, 5 blendende von der Art des Senfgases, 2 unter dem Namen BZ bekannte Gase zur Bekämpfung von Unruhen und 1 Halluzinationen weckendes Pulver.

In offiziellen Regierungserklärungen ist nie geleugnet worden, daß Großbritannien C-Waffen vorrät hat. Betont wird nur, daß es keine Möglichkeit zu einem chemischen Angriffskrieg habe, der „New Statesman“ hebt aber hervor, daß da gelinde gesagt, nicht den Tatsachen entspreche.

Laut Angaben des Verteidigungsministeriums soll die Arbeit an chemischen Angriffswaffen in Porton Down 1957 eingestellt worden sein. Aus unlängst veröffentlichten amerikanischen Dokumenten aber ist ersichtlich, daß im September 1957 eine geheime „Dreierkonferenz über die toxische Kriegsführung“ abgehalten wurde. Die Teilnehmer — die USA, Kanada und Großbritannien — kamen überein, die Forschungen auf dem Gebiet von Nervengasen fortzusetzen.

Unter den Wissenschaftlern wächst jedoch die Besorgnis, daß die Arbeiten an neuen Kampfstoffen unter sukzessiver Verwendung biologischer Bestandteile zur Entwicklung einer „genetischen Bombe“ führen können. Das wird durch Angaben im „New Statesman“ bestätigt. Nach den offiziellen Schließung des mikrobiologischen Zentrums in Porton Down wurden die 30 Angestellten in die Zentrale für chemische Verteidigungsfor-

Britische Soldaten werden in der Kriegsführung mit Kampfstoffen gedrillt

Foto aus: „Telegraph Sunday Magazine“ (Großbritannien)



gen versetzt, wo für sie eine mikrobiologische Abteilung eingerichtet worden ist. Voriges Jahr wurden laut „Daily Telegraph“ Versuche mit neuen bakteriologischen Waffen an 17 000 Tieren ausgeführt.

Die Versuche in Porton Down sind nicht auf Experimente in Laboratorien beschränkt. Dort gibt es ein spezielles Versuchsgelände, auf dem Menschen als Versuchskaninchen benutzt werden. Das berichtete die Wochenschrift „Time Out“ und bezieht sich auf Aussagen von Militärs. Vor kurzem wurde da z. B. ein sehr giftiger „geruch-, geschmack- und farbloser“ Stoff ausprobiert, unter dessen Wirkung Menschen laut Zeugenaussagen „ihre Bewegungen nicht aufeinander abstimmen können und bald umsinken“.

Ende vorigen Jahres erklärte Frau Amoretta Hoeber, Assistentin des Unterstaatssekretärs für Verteidigung, die USA hätten die Absicht, Nervengasbomben auf Stützpunkten in Großbritannien zu stationieren. Die Tory-Regierung behauptet noch immer steif und fest, sie habe ein solches Ansuchen aus Washington nicht erhalten. Aber die BRD, wo schon über 2000 t amerikanische Kampfstoffe eingelagert sind, war ja auch nicht offiziell um ihr Einverständnis ersucht worden. Es galt immer als selbstverständlich, daß das Pentagon Zutritt zu den NATO-Arsenalen hat. Auch haben die US-Generale nie verschwiegen, daß sich die C-Waffen in der Nähe eines eventuellen Kriegsschauplatzes, mit anderen Worten in Westeuropa, befinden müßten.

Laut „Guardian“ sind in Großbritannien schon viele amerikanische Waffen deponiert — es sei durchaus möglich, daß auch Nervengas, nach hartnäckigen Gerüchten auf dem US-Stützpunkt in Caerwent; was könnte die Amerikaner daran hindern, Bestandteile binärer C-Waffen nach Großbritannien zu bringen und sie an Ort und Stelle zusammenzusetzen?

Da drängt sich einem die Schlußfolgerung auf, daß die Amerikaner binäre Munition hinterherum nach Westeuropa bringen. Wenn sich Washington anstrengt, die Westeuropäer mit einer angeblichen sowjetischen Überlegenheit zu schrecken, und wenn es mit seinen Bündnispartnern über eine Stationierung neuer C-Waffen „Konsultationen“ abhält, so sind das nichts anderes als Versuche, das Vorhandensein dieser Waffen in Ländern der alten Welt zu legalisieren.

London



FÜR DAS LEBEN AUF ERDEN

An der Ausweichstation Dubossekowo bei Wolokolamsk, wo vor 40 Jahren 28 Mann der Panfilow-Division im Kampf gegen faschistische Panzer ums Leben kamen, versammelten sich am Morgen des 9. Mai Hunderte Menschen. Um die Mittagszeit legte eine Gruppe von Geistlichen, angeführt vom Erzbischof von Wolokolamsk, Pitirim, einen Kranz an dem dortigen Denkmal nieder.

Damit ehrteten viele in der Sowjetunion weilende Repräsentanten religiöser Organisationen aller Kontinente das Andenken der im Großen Vaterländischen Krieg Gefallenen. Am 10. Mai dann versammelten sie sich in Moskau zur Eröffnung der Weltkonferenz „Geistliche der Welt gegen die nukleare Bedrohung“. Schon zum zweiten Mal innerhalb der letzten fünf Jahre findet ein solches Forum in der sowjetischen Hauptstadt statt. Diesmal verdeutlichte es besonders die zunehmenden Einfühlungsdimensionen in der internationalen Friedensbewegung.

Vor der Konferenzeröffnung hatte das US-Magazin „U.S. News & World Report“ von einem „phänomenalen Aufschwung der Friedensbewegung in den USA“ geschrieben. In vielen Städten der Vereinigten Staaten protestieren Tausende gegen die entsetzlichen Folgen der Rüstungspolitik. Der katholische Erzbischof von San Francisco John Quinn erklärte: „Jede Waffe, die der Erde einen nicht wieder gutzumachen den ökologischen Schaden zufügen und riesige Bevölkerungsmassen auf schrecklichste Weise ausrotten kann, ist absolut amoralisch.“

Protestmärsche, Kundgebungen von Friedensfreunden in Japan, der BRD, Italien, Aufrufe von Wissenschaftlern,

Ärzten und Kulturschaffenden widerstreichen die tiefe Sorge der Menschheit und veranlassen viele kriegslüsterne Politiker, dem millionenfachen „Stoppt den Krieg!“ auf der ganzen Welt Gehör zu schenken.

Die Weltkonferenz wurde entgegen den Erwartungen ihrer Gegner keineswegs nur zu einem weltumspannenden Gebet um den Frieden. In konstruktiven Diskussionen über die Verhütung der Kernkatastrophe, über die Folgen des Wettrüstens und des Nuklearkriegs, über die Wege zur allgemeinen Abrüstung äußerten sich namhafte Vertreter der internationalen und nationalen religiösen und gesellschaftspolitischen Kreise von rund 100 Ländern, die fast alle Religionen der Welt repräsentierten. Hier sah man christliche, moslemische und buddhistische Religionsoberhäupter, Mitglieder von Regierungen und Parlamenten, Philosophen, Wissenschaftler, Persönlichkeiten der Weltöffentlichkeit. Unter ihnen den Präsidenten des Weltfriedensrats Romesh Chandra, den bekannten baptistischen Prediger Billy Graham (USA), den islamischen Geistlichen Said Afghani (Afghanistan) und andere.

In einer Grußbotschaft an die Konferenzteilnehmer äußerte der Vorsitzende des UdSSR-Ministerrats Nikolai Tichonow, in diesen Tagen sei es besonders wichtig, daß jeder Bewohner unseres Planeten, egal, ob religiös gebunden oder nicht, sich seiner persönlichen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens höchst bewußt werde. „Die sowjetische Regierung begrüßt und versteht zutiefst Ihre Bemühungen im Kampf gegen die nukleare Bedrohung und mißt der hochsinnigen Idee und dem Zweck

Ihres Forums hohen Wert bei", heißt es in der Grüßbotschaft.

Die Konferenzteilnehmer konstatierten alarmiert, daß die Herstellungskosten eines strategischen Bombers heute rund 80 Mio Dollar betragen. Die Weltgesundheitsorganisation aber, die in zehn Jahren 83 Mio Dollar verausgabte, konnte die Pocken in der Welt ausmerzen. Um das Analphabetentum unter der gesamten erwachsenen Erdbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts zu beseitigen, wären weniger Mittel nötig, als in 24 Stunden für militärische Zwecke in der Welt aufgewendet werden.

Das Anpeitschen militaristischer Stimmen führt zur Entwicklung prinzipiell neuer Arten und Systeme von Kampftechnik und zur Erprobung neuer Einsatzbereiche. Man weiß z. B., daß das Pentagon bereits die Stationierung von Laserwaffen im Kosmos vorbereitet.

„Womit, wenn nicht mit einem Einschläfern des Verantwortungsgefühls, ließen sich die immer häufiger laut werdenden Stimmen für weitere Runden des Wettrüsts und für die Doktrin über den Einsatz von Kernwaffen für den Erstschlag erklären?“ sagt der Patriarch von Moskau und ganz Rußland Pimen auf der Konferenz. „In der von der 36. UNO-Vollversammlung verabschiedeten Deklaration wird unterstrichen, dies sei das schwerste Verbrechen gegen die Menschheit. Und die Haltung jener, die gegen diesen nützlichen UNO-Beschluß auftraten und weiter auftreten, muß Unverständnis auslösen.“

Aufrüstung auf der Erde, Aufrüstung im Kosmos... Millionen Menschen wollen wissen: Was läßt sich in unserer Zeit diesem selbstmörderischen Prozeß real entgegenstellen?

Nur friedliche Verhandlungen, lautet die Antwort der Konferenzteilnehmer. In ihren Reden schwingt der ganz eindeutige Gedanke: Das Problem der nuklearen Abrüstung muß gelöst werden, trotz der unterschiedlichen ideologischen Strömungen, der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die die Verhandlungen manchmal in ein Knäuel unentwirrbarer Probleme verwandeln. Auf den Plenarsitzungen der Konferenz wie in den Diskussionen der Arbeitsgruppen stellten die Teilnehmer immer wieder die Bedeutung der zweiten UNO-Sondertagung heraus, die im Juni d. J. stattfindet.

Die Repräsentanten der Russisch-Orthodoxen Kirche äußerten die Hoffnung, die UNO-Tagung werde konstruktive Schritte zur Festigung der internationalen Sicherheit unternehmen, und die jetzige Weltkonferenz leiste ihren Beitrag zum Erfolg der bevorstehenden Tagung. Höchstes Ziel des Forums der Geistlichen in Moskau ist es, die nukleare Bedrohung um jeden Preis abzuwenden und das Leben auf Erden zu schützen.

B. KOSLOW

INTERVIEW

ASIEN BRAUCHT FRIEDEN

Nguyen Co Thach, Kandidat des Politbüros des ZK der KPV und SRV-Außenminister, besuchte eine Reihe westeuropäischer Länder. Bei seiner Rückkehr machte der Minister einen Zwischenaufenthalt in Moskau und beantwortete Fragen unseres Korrespondenten.



Genosse Minister, berichten Sie bitte von Ihren Besuchen in Frankreich, der BRD, Belgien und Schweden. Welche Eindrücke haben Sie gewonnen?

Ziel meiner Reise war ein Meinungsaustausch zu allgemeinen Fragen von beiderseitigem Interesse und zu Fragen der bilateralen Beziehungen. Mit den Ergebnissen der Besuche bin ich zufrieden. Ich informierte meine Gesprächspartner über die Lage in Südostasien und über die Haltung Vietnams.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre zeugt davon, daß die Staaten Südostasiens, vor allem Indochinas, aufrichtigen Frieden und Stabilität erhoffen. Doch China lehnt alle Vorschläge Vietnams, Laos' und Kampuchreas ab, die feindselige Tätigkeit einzustellen, zu verhandeln und Nichtangriffsverträge zu unterzeichnen. Niemand anders als China untergräbt den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Indochinas und den ASEAN-Ländern.

China, das sich in ein Komplott mit dem US-Imperialismus eingelassen hat, schürt ständig die Konfrontation zwischen den Ländern Südostasiens und unterstützt weiterhin die prochinesischen Kräfte in den Ländern der Region, die sich gegen die Völker dieser Staaten wenden. Doch wie die vergangenen drei Jahre gezeigt haben, erleidet diese Politik Schiffbruch.

Es gibt nur einen Weg zu Frieden und Stabilität in Südostasien — den Weg des Dialogs, der Eintracht und der Zusammenarbeit zwischen allen Ländern der Region. Die Konfrontation in Südostasien nicht zu schüren, sondern einen eigenen Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Region zu leisten — das ist das Gebot der Zeit. Meine Kollegen in Westeuropa haben begonnen, allerdings in unterschiedlichem Maße, die Haltung Vietnams besser zu verstehen, und sie bekundeten einmütig den Wunsch nach einer Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Südostasien.

lung von Frieden und Stabilität in Südostasien.

Gibt es Wandlungen zum Besseren in den Beziehungen zwischen den drei Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten?

In den vergangenen drei Jahren gelangte die Konfrontationspolitik in eine Sackgasse. In den ASEAN-Staaten entwickelt sich die Tendenz zu einem Dialog. Viele Menschen in diesen Ländern werden sich immer klarer bewußt, daß Peppings Handlungen eine außerordentliche Gefahr für Frieden, Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten Südostasiens darstellen.

Die Politik der Länder Indochinas zur Herstellung von Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu den ASEAN-Staaten übt immer größeren Einfluß auf die Entwicklung aus. Der Trend zur Entspannung in Südostasien wurde zur vordringlichen Forderung und wird sich Schritt für Schritt trotz zahlreicher Schwierigkeiten den Weg bahnen.

Bitte einige Worte zu dem bevorstehenden Gipfeltreffen von Vietnam, Laos und Kampuchea.

Die Solidarität der drei Länder Indochinas ist eine historische Notwendigkeit. Das Ergebnis unserer Geschlossenheit in den letzten 35 Jahren waren die ruhmreichen Siege im Kampf für die nationale Unabhängigkeit dieser drei Länder. Heute ist eine solche Solidarität die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß jedes von ihnen die lebenswichtigen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus und bei der Verteidigung des Vaterlandes erfüllt. Eben davon wird auf dem bevorstehenden Gipfeltreffen die Rede sein.

Die Staaten Indochinas respektieren die Solidarität der ASEAN-Länder und hoffen, daß auch jene ihrerseits die Solidarität der Staaten Indochinas achten werden.

Ihre Einschätzung der Beziehungen zwischen der SRV sowie der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft?

Die Zusammenarbeit Vietnams mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ist einer der entscheidenden Faktoren für die Siege des vietnamesischen Volkes im Kampf für nationale Unabhängigkeit, beim sozialistischen Aufbau und bei der Verteidigung der Heimat. Für Siege, die historische und internationale Bedeutung haben. Wir schätzen diese edlen Beziehungen.

Der Umfang der allseitigen vietnamesisch-sowjetischen Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren hat unsere Zusammenarbeit in den vorausgegangenen drei Jahrzehnten übertroffen. Und im laufenden Planjahr fünf wird sie um ein Vielfaches über dem Stand der letzten fünf Jahre liegen. Immer intensiver wird sich die Zusammenarbeit Vietnams auch mit den anderen sozialistischen Ländern entwickeln.

Jetzt sucht die bürgerliche Propaganda eine Verleumdungskampagne aus Anlaß der in der UdSSR tätigen vietnamesischen Arbeiter zu entfesseln. Was können Sie diesbezüglich sagen?

Gewisse Kreise im Westen ver-

drehen absichtlich die Tatsachen. Sie behaupten, vietnamesische Arbeiter würden in die UdSSR geschickt, um „im Schweiße ihres Angesichts die vietnamesischen Schulden abzuwerben“. In Wirklichkeit hat die Sowjetunion in den vergangenen 35 Jahren wiederholt Vietnam die Schulden erlassen.

Die vietnamesischen Arbeiter kommen in die UdSSR auf Grund von bilateralen Abkommen über sowjetische Hilfe für die SRV bei der Ausbildung von Fachkräften. Hierbei haben sie genau die gleichen Rechte wie die sowjetischen Arbeiter. Gegenwärtig sind Tausende Arbeiter aus der SRV in verschiedenen Sowjetrepubliken tätig. Übrigens entsendet Vietnam seine Arbeiter nicht nur in die UdSSR, sondern auch in die CSSR, nach Bulgarien und in die DDR. Überdies sind vietnamesische Ärzte, Ingenieure und Arbeiter in Algerien, Angola, der VR Kongo und auf Madagaskar tätig.

Die Stellung der vietnamesischen Arbeiter in der UdSSR unterscheidet sich grundlegend von den Arbeitsbedingungen für Millionen Ausländer in Ländern Westeuropas, wo sie brutal ausgebeutet werden, gegenüber den Arbeitern dieser Länder benachteiligt sind und ihre Interessen meist nicht von Regierungsabkommen geschützt werden.

Im Westen hängt man eine Lüge an die andere. Man neh-

me nur die Behauptungen, in Südostasien würden chemische Waffen „sowjetischer Produktion“ eingesetzt...

Dies ist nichts als ein weiterer Trick — nach dem bekannten Motto „Haltet den Dieb!“ Es ist allgemein bekannt, daß die USA in Vietnam ca. 100 000 t chemische Giftstoffe versprühten und so die Umwelt schädigten, Hunderttausende Vietnamesen und Tausende amerikanische Soldaten zum Krüppel machten. Das hat schwerste Folgen auch für künftige Generationen unseres Volkes.

Die von den USA entfesselte Verleumdungskampagne, die SRV setze Giftstoffe „sowjetischer Produktion“ in Südostasien ein, kann die Aufmerksamkeit der Menschen nicht von den tatsächlichen amerikanischen Verbrechen in Vietnam und von den heimtückischen Plänen der USA zur Vorbereitung eines chemischen Krieges ablenken.

Seinerzeit fabrizierten die USA zur Rechtfertigung der amerikanischen Aggression in Vietnam bekanntlich den berüchtigten „Tongking-Vorfall“, um das vietnamesische Volk, d. h. das Opfer dieses Krieges, als Aggressor hinzustellen. Heute machen die USA erneut von derart schmutzigen Tricks und Methoden Gebrauch, doch werden sie die Weltöffentlichkeit nicht betrügen können.

WAHLEN IN INDONESIEN

In Indonesien wurde die Stimmenauszählung nach den Parlamentswahlen vom 4. Mai abgeschlossen. 364 Abgeordnete wurden gewählt. Zudem hat Präsident Suharto weitere 96 Abgeordnete zu ernennen. Dabei handelt es sich vor allem um Offiziere, auf die sich das Regime der „neuen Ordnung“ vor allem stützt, das jetzt bereits an die 15 Jahre in dem der Bevölkerungszahl nach fünfreichsten Land der Erde (147 Mio Einwohner) besteht.

Wie erwartet, siegte die Regierungsorganisation Golkar, formell eine überparteiliche Vereinigung sogenannter funktioneller Gruppen. Die führende Rolle in ihr spielen Vertreter der Militärs und des Regierungsapparats. Golkar hat sogar ihre Mandatszahl von 232 auf 244 erhöht.

Haupttrüne der Golkar war die Partei der Einheit und Entwicklung (PEE), zu der sich 1973 einige islamische Gruppen zwecks „Vereinfachung des Parteiensystems“ ver-

einten. Doch trotz ihres großen Wahlkampfeinsatzes errang sie nur 96 Mandate. Dritter Wahlteilnehmer ist die Demokratische Partei Indonesiens, gleichfalls ein Zusammenschluß einiger Parteien, insbesondere der vom ersten Präsidenten der Republik, Sukarno, gegründeten Nationalpartei. Ihre Sitzzahl ging von 29 auf 25 zurück.

Der Wahlkampf, besonders im Anfangsstadium, verlief recht stürmisch. Wiederholt kam es zu Straßenschlachten und Zusammenstößen zwischen den Anhängern rivalisierender Gruppierungen [vor allem der PEE und der Golkar] in der Hauptstadt wie in den anderen größten Städten des Landes. Diese Unruhen forderten große Opfer: Offizielle Angaben zufolge kamen 36 Personen im Wahlkampf ums Leben. Die Behörden schickten Panzer, Schützenpanzerwagen und verstärkte Patrouillen auf die Straßen.

Der Wahlkampf selbst zeigte, wie unterschiedlich die sozialökonomi-

sche Lage Indonesiens sein kann. 1981 wurde eine Rekordreisernte eingebroacht, und in dem Land, das noch vor kurzem Reis eingeführt hatte, konnte jetzt sogar ein gewisser Vorrat angelegt werden. In den letzten Jahren hat der Erlös aus dem Ölexport zugenommen [jetzt mußte die Förderung auf OPEC-Beschluß gedrosselt werden]. Die Weltbank teilte mit, daß Indonesien seit 1981 nicht mehr zur Gruppe der ärmsten Länder der Erde gehört, weil das Prokopfeinkommen 520 Dollar jährlich erreichte. Doch das ist ein Durchschnittswert. Dahinter stehen die zunehmende materielle Ungleichheit und die fortwährende Millionarbeitslosigkeit.

Das nährt ebenso wie die immer häufiger bekannt werdenden Fälle von Korruption und Amtsmißbrauch durch Regierungsbeamte die soziale Unzufriedenheit. Doch den Wahlergebnissen zufolge vermochten sich Regierung und Golkar die positiven Ergebnisse der indonesischen Wirtschaft zunutze zu machen.

A. USWATOW

EINBRUCHSDIPLOMATIE

Die Geschichte gehört der Vergangenheit an, doch das „New York Times Magazin“ hat das Interesse dafür kürzlich erneut mit dem Beitrag „Die gescheiterte Operation — Rechenschaftsbericht eines Eingeweihten über den Geiselbefreiungsversuch im Iran“ aufgewärmt. Der Eingeweihte ist Zbigniew Brzezinski, Ex-Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Harold Brown sowie anderen hohen Militärs und Beamten bereitete er die Geheimoperation zur Befreiung der Angestellten der US-Botschaft in Teheran vor, die im November 1979 als Geiseln genommen wurden. Das Unterfangen scheiterte bekanntlich. Damit könnte man es bewenden lassen. Doch das „New York Times Magazin“ erklärt folgendermaßen den Rückgriff auf das alte Thema: „Aus Dr. Brzezinskis Rechenschaftsbericht, der sich auf seine Erinnerungen und die Notizen während der 14monatigen Geiselkrise stützt, ergibt sich eine Reihe neuer Fakten und Details.“ Und um sie geht es.

Brzezinski verlor kein Wort darüber, daß die ganze Operation ein Akt größter militärischer Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates war. Im Weißen Haus kümmerte das niemanden. Dort hat man sich schon seit langem das Recht angemaßt, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen. Dafür beschreibt Brzezinski ausführlich die Geheimhaltungsmaßnahmen: Er notierte persönlich alle Gespräche und schränkte den Kreis der Eingeweihten auf das äußerste ein. Doch das ist noch nicht alles. „Für uns war es wichtiger“, berichtet er, „die Iraner durch Einleitung einer neuen Verhandlungsrunde zu täuschen... Die Bereitstellung von Menschen und Material lief unterdes wie am Schnürchen.“ Und weiter: „Hohe Militärs erhielten die Anweisung, falls erforderlich, eine Kollision mit irgendeinem russischen Schiff zu inszenieren, um eine Aufdeckung des Vorhabens zu verhindern.“

Weiter: „Die ganze Operation sollte im Schutze der Finsternis durchgeführt werden“, teilt der Drahtzieher mit. Doch Washington spielte auch in einem anderen Punkt ein finsternes Spiel. „Der ägyptische Präsident Anwar Sadat zeigte, wie wir auch erwartet hatten, Mut und leistete uns allseitige Hilfe“, gesteht

Brzezinski ein. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit anderer befreundeter Länder in der Region sichergestellt. Doch ... ohne deren Wissen. „Wir taten das Erforderliche in der Meinung, ihre Unzufriedenheit darüber, nicht zuvor konsultiert worden zu sein, werde nichts sein gegenüber der unschönen Lage, in der sie sich befänden, wenn wir sie zuvor um Zusammenarbeit gebeten hätten.“ Mit anderen Worten, was sollte der große Aufwand da. Wir stellen sie einfach vor die vollendete Tatsache, und dann sollen sie sich doch selbst aus der Patte helfen.

Brzezinskis ganzer Bericht ist von giftigem Antisowjetismus durchsetzt: Angeblich hat die Sowjetunion den USA keine Wahl gelassen — entweder eine „Rettungsoperation“ oder aber der Iran wirft sich dem Kreml in die Arme, was „den Russen zusätzliche Möglichkeiten für die Durch-

dringung der Golfzone und des Indiks geben würde“. Doch wo, fragt man sich, ist da der Zusammenhang zwischen Moskau und dem Schicksal der US-Geiseln? Sind sie alle ja letztlich wohlbehalten infolge der iranisch-amerikanischen Vereinbarung zurückgekehrt. Doch Brzezinski erwähnt das nicht einmal. „Ich meine nach wie vor, daß es, wenn wir auf diesen Versuch verzichtet hätten“ (d. h. auf den Piratenakt gegen den Iran), „als die Möglichkeiten gegeben waren, schändlich und Amerika unwürdig gewesen wäre“, schließt er.

Natürlich war hier nur von einer Episode die Rede. Doch auch sie erlaubt diverse Verallgemeinerungen. Die offenen zynischen Enthüllungen des Ex-Sicherheitsberaters zeigen einige schmutzige Methoden auf, von denen die Schöpfer der US-Außenpolitik für ihre eigennützigen Ziele ungeniert Gebrauch machen.

S. GOLJAKOW

DR. SCHNOORS ERFINDUNG

Wenn ein Polizeilulatsch mit einem Knüppel eine Frau schlägt, die Arbeit verlangt oder Antikriegsparolen ruft, dann ist das inhuman. Und da hat sich unter den Ordnungshütern im Westen ein Kavalier gefunden — Dr. Herbert Schnoor, Innenminister des BRD-Landes Nordrhein-Westfalen.

Er ordnete an, Vertreterinnen des schwachen Geschlechts für den Polizeidienst anzuwerben. In einem Ausbildungsjahr, das bereits diesen Herbst beginnen soll, werden die Damen schießen und andere Polizeimethoden lernen. Dann, meint der Minister, werden sie ausgezeichnet ihre männlichen Kollegen ersetzen können. Eine Frau mit Knüppel in der Hand und Pistole am Gürtel soll nach Auffassung des Ministers für mehr Vertrauen zwischen den Bürgern und der Polizei sorgen, soll diese „humanisieren“...

Dr. Schnoors Erfindung gefiel den Beamten der Landesregierung. Sie beeilten sich zu erklären, daß mit der Eröffnung neuer Polizeischulen ein weiterer Schritt zur „wahren Gleichberechtigung“ gefallen wird. Überdies werde die Zahl der Arbeitslosen abnehmen: Der Minister plant jährlich je 60 Polizistinnen auszubilden. Eine weise Entscheidung. Liegt ja die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen bereits bei über einer halben Million.

P. NEGOIZA



Unser Bild: Diese Damen trainieren einstweilen...

Foto:
„Unsere Zeit“ (BRD)

-SEGEN

chef Guatema, leite sich über die Menschenrechte äktern. Und Junado Shaad lud so Organisationen ein, die sich davon hielten, daß es in sich ganz demokratischen zwar Bürger seien, doch die neue nicht die Verant-

zialen Brimborium einzug und allein Soldaten und Militärs Repressalien gehalten. "Times" zufolge diesem Gestöhnen. Offizielle Ver- administration erklär-

ten, es werde geplant, Ersatzteillieferungen für US-Hubschrauber (Kostenpunkt: 4 Mio Dollar) an Guatemala zu billigen. Gerade diese Hubschrauber werden von der guatemaltekischen Armee bei der „Partisanenkämpfung“ eingesetzt. Überdies ist das Pentagon bereit, das militärische Ausbildungsprogramm für Militärangehörige Guatema wieder aufzunehmen.

Wie es aber in Wirklichkeit um die Demokratie in Guatemala bestellt ist, verdeutlichen Pressemeldungen. Bereits eine Woche nach Machtantritt der neuen Junta machten Soldaten das Dorf El Rancho de la Virgen, Departement Chimaltenango, dem Erdboden gleich. 200 Häuser wurden niedergebrannt und über 20 Personen ermordet. Im Dorf Chipum im gleichen Departement brannten Soldaten alle Hütten und Wirtschaftsgebäude nieder, vernichteten Saaten und Vieh und erschossen Bauern. Allein in 48 Stun-



den fielen 46 Guatemaleten dem Terror zum Opfer. So respektiert die neue Junta Guatemalet mit Washingtons Segen die „Menschenrechte“.

W. WETROW

Unser Bild: Weitere Opfer der Militärjunta Guatemalet

Foto: "Time" (USA)

E BERATER

Apartheid herrschen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Afrikaner ist um 20 Jahre geringer als die der Weißen. Auf 17 000 Einwohner in den namibischen Bantustans kommt nur 1 Arzt. Die Weißen verdienen zwölfmal soviel wie die Afrikaner. Mehr als ein Viertel aller arbeitsfähigen Schwarzen sind ohne Arbeit.

Über all das schweigt sich Sir Trevor Lloyd-Hughes natürlich aus. Offenbar sind seine „Konsultationen“ für das Tory-Kabinett von der gleichen Art wie seine Desinformationen über die Lage in Namibia. Muß man sich da wundern, daß Großbritannien als Mitglied der Namibia-„Kontaktgruppe“ auf jede Weise die Unabhängigkeitsverhandlung ebnen wird.

M. SARIPOW

„NEUE ZEIT“ 20.82



GEPLATZTE SHOW

Die Chefs des Fernsehstudios Sydney waren ganz in Vorfreude. Jetzt könnten sie endlich dem australischen Publikum einen „Beweis“ dafür präsentieren, daß die UdSSR chemische Waffen einsetzt. Der Beweis ist schon bezahlt, allerdings gewissen dubiosen Gestalten wohl laotischer Abstammung, doch dafür ist das Corpus delicti wirklich überzeugend — eine richtige Rakete sowjetischer Produktion. Die Anbieter schworen hoch und heilig, sie sei mit einem Giftstoffspiegelkopf versehen gewesen. Ebendauf bissen die Sydneyser Freunde antisowjetischer Sensationen an.

Offenbar um der TV-Show „Glaubwürdigkeit“ zu verleihen, wurden zur Prüfung des Corpus delicti zwei Fachleute des australischen Verteidigungsministeriums nach Bangkok, wohin die Rakete transportiert wurde, entsandt. Doch bereits eine erste Inaugenscheinnahme führte zu totaler Verwirrung. Keine „chemische“, sondern eine gewöhnliche Rakete, zudem eine durchaus veraltete, war den Sensationsjägern untergejubelt worden.

Die antisowjetische Show war geplatzt. Schade um das Geld der Programm-Manager, die auf diesen übeln Betrug hereinfielen.

W. KSENIN
Zeichnung: W. Tschakiridis

MINISTER AUF EIGENKURS

Casper Weinberger und Abdel Abu Ghazala sind Kollegen. Beide leiten Verteidigungsministerien. Der erste in den USA, der zweite in Ägypten. Dieser Tage sprach Weinberger im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington, während Abu Ghazala ein Interview für die Kairoer Zeitung „Mayo“ gab. Dabei wurde eine geradezu verblüffende Übereinstimmung der Ansichten deutlich: Erstens schwebt über dem Nahen und Mittleren Osten eine militärische Bedrohung seitens der UdSSR. Und zweitens seien, um diese abzuwenden, Eingreifverbände notwendig.

Der Pentagonchef suchte die Kongreßabgeordneten zu überreden, Mittel für eine Verstärkung der US-Eingreiftruppe bereitzustellen. Abu Ghazala, der seinem Kollegen zuspielen wollte, ging noch weiter. Er erklärte, die USA seien der UdSSR in dieser Region militärisch unterlegen und deshalb reiche die Eingreiftruppe nicht aus. Was sei zu tun? Abu Ghazala verwies darauf, daß der Unterhalt eines ägyptischen Soldaten um ein Vielfaches billiger ist als der eines amerikanischen. So will man das Land der Pyramiden in einen Kanonenfutterlieferanten für das Pentagon verwandeln.

AFP zufolge erklärte der Minister, die UdSSR wolle die arabische Welt und Afrika unter ihre Kontrolle bekommen, um Europa auf die Knie zu zwingen. Wenn das nicht absurd ist! Die „Washington Post“ betonte kürzlich, daß der derzeitige ARÄ-Präsident Hosni Mubarak „keinerlei Nutzen in einer Fortsetzung der Konfrontation mit der Sowjetunion sieht“. Sein Verteidigungsminister aber verfolgt da seinen eigenen Kurs.

W. SCHELEPIN

KREDITE UND POLITIK

Washington unternimmt einen weiteren Schritt zum kalten Krieg gegen die UdSSR. Zur neuen Runde im Wettrennen, zur Einschränkung der Beziehungen in Handel, Wissenschaft, Technik und Kultur, zu diversen Wirtschaftssanktionen kommen jetzt Versuche, eine Kreditblockade zu verhängen. F. Ikle, stellvertretender Verteidigungsminister für politische Fragen, legte vor kurzem das Kredo der amerikanischen Falken wie folgt dar: „Jede Ermunterung

weiterer westlicher Anleihen für Moskau, besonders durch die Regierungen der demokratischen [kapitalistischen] „Länder, ist finanziell unvorsichtig und politisch unvertragbar.“ Washington setzte die Frage der Beschränkung von Krediten an die sozialistischen Länder auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz der sieben führenden kapitalistischen Länder, die im Juni in Versailles zusammentrifft.

RISIKOVOLL

Oleg MORGATSCHOW

Der Frontalangriff Washingtons auf die Währungs- und Kreditbeziehungen zwischen Ost und West ist kein Zufall. Es war ja in hohem Maße der erfolgreichen Entwicklung der Beziehungen im Kreditbereich zu verdanken, daß in den 70er Jahren der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern und Japan einerseits und der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern andererseits beträchtlich wuchs. Die Unterminierung dieser Beziehungen würde ihn stark beschränken. Ebendeshalb meinen die USA, daß die Kreditierung der UdSSR, wie vor kurzem der stellvertretende Außenminister für politische Fragen Eagleburger erklärte, „eine wichtige strategische Frage“ sei. Er forderte die europäischen Bündnispartner auf, „einen gemeinsamen Standpunkt zu Finanzkrediten für den sowjetischen Block zu formulieren“.

Zu diesem Zweck reiste im März eine US-Regierungsdelegation unter James Buckley, stellvertretender Außenminister, nach Westeuropa. Sie verhandelte mit den Spitzenpolitikern der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens und hatte Gespräche im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Nach ihrer Rückkehr aus Europa legte die Delegation Präsident Reagan auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates einen Rechenschaftsbericht ab. In einer Erklärung des Weißen Hauses über diese Sitzung heißt es: Die USA beabsichtigen „Konsultationen mit den Bündnispartnern zwecks Organisation eines Treffens, auf dem ein Abkommen über die Beschränkung amtlich gesicherter Kredite für die UdSSR erzielt werden könnte“.

Laut westlicher Presse will Washington zusammen mit den anderen

NATO-Staaten und Japan ein Sonderorgan ins Leben rufen, das die staatliche Kreditgewährung an die sozialistischen Länder zu regeln und zu kontrollieren hat. Es handelt sich demnach um ein „Kredit-COCOM“*, das u. a. Privatbanken die Erlaubnis zur Kreditierung sozialistischer Länder erteilen soll.

Massiver Druck

Die westeuropäischen Länder und Japan reagieren auf Washingtons Pläne widerspruchsvoll. Einerseits verstehen sie, daß Kreditrestriktionen ihnen bedeutende Verluste bringen können, weshalb sie sich gegen die Einstellung bzw. wesentliche Einschränkung der Kredite wenden. Andererseits geben sie dem massiven Druck Washingtons nach und erklären sich, um ihre „Solidarität“ mit ihm zu demonstrieren, laut Pressestimmen bereit, Fragen der Kreditierung der sozialistischen Länder im Rahmen eines beratenden Organs kollektiv zu erörtern. Im Prinzip stimmen sie auch einer Verschärfung der Kreditbedingungen, was Zinssätze, Termine und die allgemeine Höhe angeht, zu. Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden schon getan. Unter dem Druck der USA vereinbarten die OECD-Länder Ende April eine Erhöhung der Kreditzinsen beim Export in die UdSSR. Großbritannien gab Kreditrestriktionen bekannt.

An Washingtons politischem Spiel beteiligen sich aktiv auch US-Privatbanken. Praktisch haben sie die

* Der 1949 gegründete Koordinierungsausschuß für die Kontrolle über den Export strategischer Waren in die sozialistischen Länder, dem 14 NATO-Staaten (mit Ausnahme Islands) und Japan angehören.

Kreditierung der UdSSR völlig eingestellt und neuerdings auch die Kredite für die anderen sozialistischen Länder stark abgebaut. Mehr noch, in den letzten Monaten nutzen die US-Bankiers ihre starken Positionen im kapitalistischen Banksystem aus und zwingen ihre europäischen Geschäftspartner, kurz- und mittelfristige Anleihen für die sozialistischen Länder, in erster Linie die UdSSR, einzustellen oder beträchtlich zu kürzen. Ferner wird versucht, die Gewährung kommerzieller Kredite an die Außenhandelsorganisationen der RGW-Länder zu hinterreiben. Hierbei kommen selbst so drastische Mittel zur Anwendung wie die Drohung, die US-Einlagen in den europäischen Banken zu reduzieren oder gänzlich zurückzunehmen und die Korrespondenzbeziehungen zu Banken in Europa, die noch mit den Banken der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zusammenarbeiten, abzubrechen.

Zugleich suggeriert die rechtsorientierte Presse den Geschäfts- und Bankkreisen des Westens den Gedanken, daß einzelne sozialistische Länder zahlungsunfähig seien. Einige westeuropäische Banken geben dem mächtigen US-Druck schon nach. In letzter Zeit haben mehrere britische, bundesdeutsche, italienische, belgische und Schweizer Banken die Gewährung kurz- und mittelfristiger Anleihen an die sozialistischen Länder eingestellt oder stark eingeschränkt.

Die reaktionären Kreise im Westen glauben, daß die Reduzierung der Summen und die Verschärfung der Bedingungen bei der Kreditierung der UdSSR „zur Verschlechterung der Devisenlage der UdSSR führen und ihre Möglichkeiten bei der finanziellen Unterstützung der eigenen europäischen Bündnispartner begrenzen wird“ (Nihon Keizai Shimbun, Japan). Das wiederum soll Wirtschaftsschwierigkeiten in den sozialistischen Ländern hervorrufen, was der Imperialismus

ausnutzen will, um dort Krisenscheinungen „wie in Polen“ zu schaffen.

Der UdSSR wird eine bei weitem nicht neue Situation aufgezwungen. Im Laufe von fast einem halben Jahrhundert, bis zum Beginn der 70er Jahre, erhielten die kapitalistischen Staaten mit Ausnahme einer kurzen Zeit vor dem Krieg, in der die UdSSR einige Kredite von westlichen Ländern bekommen hatte, die Kreditblockade gegen unser Land aufrecht. Trotzdem hielt die UdSSR dank den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems durch, ja sie konnte ihrer Wirtschaft ein viel höheres Entwicklungstempo als die kapitalistischen Länder sichern und außerordentlich wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben ausschließlich aus ihren eigenen Mitteln lösen. Erst Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre setzte eine mehr oder minder normale Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern im Kreditbereich ein.

Wer zieht den kürzeren?

Die Kreditblockade gegen die sozialistischen Länder wurde aufgegeben, weil sie im Westen praktisch allgemein als haltlos anerkannt wurde. Die westlichen Geschäfts- und Bankkreise sahen ein, daß das Fehlen normaler Beziehungen zum Osten vor allem ihnen selbst schadet, ohne die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder zu bremsen. Als in der kapitalistischen Welt in den 70er Jahren die Wirtschafts- und Währungskrise ausbrach, erkannten die westlichen Bankiers, daß Kredite und Anleihen für die RGW-Länder ein zuverlässiges und vorteilhaftes Geschäft ist.

Daran, daß die UdSSR und die anderen RGW-Länder Kredite in Anspruch nehmen, um ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern zu finanzieren, ist nichts Ungewöhnliches. Heutzutage sind Kreditbeziehungen vom Welthandel nicht wegzudenken. So machen mittel- und langfristige Kredite beim Verkauf von Maschinen und Ausrüstungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt 80–85% des Warenwertes aus. Besonders wichtig ist die Kreditierung beim Kauf und Verkauf teurer kompletter Ausrüstungen. Vor allem solche Ausrüstungen aber importieren die RGW-Länder aus den kapitalistischen Staaten.

Die reaktionäre westliche, besonders die US-amerikanische Presse

hat gegenwärtig eine laute Kampagne aufgezogen, um zu beweisen, mit seinen Krediten helfe der Westen der UdSSR, ihre „inneren Schwierigkeiten“ zu überwinden, habe jedoch selber nichts davon. Wohlweislich schweigt sie sich darüber aus, daß die kapitalistischen Länder bei der Kreditierung des Ost-West-Handels im Grunde ihre eigene Wirtschaft finanzieren, die unter niedriger Investitionstätigkeit leidet und die tiefste Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg durchmacht. Bekanntlich kehren diese Kredite in den Westen in Form großer Aufträge für Industrieausführungen zurück. Gegenwärtig hängt es vom Verkauf von Maschinen und Ausrüstungen an die UdSSR und die anderen RGW-Länder ab, ob ganze Industriezweige (Produktion von Stahlrohren, von kompletten Ausrüstungen für die Chemieindustrie u. a.) in ihrem heutigen Umfang überleben. Die Aufträge aus den sozialistischen Ländern drosseln auch bedeutend die Arbeitslosigkeit. Nach Schätzungen westlicher Experten sichert der „Osthandel“ zumindest 2 Millionen Westeuropäern die Beschäftigung.

Außerdem gab die Erweiterung staatlich gedeckter Vorzugskredite größere Möglichkeiten, in den sozialistischen Ländern auf stabiler und langfristiger Grundlage Treib- und andere Rohstoffe zu kaufen, die von den westeuropäischen Staaten und Japan benötigt werden. Wer würde also beim Abbau der Kredit- und Handelsbeziehungen zwischen Ost und West den kürzeren ziehen?

Leonid Breschnew sagte: „Die Sowjetunion ist ein großes Land mit einer mächtvollen Wirtschaft und reichen Ressourcen. Erst recht gilt das für die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft. Möge also niemand daran zweifeln, daß wir sicher überleben werden. Was aber die Länder betrifft, die Washington als seine Bundesgenossen bezeichnet, so hängen viele in ihrer ganzen Entwicklung wesentlich stärker vom Außenhandel ab. Es ist also noch eine Frage, wessen Interessen durch die Politik der Cowboy-Attacken gegen den internationalen Handel und die normalen Wirtschaftsbeziehungen stärker getroffen werden.“

Die führenden Politiker des Westens sollten gründlicher darüber nachdenken, was die Versuche, Kredite als politische Waffe zu benutzen, ihre Länder kosten könnten. Die Verhängung der Kreditblockade

kann die Länder des Sozialismus dazu veranlassen, den gesamten Komplex der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu jenen kapitalistischen Staaten, die sich am risikovollen politischen Spiel Washingtons beteiligen sollten, zu überprüfen.

Niederkonkurrieren!

Das Weiße Haus treibt dieses Spiel auch deshalb, weil es sich von größeren internationalem Spannungen „eiserne Disziplin“ in der NATO und eine Schwächung seiner Konkurrenten im Welthandel und im internationalen Währungs- und Finanzsystem, ihre größere Abhängigkeit von den USA verspricht. Darin wird die Reagan-Administration von den einflußreichen Kreisen des eigenen Big Business unterstützt. Wegen des gegenwärtigen politischen Kurses Washingtons bleiben ihnen die Vorteile des „Osthandels“ verwehrt, weshalb sie sie auch ihren westeuropäischen und japanischen Rivalen nicht gönnen. Die Aufträge der sozialistischen Länder helfen ja nicht nur, die Produktionskapazitäten auszulasten und die Produktion trotz der Wirtschaftskrise aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Der gewaltige Umfang dieser Aufträge für Industrieausführungen erlaubt es westeuropäischen und japanischen Firmen, eine kapitalaufwendige Großserienfertigung komplizierter Technik anzukurbeln, was bei Kleinserien unrentabel ist. Die westeuropäischen Firmen, die keine so breite Finanz- und Wirtschaftsbasis haben wie ihre Konkurrenten in den USA, sind auf solche Aufträge besonders angewiesen. Die Großaufträge aus der UdSSR und den anderen RGW-Ländern geben den westeuropäischen Firmen zusätzliche Möglichkeiten, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und die US-Monopole auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu bedrängen.

Neben den politischen Motiven erklärt sich der Wunsch der USA, die Realisierung des sowjetisch-westeuropäischen Gas-Rohre-Projekts und des sowjetisch-japanischen Projekts der Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen auf dem Schelf von Sachalin zu hinterreiben oder wenigstens aufzuhalten, mit dem Bestreben, die Bündnispartner-Konkurrenten zu schwächen und noch fester an sich zu binden. Aus den gleichen Gründen zwingt die Reagan-Administration, von Erdöl- und Gas- sowie von Kohlemonopolen und den sie fi-

nanzierenden Banken unterstützt, Westeuropa Kredit- und Handels-sanktionen gegen Polen auf und be-müht sich, die erneuten Lieferungen polnischer Kohle nach Westeuropa zu verhindern.

Daher röhrt die fieberhafte Be-triebsamkeit der Washingtoner Ad-ministration und privater US-Banken, die die Kreditbasis der Handels- und Wirtschaftsbeziehun-gen der westeuropäischen Länder und Japans zu den RGW-Ländern zerstören wollen. Schon die ersten Schritte, insbesondere der Be-schluß, die Kredite für die UdSSR zu verteuren, und die geplanten Beschränkungen staatlich gedeckter Kredite, werden eine ganze Gruppe westeuropäischer Firmen empfindlich treffen. Diese Maß-

nahmen können die Offerten von Firmen Frankreichs, Italiens und anderer Länder nicht konkurrenz-fähig erscheinen lassen im Ver-gleich mit Angeboten ihrer stärke-rem Rivalen. Die Gründung des „Kredit-COCOM“ erst wird — als Ergänzung zum bereits funktionie-renden „strategischen COCOM“ — den Handel Westeuropas und Japans mit den sozialistischen Ländern faktisch voll unter Washingtons Kontrolle bringen und ihm die Möglichkeit geben, so gut wie jedes ihrer Abkommen mit den soziali-stischen Ländern zu torpedieren. Die Nachgiebigkeit mehrerer westeuropäischer Banken gegenüber dem US-Diktat in der Frage der Kredite für die sozialistischen Länder ist deshalb eine kurzsichtige Politik.

Die Anstrengungen der USA, eine Kreditblockade über die sozialisti-schen Länder zu verhängen, werfen ein neues Schlaglicht auf die des-organisierende Rolle der USA in den heutigen internationalen Wirt-schaftsbeziehungen und zeugen davon, daß das Big Business dieses Landes nicht gewillt ist, Rücksicht auf die Wirtschaftsinteressen der anderen Länder, darunter seiner politischen Verbündeten, zu nehmen.

Was die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder betrifft, so brauchen sie vor keinen Blockaden Angst zu haben. Die sozialistische Staatengemeinschaft verfügt über ausreichende innere Ressourcen für ihre sozialökonomische Entwicklung.

SCHWANKENDER BODEN

Felix GORJUNOW

In der „International Herald Tribune“ lesen wir: „Die Urheber der Politik der Administration, die sich im Verteidigungsministerium und in der CIA etabliert haben, glauben“, daß die Kreditrestriktionen gegenwärtig „ein ungewöhnlicher ökono-mischer Hebel zur Beeinflussung der sowjetischen Politik sind“.

Hat Washington die Finanzie-rungsmöglichkeiten für einen solchen Einfluß? Ist sein Währungs- und Kreditboden für eine neue Attacke gegen die sozialistischen Länder fest genug? Es handelt sich ja um einen kalten Krieg in der Welt-wirtschaft, in der widersprüchliche Faktoren und Interessen derart verästelt sind, daß auch noch so gewiefe Prognostiker die Konjunktur nicht einmal für ein halbes Jahr vorhersagen können.

Gewiß, die USA sind eine Geld-macht und der US-Dollar die kapi-talistische Leitwährung: Auf ihn entfallen drei Viertel der inter-nationalen Valutareserven, in Dol-lars werden 54,8% der Verrechnun-gen im kapitalistischen Welthandel abgewickelt. Das Dollarimperium wird vom weitverzweigten Währungs- und Kreditsystem des Interna-tionalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wieder-aufbau und Entwicklung unter-stützt. Den Ausmaßen des Bank-verkehrs nach kann es mit der Wall Street vorläufig keine Finanzoligarchie anderer kapitalistischer Groß-mächte aufnehmen. Die US-Bankiers kontrollieren 75% des internationa-ten kapitalistischen Geldmarktes,

der als Markt der Eurowährungen bekannt ist.

Aber... „Im Wirtschaftsbereich ist es zu einer merklichen Erosion der US-Führungsposition gekommen“, schrieb die „Business Week“ im No-vember 1979. „Dieser Verlust wird sich entscheidend auf die Wirt-schaftspolitik der USA nicht nur in nächster Zukunft, sondern auch auf weite Sicht auswirken.“

Gründe für solche Schlüsse waren durchaus vorhanden. Die Ende der 60er Jahre einsetzende Dollarkrise erreichte vor drei Jahren Dimensi-onen, die zum Zusammenbruch des ganzen Finanzreichs der Wall Street hätten führen können. Der Sturz des Dollarkurses wurde von der galoppierenden Inflation noch beschleunigt. Das wachsende De-fizit der Handelsbilanz, das die Außen Schulden der USA noch erhöhte, wurde durch die Dollarent-wertung wettgemacht, was die interna-tionalen liquiden Zahlungsmittel ohne Gold- und Warendeckung bei-spilos aufschwemmt.

Nicht nur private Depositoren, sondern auch Zentralbanken er-griffen die „Flucht aus dem Dol-lar“. Um ihre Währungsreserven sicherzustellen, übertrugen sie die Dollars in andere, stärkere westliche Währungen. Auch das Volumen der Geschäfte der US-Banken auf den internationalen Geldkapitalmärkten verringerte sich: In der Londoner City z. B. sank ihr Verkehr bis 1978 von 50% auf 24%.

Diesen Prozeß beschleunigte der Versuch Präsident Carters Ende

1979, Iran durch ein Handelsm-bargo und durch die Einfrierung der Guthaben in den US-Banken zu bestrafen. Die „Financial Times“ nannte die damalige Situation „Leben auf einem Vulkan“. Wie sie schrieb, war die politische Maß-nahme in bezug auf Iran „ein har-ter Schlag gegen die künftige Ver-größerung und Struktur der interna-tionalen Kapitalmärkte, weil sich sowohl die Investoren (besonders die arabischen OPEC-Länder) als auch Bankiers neuen Risikos gegenüber-sahen“. Die westeuropäische Presse schrieb von einer „Abkehr vom Dol-lar“ und von der Notwendigkeit eines multivalutären Reservesystems“. Im März 1980 wurde in der EG das Europäische Währungs-system geschaffen.

„Die Europäer haben Volker“ (Vorsitzender des Bundesreser-veamts der USA) „die ökonomische Pistole auf die Brust gesetzt“, um Sofortmaßnahmen zur Stabilisie-rung des Dollarkurses zu erzwingen. So schilderte die „Business Week“ die Lage, in der sich die US-Finanz-strategen sahen. In der Wall Street erkannte man, daß „die interna-tionalen Wirtschaftskreise bei der For-mulierung der inneren Wirtschafts-politik nunmehr eine entscheidende Rolle spielen“, und ergriff Maß-na-hmen; z. B. erhöhten die US-Ban-ken die Leihzinsen stark. Eine solche staatsmonopolistische Finanzpolitik bewirkte eine Rezession in der Wirt-schaft der USA und dann in der gesamten kapitalistischen Weltwirt-schaft.

Die Krisentendenzen in der Wirt-schaft wurden durch den vom US-Imperialismus schon unter Carter gesteuerten Kurs auf militärische Überlegenheit vertieft. Die von Jahr zu Jahr steigenden Militärausgaben

vergrößern das Defizit des Staatshaushaltes. Wie eine Lawine wächst die Verschuldung der Bundesregierung (1981: über 1 Billion Dollar). Diese muß immer neue Anleihen auf dem amerikanischen und den internationalen Geldkapitalmärkten aufnehmen. Deshalb bleiben die Wurzeln der Inflation in der Wirtschaft unangetastet, obwohl ihr erneutes Hochschnellen jetzt durch die tiefe Krise und die hohen Leihzinsen der US-Banken abgewendet wird.

Die Inflation wurde auch deshalb gedrosselt, weil sich der Dollarkurs gegenüber den anderen westlichen Währungen erhöhte: durch den Zuström von Geldkapital in die USA, das die Chance nicht verpasst wollte, sich am teuren Kredit gesundzustößen. Im vorigen Jahr stieg der Dollarkurs gegenüber dem französischen Franc um 30%, gegenüber der DM um 24%, dem britischen Pfund Sterling um 18% und dem Schweizer Franc um 15%.

Die westeuropäischen NATO-Partner der USA mußten ihre Kreditzinsen ebenfalls heraufsetzen, um die nationalen Währungen vor einem noch tieferen Sturz gegenüber dem Dollar und vor inflationärer Entwertung zu schützen. Die Versuche der EG-Länder, Washington zu einer Verbilligung des Bankkredits in den USA zu bewegen, haben bis jetzt nicht gefruchtet. Nach den jüngsten Schätzungen westlicher Wirtschaftsexperten werden die Leihzinsen mindestens bis zum Jahresende hoch (14–16%) bleiben.

Trotzdem geht die Nachfrage nach Krediten auf den Geldmärkten nicht zurück. In Krisenzeiten mangelt es den Unternehmern immer an Finanzmitteln, um die früher aufgenommenen Anleihen zu tilgen und die laufenden Zahlungen zu begleichen. Zugleich sind die Bankiers bei der Kreditvergabe besonders vorsichtig, weil sie den Bankrott ihrer Kunden befürchten. Mitte April schrieb der New-Yorker Korrespondent der „Financial Times“: „Ein

halbes Dutzend führende Gesellschaften unterschiedlicher Wirtschaftssektoren machen ernste Finanzschwierigkeiten durch, und niemand würde sich wundern, demnächst von ein paar großen Bankrotten zu erfahren.“ Er teilte mit, daß die Gesamtschulden der US-Unternehmer an die Bankiers in den letzten 6 Jahren auf das Doppelte gestiegen sind. Ähnlich sieht es in den anderen kapitalistischen Ländern aus, wo die langfristigen Produktionsinvestitionen bedeutend abgebaut worden und die Anleihen für die Verrechnung bei Termin-Finanzverpflichtungen gewachsen sind.

Alles weist darauf hin, daß im Währungs- und Kreditsystem des Kapitalismus eine für die allgemeine Wirtschaftsrezession charakteristische Liquiditätskrise (Mangel an disponiblen Mitteln zur Tilgung der Schulden) um sich greift. Die Gefahren, die sich aus dieser Krise für das Banksystem des Westens ergeben, besonders für Banken, die Geschäfte mit Eurodollars tätigen, sind enorm. Diese Banken sind durch gegenseitig gewährte Kredite eng miteinander verflochten, und der Zusammenbruch einer von ihnen könnte eine ganze Bankrottfolge hervorrufen. Das war der Fall im Sommer 1974, als der Bankrott der relativ kleinen westdeutschen Herstatt-Bank eine Panik unter den Finanzmagnaten beiderseits des Atlantik auslöste.

Die Liquiditätskrise in der Mitte der 70er Jahre konnte in hohem Maße dank dem Umstand überwunden werden, daß die Petrodollar der ungemein reichen OPEC-Länder ins Banksystem des Westens „reintegriert“ wurden. Heute ist die Situation anders. Die durch die Wirtschaftskrise verursachte Begrenzung der Lieferungen und der Preisabstieg beim Erdöl haben den Zustrom von Valutaressourcen der OPEC zum Banksystem des Westens seichter werden lassen: 1981 verengerte er sich auf rd. 60 Md. Dollar, 1982 wird er nicht über 35 Md.

Dollar betragen. Im Ergebnis verwandeln sich die OPEC-Länder, früher große Kreditgeber für die kapitalistischen Industrie- und die Entwicklungsländer, heute in Kreditnehmer auf den internationalen Kapitalmärkten. Nach Angaben der Bank für Internationale Verrechnungen (Basel) nahmen die OPEC-Länder 1981 nicht nur Milliarden-

KREDITE UND POLITIK

anleihen auf dem Eurodollarmarkt auf, mehr noch, sie zogen einen Teil ihrer Einlagen aus den westlichen Banken ab. Die Erschöpfung einer so großen Geldkapitalquelle wie der OPEC-Länder wirkt sich in erster Linie auf die US-Banken aus, weil das Erdöl aus diesen Ländern in US-Dollars bezahlt wird.

Versuche der US-Finanzoligarchie, den hohen Dollarkurs künstlich, durch Hochzinspolitik aufrechtzuhalten, haben die Währungshegemonie der USA nicht gefestigt. Der dank dieser Finanzpolitik verursachte Kapitalzustrom zu den USA hilft, die Defizite des Bundeshaushalts zu finanzieren und die Militarisierung der USA zu forcieren (die ausländischen Einlagen für staatliche Anleihen beliefen sich Ende 1981 auf 136 Md.). Aber trotz der heutigen „Flucht in den Dollar“ ist das Finanzreich der Wall Street noch empfindlicher als vor drei Jahren, weil die wichtigsten Faktoren, die seine Erosion auslösten, weiterwirken.

Unberührt bleibt das auf der Vorrangstellung des Dollars beruhende Währungs- und Kreditsystem, dank dem die USA mit anderen Ländern in der eigenen Währung verrechnen können. Deshalb stieg ihre Außen schuld noch mehr. Im Herbst v. J. betrugen die offiziellen Außen schulden der USA (Finanzverpflichtungen gegenüber den Zentralbanken anderer Staaten) 153 Md. Dollar. Hinzu kommen 162 Md. Ver pflichtungen der Regierung, privater Banken und Gesellschaften gegenüber ausländischen Besitzern von Wertpapieren, Aktionären und Depositorien.

Aber selbst diese immensen Schulden sind nur die Eisbergs spitze, wenn es sich um die Verwundbarkeit der US-Währung handelt. Besagter Betrag schließt nicht die rd. 1,2 Billionen Dollar ein, die außerhalb der USA sind und auf dem Markt der Eurowährungen zirkulieren. Diese Schulden betragen mehr als das Doppelte der Geldmenge, die in den USA in Umlauf ist.

In der heutigen komplizierten Situation im kapitalistischen Währungs- und Kreditsystem schlägt die Geldmacht der Wall Street als die größten internationalen Kreditgeber ins Gegenteil um. Die Weltwirtschaftskrise hat die Exporteinkünfte der größten Schuldner

FAKten

Der Umfang des kapitalistischen Welthandel ging 1981, erstmalig seit 1958, um 1% zurück.

Der Außenhandelsumsatz der RGW-Länder stieg 1981 insgesamt um 9%, ihr gegenseitiger Handel um 11,6%.

Der Außenhandelsumsatz der UdSSR stieg 1981 insgesamt um 16,6%. Im Handel mit den anderen RGW-Ländern betrug das Wachstum 15%, mit den kapitalistischen Industrieländern 12% und mit den Entwicklungsländern 37,5%.

der transnationalen US-Banken — der Entwicklungsländer, die kein Erdöl haben — merklich reduziert, und die überhöhten Tilgungsraten lassen sie in neue Schulden geraten. Die Außenschulden der Länder der dritten Welt an den Westen beliefen sich Ende 1981 auf 525 Md. Dollar; zwei Drittel dieses Betrags sind Schulden bei Privatbanken und -gesellschaften.

Vor kurzem schrieb die Londoner „Times“: „Das vielleicht besorgniserregendste Anzeichen künftiger Kalamitäten ist, daß die Entwicklungsländer gegenwärtig Geld borgen, nur um die Zinsen für ihre Schulden zu bezahlen... Viele Länder nähern sich schon dem Punkt, da sie von neuen Anleihen überhaupt nichts haben, weil dieses Geld sofort zu den Gläubigern zurückfließt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, mag einige Entwicklungsländer das Gefühl überkommen, daß sie nichts zu verlieren haben, wenn sie sich für zahlungsunfähig erklären.“

Wie gefährlich das für die westlichen Gläubiger ist, bezeugt z. B. die Tatsache, daß je in den letzten drei Jahren den Entwicklungsländern gewährten Anleihen 2,7 mal so hoch waren wie das Eigenkapital der 9 größten Wall-Street-Banken.

Auf dem Höhepunkt der antipolnischen und antisowjetischen Hysterie im vorigen Dezember verlangten die amerikanischen Falken vom Weißen Haus, es solle Polen für zahlungsunfähig erklären. Nach Erörterung dieser Frage in den höchsten Gremien der Administration stellte das US-Schatzamt 71 Mio Dollar bereit, damit Polen seine Finanzverpflichtungen gegenüber den US-Banken erfüllen kann. Diesen überraschenden Beschuß faßte die Administration, „um die amerikanischen Bankiers zu beruhigen, die in letzter Zeit wegen widersprüchlicher Andeutungen des offiziellen Washington äußerst nervös sind, daß Polen der Unfähigkeit beschuldigt werden könnte, seinen Finanzverpflichtungen nachzukommen“ („Washington Post“).

Der Schluß liegt auf der Hand: Bei all ihrem Wunsch, die Kredithebel zu politischen Zwecken auszunutzen, können die amerikanischen Falken nur bluffen. Aber in der schwierigen Lage, in der sich heute das Währungs- und Kreditsystem des Kapitalismus befindet, kann selbst ein finanzieller Bluff ihm einen schwer wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

NZ

STANDPUNKT

SCHWINDENDES VERTRAUEN

Die Tiefe der Rezession und die Ausmaße der Arbeitslosigkeit in den USA haben alle Nachkriegsrekorde gebrochen. Regierung und Industrie konzerne sind bei amerikanischen und ausländischen Bankiers bis über beide Ohren verschuldet. Der Dollar-Kurs kann nur durch die hohen Diskontsätze gehalten werden. Die Finanzknechtschaft, die die westlichen Kreditgeber den Ländern der dritten Welt aufgezwungen haben, droht die Pyramide des Banksystems des Kapitalismus umzustürzen. Der kapitalistische Welthandel steckt das zweite Jahr hintereinander in der Flauft.

Man könnte meinen, die Lage in der kapitalistischen Wirtschaft wäre so, daß jeder führende westliche Politiker darüber nachdenken müßte, wie der Kurs seiner Regierung mit den Realitäten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Einklang zu bringen wäre. Ist ja das sozialistische Weltystem der einzige von der Krise nicht erfaßte, dynamische Weltwirtschaftssektor geblieben, und ist es nicht an der Zeit, mit ihm eine stabilere Zusamenarbeit herzustellen?

Doch nein, das vom Antisowjetismus besessene Washington tut genau das Gegenteil. Statt die eigenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, drängt es seinen Partnern, den sieben führenden kapitalistischen Industrieländern, die Erörterung neuer Bereiche der Konfrontation mit den Ländern des Sozialismus auf dem bevorstehenden Treffen in Versailles auf, diesmal bei den Währungs- und Kreditbeziehungen. Washington spielt ein riskantes Spiel: Das wirtschaftliche Gespann wird politisch aufgezäumt.

„Können die Russen sich im Handel rächen?“ — unter dieser Überschrift suchte die „Business Week“ amerikanische Geschäftskreise zu beruhigen, das Interesse Moskaus am Handel mit den USA und den anderen westlichen Ländern sei so groß, daß kaum Gegenmaßnahmen zu erwarten seien.

Diese Verdrehung der sowjetischen Außenhandelspolitik mögen die Redakteure des Wochenblattes verantworten. Doch sei gesagt, daß in der Sowjetunion aufmerksam verfolgt wurde, wie die US-Regierung Schritt um Schritt von allen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen und Abkommen über die Entwicklung der Zusammenarbeit abging, die frühere Präsidenten unterzeichnet hatten. In Moskau hoffte man, Washington werde nicht all das Positive torpedieren, was in den 70er Jahren in den Handelsbeziehungen zur UdSSR erreicht wurde. Doch jetzt schwindet dieser Vertrauensvorschuß. Immer mehr Fakten sprechen davon, daß die USA-Administration offenbar beabsichtigt, den Ländern des Sozialismus einen neuen „kalten Wirtschaftskrieg“ aufzuzwingen.

Im vergangenen Jahrzehnt hat das UdSSR-Wirtschaftspotential so stark zugenommen, daß wir mehr als je zuvor unser Wirtschaftswachstum mit allen erforderlichen Ressourcen sicherstellen können. Bedeutend ist auch der Selbstversorgungsgrad der sozialistischen Gemeinschaft gestiegen. Die Intensivierung der Volkswirtschaften der RGW-Länder in Verbindung mit der Vertiefung der sozialistischen Integration — das ist der Hauptweg der wirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems. Und es wäre einfach naiv, darauf zu setzen, die Sowjetunion würde auf die Verwirklichung irgendeines ihrer Wirtschaftsprogramme nur deshalb verzichten, weil gewisse kapitalistische Firmen und Banken übertriebene Rücksicht auf die USA nehmen. Die sowjetischen Menschen wollen sich auch mit den Launen der Washingtoner Strategen bei Lieferungen von Getreide oder von Verdichterfeilen für Gaspipelines nicht abfinden.

Da der Westen die Handels- und Kreditbedingungen seines Osthandels als Hebel zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder einsetzt, haben wir das Recht, Maßnahmen zu ergreifen, die unsere Interessen gegenüber allen Unterfangen der Entspannungsfeinde schützen. Die Drahtzieher der Kreditblockade können gewiß sein, daß die sozialistischen Länder dafür über ausreichendes finanzielles Potential und politisches Gewicht in der Welt verfügen.

Die Attacken der derzeitigen US-Administration gegen die Entspannung und die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sind Bestandteil der Globaloffensive des Imperialismus. Das auf der Dollarvorherrschaft beruhende Währungssystem des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurde offen in den Dienst der Finanzmagnaten der Wall Street gestellt.

Wie sich der Imperialismus auch mühen mag, das auf der Herrschaft des Monopolkapitals beruhende internationale Wirtschaftssystem zu konservieren — es wird doch unweigerlich zusammenbrechen, da es in der heutigen multipolaren Welt immer mehr in Widerspruch zu den objektiven Entwicklungserfordernissen der Weltwirtschaft gelangt.

Andrej KUSIN

DAS SEERECHT ZUM NUTZEN ALLER

Die dritte UNO-Konferenz für Seerecht, die mit kurzen Unterbrechungen seit 1973 tagt, geht ihrem Ende entgegen. Am 30. April wurde auf der abschließenden Plenarsitzung ihrer 11. Tagung in New York eine Internationale Seerechtskonvention bestätigt. Ihre feierliche Unterzeichnung findet im kommenden Dezember in Caracas (Venezuela) statt.

Die in New York bestätigte völkerrechtliche Urkunde wird für die Regelung der Seefahrt der Staaten eminent wichtig sein. In ihr sind die Grenzen der Fischgründe festgelegt und Fragen der Fischerei auf hoher See wie auch in den Gewässern der Wirtschaftszonen und Regionen vereinbart. Ferner sind darin Verhaltensregeln und die äußere Grenze des Kontinentschelfs bestimmt, sind die Regeln für See- und Luftfahrt bestimmt und der Modus der Gewinnung von Bodenschätzen am Meeresgrund außerhalb des Kontinentschelfs definiert.

Die 11. Tagung hat unter heftigen politischen Kämpfen stattgefunden. Die Entwicklungsländer wurden unter starken Druck gesetzt, damit sie einwilligen, daß das vereinbarte Paket von Kompromißbestimmungen zugunsten der USA geändert wird. Deren Delegation war in der eigennützigen Absicht zur Tagung gekommen, für die USA alleinige Vorteile herauszuschlagen. Sie brachte das sogenannte Grünbuch mit, das auf 43 Seiten Forderungen und Änderungsvorschläge enthielt.

Wie zu erwarten war, wurde die Stellungnahme der US-Delegation von einer überwiegenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer entschieden verurteilt, weil diese Stellungnahme nicht allein zum Auffliegen der Tagung führen, sondern die baldige Annahme der Konvention überhaupt gefährden konnte. Wie der Vorsitzende der 77er-Gruppe aus Entwicklungsländern auf der Konferenz mit Recht feststellte, möchten die USA die Verhandlungen faktisch auf den Stand der 70er Jahre zurückwerfen und mit der Abfassung eines neuen Wortlauts der Konvention beginnen.

Indessen ist einigen Forderungen der USA und mehrerer anderer westlicher Staaten bezüglich der Beteiligung von Multis an der Erschließung von Kobalt-, Manganerz-, Kupfer- und Nickelvorkommen am Meeresgrund in den nächsten 30 Jahren zum Nachteil ande-

rer Länder stattgegeben worden. In die zweite Resolution, die die Vorinvestitionen in den anfänglichen Arbeiten an polymetallischen Konkretionen regelt, ist z. B. ein Punkt über den „Erstanleger“ aufgenommen worden. Ihm zufolge gehen, wie die „New York Times“ schreibt, acht Reviere an die Länder und Multis, die am Grunde des Weltmeers bereits Bodenschätze fördern. Vier dieser Reviere sind Multis überlassen worden, unter denen US-Konzerne wie Kennecott Copper Corp., U.S. Steel Corp., SEDCO, Standard Oil of Indiana und Lockheed Aircraft Corp. die erste Geige spielen.

Also ist es Washington gelungen, anstelle der Prinzipien der Gleichberechtigung und des wechselseitigen Vorteils der Staaten in die Konvention das Prinzip hineinzubringen, daß, wer zuerst kommt, auch zuerst mahlt. Es frägt eigentlich zur Monopolisierung der Ressourcen des Weltmeers bei und sichert den US-Konzernen Vorrechte, die es darauf abgesehen haben, die Bodenschätze des Meeresgrundes unkontrolliert abzubauen und Superprofite daraus zu schlagen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß dieses Prinzip, das zur Zeit der Kolonialnechtung von Ländern und Völkern im Schwange war, heutzutage nicht mehr akzeptabel ist.

In Anbetracht der Tatsache, daß in den USA wie auch in England, der BRD und Frankreich schon entsprechende Gesetze über die Erschürfung und Gewinnung von Bodenschätzen verabschiedet worden sind und die einschlägigen Konzerne dieser Länder bereits die Ausführung in Angriff genommen haben, sah sich die UdSSR genötigt, Maßnahmen zur Wahrung ihrer legitimen Interessen zu treffen. Zu diesem Zweck erließ der Oberste Sowjet der UdSSR am 17. April 1982 eine Verfügung „Über zeitweilige Maßnahmen zur Regelung der Tätigkeit sowjetischer Betriebe im Hinblick auf die Erschürfung und Erschließung mineralischer Ressourcen in Gebieten des Meeresgrundes außerhalb des Kontinentschelfs“.

Wie es in der Verfügung heißt, sind diese Maßnahmen notgedrungen und nur zeitweilig. Sie werden gelten, bis eine neue Seerechtskonvention für die UdSSR in Kraft treten werde.

Die sowjetischen Betriebe, die die Erlaubnis erhalten werden, mineralische Ressourcen in Gebieten des Meeresgrundes zu erschürfen und erschließen, dürfen in der ersten Phase nur vorbereitende Arbeiten ausführen. Der Abbau der Mineralien darf von ihnen, der Verfügung zufolge, frühestens am 1. Januar 1988 begonnen werden, wenn, wie erwartet wird, die in Vorbereitung befindliche Seerechtskonvention in Kraft treten wird. Die Erlaubnis zu Schürfungen wird sowjetischen Betrieben unter der Bedingung erteilt, daß sie im Antrag zwei Reviere angeben, die als aussichtsreich anerkannt sind. In einem der Reviere soll der Betrieb selbst schürfen, das andere soll für Schürfungen und für die Erschließung seitens der internationalen Instanz für den Meeresgrund reserviert bleiben, die nach der Annahme der Seerechtskonvention gebildet werden wird.

Die Verfügung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gibt kompetenten Körperschaften unseres Landes die Möglichkeit, den Umfang und geographischen Standort der Reviere zu bestimmen, wo sowjetische Betriebe Mineralien erschürfen und gewinnen können.

Beim Erteilen der Erlaubnis auf einen Bereich des Meeresgrundes erhebt die UdSSR keinen Anspruch auf Hoheitsrecht, Rechtsprechung oder Eigentumsrecht auf einen solchen Bereich und „erkennt derartige Ansprüche anderer Staaten nicht an“.

Zugleich berücksichtigt die Verfügung die legitimen Interessen anderer Staaten. Deshalb werden die zuständigen sowjetischen Körperschaften die Erlaubnis nur für solche Reviere erteilen, deren Umfang nicht über eine angemessene Größe hinausgeht. Nicht ausgeschlossen sind Differenzen mit anderen Ländern oder ihren Konzernen infolge von Schritten, die sie unternehmen sollten und die den sowjetischen Betrieben bei Schürfungen und bei Abbaubarbeiten am Meeresgrund hinderlich wären. Wie aber in der Verfügung hervorgehoben ist, werden die zuständigen Stellen der UdSSR alles Notwen-

WERTE LESER!

Auf Anfragen unserer Leser teilen wir mit, daß die Bestellungen für die politische Wochenschrift „Neue Zeit“ (russische und fremdsprachige Ausgabe) jeweils bis zum 10. des Vormonats erfolgen müssen.

dige zur Beilegung der Differenzen „nach dem in der UNO-Charta vorgesehenen Modus“ treffen.

In der Verfügung heißt es ganz unmißverständlich, daß die zuständigen Stellen der UdSSR eine „Zusammenarbeit mit interessierten anderen Staaten“ in die Wege leiten werden, „um ihnen bei der Entwicklung einer Technologie, beim Bau von Ausrüstungen, bei Naturschutzmaßnahmen, bei der Ausbildung von Arbeitskräften und in anderen Fragen zu helfen, die mit der Erschöpfung und Erschließung mineralischer Vorkommen auf dem Meeresgrund zusammenhängen“.

Wie hieraus hervorgeht, ist die UdSSR bereit, ihre Erfahrungen sowohl den sozialistischen als auch Entwicklungsländern mitzuteilen, die sich für eine selbständige Entwicklung entschieden haben, und ihnen die benötigte Hilfe bei der Nutzung der Bodenschätze des Meeresgrundes zu erweisen.

Die Verfügung vom 17. April 1982 zeugt davon, daß die Maßnahmen der UdSSR den wichtigsten Bestimmungen und Prinzipien der Internationalen Seerechtskonvention nicht zuwiderlaufen, sondern sie eher ergänzen.

Die Gesetze der USA, Englands, der BRD und Frankreichs hingegen sind anderer Art. So verbietet das amerikanische Gesetz über „Feste Bodenschätzung des Meeresgrundes“, dem zufolge US-Konzerne am Meeresgrund wertvolle Rohstoffe erschöpfen und abbauen, die Weitergabe der Technologie an andere Länder und an die Internationale Instanz, die die Gewinnung von Bodenschätzen am Meeresgrund zu überwachen hat. Dadurch werden natürlich die Entwicklungsländer zurückgesetzt.

Auf der jüngsten Tagung versuchten die US-Vertreter, an der Internationalen Seerechtskonvention Veränderungen zu erwirken, die ihren eigenen politischen Ambitionen und den Gesetzen des Privatunternehmertums entsprächen. Aber eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an der UNO-Konferenz für Seerecht lehnte diese Anträge ab, und gegen den Willen der US-Vertreter empfahlen 130 Länder die Unterzeichnung der Konvention. Gegen sie haben nur vier Staaten, darunter die USA und Israel, gestimmt.

I. SIWZEW

FRANKREICH

DIE BEWÄHRUNG

Vitali SEMJONOW

Der erste Jahrestag des Machtantritts der Sozialistischen Partei Frankreichs war für sie ein ernster Anlaß zum Nachdenken und zu einer Selbstanalyse. Ihre Spitzenpolitiker sind sichtlich besorgt über ihr sinkendes Ansehen und über die Schwächung ihrer Positionen, die bei den kürzlichen Kantonalwahlen zutage getreten sind. Wie der namhafte Sozialist Claude Estier sagte, haben allzu häufige widersprechende und unausgereifte Erklärungen die Autorität der Regierungspolitik und ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung schrumpfen lassen. Die lebhaften Diskussionen an der Spitz e drehen sich vor allem darum, wie man der Partei wieder aufhelfen könnte. Darüber sprach man in einer Vorstandssitzung, bei einer Zusammenkunft der sozialistischen Abgeordneten und in einem hinter verschlossenen Türen abgeholteten Kolloquium von Mitgliedern der Führung.

Eigentlich dürfte kein Anlaß zur Besorgnis vorliegen. Die SPF, die vor 10 Jahren auf ihrem Parteitag in Epinay Kurs auf die Machtergreifung nahm, ist jetzt im Zenit ihrer Macht. Sie hat sämtliche ausschlaggebenden Hebel in der Hand: den Posten des Präsidenten, der auf sieben Jahre gewählt wird; die Regierung mit einem sozialistischen Chef; 28 Ministerportefeuilles, in der Nationalversammlung 266 von den 491 Sitzen, also eine absolute Mehrheit; bei Wahlen bekommt sie ca. 30% der Stimmen, mehr als jede andere Partei. Aber obwohl sie „die erste Partei“ Frankreichs geworden ist, hat sie ihre Widersprüche und chronischen Krankheiten nicht überwunden, ja, sie sind sogar akuter geworden.

Wie erklärt es sich z. B., daß ihre Mitgliedschaft trotz günstigster Umstände in einem Jahr nicht gewachsen ist? Sie hat rund 200 000 Mitglieder, viel weniger als andere führende Parteien. Die SPF-Führung gibt zu, daß ihre aktiven Mitglieder noch immer nicht vom „Syndrom“ einer Oppositionspartei geheilt sind.

Nicht von ungefähr fordern Sozialisten immer nachdrücklicher, daß die SPF die Rolle bestimmen soll, die sie in der veränderten politischen Situation zu spielen hat. Gemeint sind die Beziehungen zur Regierung. Soll sie sich — wie die einen meinen — im Fahrwasser des Kabinetts halten und dessen Politik propagie-



ren, oder habe sie — wie die anderen meinen —, wenn sie sich restlos mit der Regierung identifiziere, Unannehmlichkeiten zu gewärtigen? Deren unpopuläre Schritte würden unweigerlich auf die SPF zurückslagen. Die Verfechter dieses Standpunktes bestehen darauf, daß die SPF ihre Besonderheiten beibehalten soll. SPF-Sekretär Quilès schlägt vor, das Verbot einer Kritik an der Regierung aufzuheben. In den oberen Parteiorganen hat er ziemlich viele Anhänger. Der sozialistische Fraktionsführer in der Nationalversammlung, Joxe, zieht scharf gegen den kürzlichen Kabinettsbeschuß zu Felde, einigen Forderungen der Unternehmer nachzugeben. Mag der Ton, den einzelne SPF-Funktionäre anschlagen, aber noch so schroff sein, die SPF hat nicht viel Spielraum zum Manövrieren.

Auch der Kampf zwischen verschiedenen Strömungen, der für die französische Sozialdemokratie immer typisch war, hat nicht aufgehört. Er tobte seit ihrer Gründung im Jahre 1971. Das Gewicht der einzelnen Fraktionen wird auf den Parteitagen erkennbar, wenn hitzig über die Resolutionsentwürfe diskutiert wird, die die politischen Besonderheiten der einzelnen Gruppierungen und die Anschauungen ihrer Führer widerspiegeln. Der jüngste Parteitag in Valence bildete eine Ausnahme. Er wurde der Partitag der Sieger genannt. Die Streitigkeiten wurden in den Hintergrund gerückt, weil öffentliche Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen einer Regierungspartei nicht anständig.

Die Fraktionen blieben jedoch bestehen, und ihre chronischen ideologischen und politischen Differenzen machen sich noch jetzt bemerkbar. Der Presse zufolge sind die Anhän-

ger des jetzigen ersten SPF-Sekretärs, Jospins, in der Partei am einflußreichsten. Von den 131 Sitzen des in Valence gewählten Vorstandes verfügen sie über 67 (51%). In kurzem Abstand folgen die Anhänger Ministerpräsident Mauroys (23 Sitze). Zusammen bilden sie das „Zentrum“ der SPF.

An der linken Flanke steht, der Presse Frankreichs zufolge, eine Strömung unter Staats- und Forschungsminister Chevenement, an der rechten eine unter Staats- und Planungsminister Rocard, den die bürgerlichen Massenmedien einen wirtschaftlichen Realpolitiker nennen. In Paris wies man auf eine Erklärung hin, die er gleich nach dem Mißerfolg der SPF bei den Kantonalwahlen abgab. Er nahm dafür Stellung, daß die „Prioritäten“ der Regierungspolitik einer Revision unterzogen werden. Aber offenbar ging es nicht nur darum. Nach Ansicht der Presse meinte Rocard, er müsse sich von der Regierung distanzieren, um in Zukunft Aussichten zu haben, um sozusagen „vorzubauen“. Zusammenfassend schrieb der der Regierung nahestehende „Matin“, daß jede Strömung jetzt Schachzüge mit ihren Bauern mache.

Ein weiteres Problem der SPF ist die Kluft zwischen Oben und Unten. Ein Blick auf ihre soziale Zusammensetzung genügt, um die begründete Besorgnis der Führung über die Lage in der SPF zu erkennen. Die Arbeiter machen etwa 15% aus. Über zwei Drittel der Mitgliedschaft sind höhere und mittlere Staatsbeamte, Anwälte, Ärzte und Angehörige der technischen Elite, die die Presse „neue Mittelschichten“ nennt. Sie üben einen entscheidenden Einfluß auf den Kurs der SPF aus. Auf sie entfallen 90% der Sitze, die die Sozialisten in der Nationalversammlung einnehmen, auf die Arbeiter dagegen knapp 1%.

Die „neuen Mittelschichten“ stellen das Gros derer, die sozialistisch wählen, wenn auch ziemlich viele Werktätige für die SPF stimmen. Deren Massenbasis ist bunt zusammengewürfelt und nicht stabil. Jeder zu ihr gehörenden sozialen und Berufsgruppen verfolgt ihre eigenen Ziele. Als die SPF noch in der Opposition war, versprach sie, den Forderungen aller zu genügen, die mit der Politik der vorigen Regierung unzufrieden waren. So kam es, daß sie die politische Lösung „Für eine Klassenfront“ aufstellte, die Arbeiter, Beamte, das kleine und mittlere Bürgertum, Bauern, Umweltschützer, Verfechter gleicher Rechte für die Frauen usw. in sich vereinen sollte.

Jetzt schweigt man sich über die „Klassenfront“ geflissentlich aus.

Zur Macht gelangt, erkannte die SPF, daß die Forderungen aller unmöglich erfüllt werden können. Deshalb mußte sie z. B. das Versprechen fallenlassen, den Bau von Atomkraftwerken einzustellen, worauf die Umweltschützer bestanden. Die wirtschaftlichen Interessen gewannen die Oberhand. Manche Reformen erregten Unwillen bei den Spitzen der Verwaltung und bei der mittleren Bourgeoisie, die sich bei den vorjährigen Wahlkämpfen hinter die SPF gestellt hatten. Jetzt haben sie ihr den Rücken gekehrt und sind, wie die Kantonalwahlen gezeigt haben, ins Lager der früheren Regierungsparteien zurückgekehrt. Der bürgerliche Politologe Duhamel ist der Ansicht, daß die SPF dadurch sehr geschwächt werden kann.

Andererseits weist der SPF-Sekretär Delanoë warnend darauf hin, daß die jetzige Politik keinen Rückhalt bei den Werktätern hat. Nicht mehr weit sind die Gemeinde- und danach die Parlamentswahlen, bei denen die Opposition für den Mißerfolg von 1981 Revanche nehmen will. Deshalb ist eine Erweiterung der Massenbasis für die SPF besonders dringend. Bei welchen sozialen Schichten soll sie Rückhalt für ihre Politik suchen? Darüber sind hitzige Auseinandersetzungen im Gange. Starke Resonanz in politischen Kreisen hat der Appell Chevenements gefunden, die linke Majorität zu erweitern. Er hat bekraftigt, daß er auch jetzt für die Union der Linken, d. h. für die Zusammenarbeit der Sozialisten und Kommunisten, ist, und hat sich für eine Erweiterung dieser Union ausgesprochen. In der linken Majorität fänden alle Platz, die hinein wollten, Kenntnisse und Erfahrung besäßen und für ein Fair play seien. Seine Worte wurden als Appell an diejenigen patriotisch gesinnten Wähler aufgefaßt, die dem Gaullismus, vor allem dem Grundsatz einer unabhängigen Politik Frankreichs, treu geblieben sind.

Auch Rocard will die soziale Basis der SPF ausgedehnt sehen, jedoch durch Gewinnung der neuen Unternehmergegeneration, die die modernsten Branchen repräsentiert und sich innerpolitisch auf einen ökonomischen Neoliberalismus und außenpolitisch auf eine verstärkte europäische Integration orientiert.

Es gibt in der SPF noch andere Strömungen. Zur Überwindung des Widerspruchs zwischen der dominierenden Stellung der SPF in der Politik und der Schwächung ihrer sozialen Basis wird vorgeschlagen, ein Verhältniswahlsystem an die Stelle des jetzigen Mehrheitswahlsystems zu setzen, das alle großen Parteien, auch die SPF, zur Blockbildung verpflichtet. Dann könne jede unter ihrer eigenen Flagge in

den Wahlkampf ziehen, und dann würde sich ein Bündnis der Sozialisten mit den Kommunisten erübrigen. Die Wochenschrift „Point“ deckt die Hintergründe dieses Vorschlags auf und schreibt, das Verhältniswahlsystem könne die SPF in einer beliebigen künftigen Koalition zum Zünglein an der Waage machen.

Bekanntlich bestehen in der SPF verschiedene Anschauungen über eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Die einen strengen sich aus Leibeskäften an, die FKP zu einer zweitrangigen „Hilfskraft“ herabzuwürdigen, auf die man schließlich keine Rücksicht zu nehmen brauche. Ihre Hauptwaffe ist der Antikommunismus, und ihre Methode besteht darin, auf die FKP in jeder Hinsicht zu drücken, um sie zu einer Revision ihres internationalistischen Klassenstandpunktes zu zwingen.

Die anderen beweisen mehr Realitätssinn. Nach ihrer Ansicht sind soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen unmöglich ohne eine Zusammenarbeit mit der FKP, die bei den Massen großes Ansehen und starken Einfluß genießt. Der bekannte Sozialist Sarre hat konstatiert, daß Angriffe gegen die FKP nur zu einer Schwächung sowohl der Sozialisten als auch der Kommunisten führen. „Wir sitzen im selben Boot“, sagte er. Ob aber die Verfechter des erstgenannten Standpunktes darauf hören werden?

Zu den heftigsten Zusammenstößen kommt es in der SPF jetzt wegen der Wirtschaftsstrategie. Die Sozialisten äußern die Absicht, „die französische Gesellschaft zu verändern“. Was das bedeuten soll, weiß noch niemand genau. Nehmen wir z. B. den lauthals ergehenden Appell, mit dem Kapitalismus zu brechen. Als die SPF noch in der Opposition war, ließ sie sich keine Gelegenheit entgehen, diese Parole auszugeben. Jetzt zieht sie es vor, darüber zu schweigen, weil sie die „neuen Mittelschichten“ abzuschrecken fürchtet. Auf dem jüngsten Parteitag in Valence wurde dem „Bruch mit dem Kapitalismus“ eine „stille Revolution“ entgegengesetzt. Ebenso wie die anderen Sozialdemokraten scheuen die französischen Sozialisten ein entschlossenes Vorgehen gegen das Großkapital und ziehen Kompromisse vor.

Das wirtschaftliche Credo der SPF ist eine Ausdehnung des staatlichen Sektors und die Bildung einer gemischten Wirtschaft. Nach der Verstaatlichung einer Reihe von Industriegruppen und des Bankwesens beläuft sich der Anteil des Staates an der Industrie auf etwa 30%, des zirkulierenden Kapitals und 20% der Arbeitskräfte. Mit diesem Hebel in der Hand hatten die Sozialisten

darauf gerechnet, energischer gegen die Arbeitslosigkeit und für soziale Gleichheit kämpfen zu können. Die Löhne und Gehälter der geringbesoldeten Kategorien wurden erhöht, die Arbeitswoche verkürzt und einige andere Maßnahmen angekündigt. Ihre Wirkung aber war nur geringfügig.

Jetzt redet die SPF-Führung davon, daß „die erste Phase“ der in dem auf fünf Jahre berechneten Wahlprogramm verkündeten Reformen erfüllt sei. Das Programm gilt also bis zu den nächsten Parlamentswahlen, die 1986 stattfinden. Weiter zu blicken, wagen die Sozialisten nicht.

Indes gibt es in der SPF einflußreiche Kräfte, die erklären, die Reformen seien schon zu weit gegangen, man müsse sie abbremsen. In der bürgerlichen Presse und in den der SPF nahestehenden Blättern wird wütend gegen Neuerungen gehetzt. Die Anstifter dieser Hetze behaupten, den Franzosen seien Reformen gleichgültig, ja sie seien entschieden gegen solche. Je weiter die Präsidentschaftswahlen zurücklägen, desto weniger brauche sich die SPF um die Erfordernisse der Strategie zu kümmern, die sie zur Macht gebracht habe. Mit anderen Worten: Sie könne die Wahlversprechungen vergessen. Als das Wichtigste bezeichnet man die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Inflation, als ob man diese chronischen Krankheiten des Kapitalismus ohne einschneidende strukturelle Veränderungen und ohne eine Verringerung der sozialen Ungleichheit heilen könnte. Wir erinnern: In Frankreich besitzen 10% der Familien noch immer 60% des nationalen Reichtums, während auf 50% der französischen Familien nur 5,5% kommen.

Den Anhängern eines Kompromisses mit den Unternehmern ist einiges gelungen. Die Regierung hat die Steuern für Unternehmen in den Jahren 1982 und 1983 um 11 Md. Franc gekürzt und ihnen die Sozialversicherungsbeiträge für anderthalb Jahre gestundet. Mit diesen „Geschenken“ will man erreichen, daß die Industriekapitäne ihre Investitionen erhöhen. Jetzt tun sie es nicht wegen der angeblich untragbaren Finanzlage ihrer Firmen. Die Tatsachen bezeugen das Gegenteil. Der „Humanité“ zufolge betrugen die Gewinne der Privatunternehmen im Jahre 1980 380 Md. Franc, von denen aber nur 60% investiert wurden, also viel weniger als in der BRD, in Italien, England und Belgien. Riesensummen werden heimlich ausgeführt oder zum Spekulieren benutzt.

In der SPF-Führung gibt es auch Gegner von Zugeständnissen an das

Großkapital. Sie treten für eine Fortsetzung der Reformen ein. Sarre vom linken Flügel betont, daß das Bemühen um Verständigung mit den Unternehmern den gesteckten Zielen zuwiderläuft. Viele meinen, man müsse mehr Festigkeit und Konsequenz an den Tag legen. In den Diskussionen an der SPF-Spitze haben manche ausdrücklich erklärt, daß die Sozialisten die Widerstandskraft der Bourgeoisie, der höchsten Verwaltungsorgane und der Massenmedien, die von den Wandlungen unberührt geblieben sind, sichtlich unterschätzen. Chevenement hat auf dem Parteitag in Valence hervorgehoben, daß die SPF noch nicht die Macht übernommen habe, weil der Staats- und Wirtschaftsapparat unangetastet geblieben sei und die alten Gewohnheiten wie auch die frühere Denkungsart fortbestünden.

Noch widerspruchsvoller ist die Außenpolitik der SPF. Auch in dieser Hinsicht denkt kaum einer der führenden Funktionäre noch an die Dokumente und das Wahlprogramm, z. B. an eine Frage wie die von Krieg und Frieden und die Verhütung eines thermonuklearen Konflikts. In der Opposition zollten die Sozialisten den Erklärungen zugunsten der Entspannung, einer Einstellung des Wettrüsts und der Herstellung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa ihren Tribut und ließen es nicht an Erklärungen fehlen, daß sie bereit seien, zur Lösung dieser Schlüsselprobleme beizusteuern.

Wie aber in Paris festgestellt wird, hat die SPF ihre vielfersprechenden Erklärungen nicht in die Tat umgesetzt. Die Ende vorigen Jahres angesagte Kampagne für Frieden und Abrüstung ist ausgeblieben. Zugeleich haben gewisse SPF-Leute, besorgt über das Anwachsen der Massen erfassenden Antikriegsbewegung in Europa, auch in Frankreich, versucht, diese Bewegung zu diskreditieren. Sie haben die Teilnehmer eines „gefährlichen Pazifismus“ und „Neutralismus“ bezichtigt. Eine sonderbare Einstellung bei einer Partei, die behauptet, sie sehe die Sicherung des Weltfriedens als ihre Aufgabe an.

Spitzenfunktionäre der SPF setzen sich — manchmal mit noch größerem Eifer als gewisse Kollegen von der SI — für die Stationierung der neuen amerikanischen Kernraketen in Westeuropa ein. Sie wollen nicht sehen, daß die Pershings und Cruise Missiles unweit der französischen Grenze aufgestellt werden sollen, so daß sie Frankreichs Sicherheit gefährden würden. Jetzt reden SPF-Führer von einer angeblichen Störung des Kräftegleichgewichts in Europa, obwohl doch noch vor anderthalb

Jahren im Programm der SPF konstatiert wurde, daß zwischen der UdSSR und den USA ein militärisches Gleichgewicht bestehe, was ja für den Frieden in Europa unerlässlich ist. Man kann doch wohl kaum im Ernst behaupten, daß jemand es in einigen Monaten fertiggebracht habe, dieses Gleichgewicht zu stören. Besonders eifrig verfehlt der SPF-Sekretär Huntzinger den Standpunkt der NATO und Washingtons, insbesondere Reagans unrealistische „Nullvariante“. Das kann Frankreichs Unabhängigkeit nur schaden.

In dem SPF-Wahlprogramm „110 Vorschläge für Frankreich“ steht schwarz auf weiß, daß die Partei auf eine Auflösung der Militärblöcke hinwirken wolle. Sie tut genau das Gegenteil. Davon zeugt die kürzliche Stimmabgabe der SPF-Abgeordneten in der Nationalversammlung für die Ratifizierung des Protokolls über den Beitritt Spaniens zur NATO. Jeder unvoreingenommene Politiker müßte doch erkennen, daß dessen Beitritt zur NATO den Interessen des Friedens in Europa und auch anderwärts diametral zuwiderläuft. Er führt zu einer Erhöhung der internationalen Spannung und zur Verschlechterung des gesamteuropäischen politischen Klimas. Übrigens haben die Sozialisten mit ihrer Stimmabgabe im Parlament für eine Ausweitung der NATO mit den hartgesottensten Atlantisten an einem Strang gezogen.

Und noch eine Tatsache. In der westlichen Presse ist ziemlich viel davon die Rede, daß die SPF ihre zündenden Aufrufe vergessen habe, die Handelsbeziehungen zum Apartheidregime in Pretoria abzubrechen. Der englische „Economist“ bemerkte sarkastisch, sie habe ihre früheren Skrupel der Handelsbilanz Frankreichs geopfert.

Schwer vereinbar sind die von der SPF verkündeten Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten junger unabhängiger Staaten mit der unverhohlenen Unterstützung der Separatisten in Äthiopien, die offen gegen die legitime Regierung dieses Landes und dessen nationale Einheit kämpfen. Kein Wunder, daß diese Handlungsweise bei der äthiopischen Regierung eine entschiedene Abfuhr erhalten hat.

Die SPF hat nur die erste Phase ihrer Bewährung als Regierungsparcie durchlaufen. Ihr Ansehen innerhalb und außerhalb des Landes wird in entscheidendem Maße davon abhängen, ob sie fähig sein wird, wohlerwogen und verantwortungsbewußt zu handeln, wie es einer Regierungspartei geziemt.

AM DUKLAPASS

Alexej ROMANOW

Ein bis zum Horizont klarer, hoher Himmel von einmägiger Bläue spannt sich über Bergen, kühlen Seen und dichten, mit Buchen durchsetzten Nadelwäldern: der Duklapaß in den Karpaten, Ort ruhmvoller und tragischer Ereignisse des zweiten Weltkrieges.

Wir befinden uns in Svidník, im ehemaligen Zentrum dieser Ereignisse.

Jozef Bilas, Sekretär eines Standbeizirkskomitees der KP der Slowakei in Svidník, und Igor Slepco, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums für Militärgeschichte am Duklapaß, begleiten uns auf dem Weg durch die Orte früherer Schlachten.

Ein Aufzug bringt uns zu den oberen verglasten Stockwerken eines von dichten Wald umstandenen riesigen Aussichtsturms. Von hier aus hat man einen weiten Blick, bis hin zum Todespal, wo im September und Oktober 1944 blutige Kämpfe tobten. „Mit der Operation Karpaten—Dukla“, sagt Igor Slepco, „begann die Befreiung der Slowakei und dann auch der ganzen Tschechoslowakei von der faschistischen Okkupation. Der Hauptstoß, der sich gegen den Duklapaß richtete, wurde hier von der ruhmreichen 38. Armee der 1. Ukrainischen Front unter Generaloberst Kyrill Moskalenko geführt. Gemeinsam mit den vorrückenden sowjetischen Verbänden kämpfte auch das in der UdSSR aufgestellte 1. Tschechoslowakische Armeekorps General Ludvík Svoboda. Das Hauptziel bestand hier darin, dem Slowakischen Nationalaufstand wirksame Hilfe zu leisten.“

Slepco verstummt für einen Augenblick, als wollte er sich sammeln. Mit einer weit ausholenden Armbewegung umfängt er gleichsam die Gegend, die unter uns ausgebreitet liegt.

„Die Kämpfe begannen hier am 8. September“, fährt er fort, „und tobten unter den außerordentlich schweren Bedingungen der Herbstregenzeit. Das OKW setzte hier 18 Divisionen ein, die fortwährend aufgefüllt wurden. Aber schon am 6. Oktober brachen die sowjetischen und tschechoslowakischen Soldaten um den Preis großer Verluste den erbitterten Widerstand der Hitlerhorden, besetzten den Duklapaß und betratent als Befreier das Territorium unseres leidgeprüften

Heimatlandes. Mit ihnen hielt das Leben in der Slowakei wieder Einzug, ein neues Leben, das unsere Väter und Großväter erträumt und herbeigesehnt hatten.“

Mehr als 90 000 sowjetische und 6500 tschechoslowakische Soldaten starben hier den Helden Tod, wurden verwundet, waren vermisst. Heute zeugt hier jedes liebevoll gepflegte Massengrab, jeder Hügel, jeder Grabstein von ihrer Tapferkeit und Ständhaftigkeit, von ihrem Heldenmut und der großen internationalen Einheit der sowjetischen und der tschechoslowakischen Streitkräfte.

Im nahen Svidník steht ein majestätisches Monument der Soldaten der Sowjetarmee. Die ausdrucksvoollen Figurengruppen sprechen alle die Aberfausende an, die herkommen, um Kränze und Blumen niederzulegen. Das Monument ist von vier Massengräbern umschlossen, in denen 9000 sowjetische Soldaten beigesetzt sind. Auch hier Kränze und Blumen, es herrscht eine feierliche Stille.

Jozef Bilas und Igor Slepco führen uns weiter, zum Museum der Militärgeschichte.

„Unser Museum“, sagt Jozef, „ist eine wahre Schatzkammer der Geschichte des Befreiungskampfes und der unverbrüchlichen tschechoslowakisch-sowjetischen internationalistischen Einheit.“

Unterwegs sehen wir uns eine Ausstellung von Kampftechnik aus der Kriegszeit an: die berühmten sowjetischen Panzer und Jagdbomber, Geschütze, Pak- und Fla-Kanonen, eine Feldhaubitze. Die faschistischen Landräuber spürten am eigenen Leibe die Stärke dieser Technik, die die Freunde, die uns begleiten, heute „Exponate“ nennen.

Das Museum, das man über eine breite Hängegalerie betrifft, ist von origineller Architektur und ermöglicht die fortwährende Bewegung vieler Tausende Besucher längs der kreisförmig geordneten Ausstellung. In der Halle werden sie von der großen Bronzeskulptur eines sowjetischen MPi-Schützen empfangen. Jozef macht uns mit Elena Vorgunová, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Museums, bekannt.

Wir folgen ihr in den ersten Saal. Diese zierliche, attraktive Frau spricht



ein perfektes, akzentfreies Russisch, in dem sie uns die zahlreichen Fotos, vergilzte Dokumente und Flugblätter, Waffen, denen man viele Kämpfe ansieht, und andere einmalige Zeugnisse der Operation Karpaten—Dukla erläutert.

„Unser Volk“, sagt Elena Vorgunová, „nennt den Duklapaß das Tor der Freiheit. Er hat sich diesen Namen um den Preis des hier vergossenen Blutes und der unzähligen Opfer verdient, deren Andenken unserem Volk immer teuer sein wird.“

In den Kriegsjahren entstand in der Ostslowakei eine machtvolle antifaschistische Volksbewegung, aus der illegale Kampfgruppen und zahlreiche Partisanenverbände hervorgingen. Ihnen gehörten auch nicht wenig Russen und Ukrainer an. Viele Gruppen wurden von ins Hinterland des Feindes eingeschleusten sowjetischen Offizieren befiehlt.

Lange stehen die Besucher vor den Bildern der Partisanenkommandeure. Ihr Ruhm ist in der Tat unvergänglich. Wenn jemand von ihnen herkommt, um heute, Jahrzehnte später, an die Partisanenzeit zurückzudenken, wird er mit offenen Armen empfangen. In Rožňava zeigten uns die Sekretäre des Kreisparteikomitees Ján Gallo und Arpád Koreň das „Partisanenalbum“, das sie seit Jahren führen und das der Kampfbrüderlichkeit slowakischer und russischer Soldaten und Kommunisten, die an der Partisanenbewegung in der Slowakei teilgenommen hatten, gewidmet ist. Jede Seite des Albums berichtet über einen Partisanenkommandeur, und viele solcher Seiten weisen Einfragungen aus der Nachkriegszeit von der Hand jener auf, denen sie gelten.

Elena Vorgunová geht zu einem Fenster, von dem aus man den unweit gelegenen städtischen Friedhof überblickt.

„Ich möchte noch betonen“, sagt sie bewegt, „daß die Freundschaft, Kameradschaftlichkeit und Kampfgemeinschaft der Russen und der Slowaken tief verwurzelt sind und auf jahrhundertealte Traditionen unserer beiden Völker zurückgehen. Sehen Sie diesen Friedhof! Damit ist eine aufwühlende Geschichte verbunden.“

Sichtlich ergriffen, fährt sie fort:

„Vor kurzem besuchte ein 40jähriger Arbeiter aus der UdSSR unser Museum. Er war mit Frau und Tochter gekommen, um Blumen auf das Grab seines Vaters und seines Großvaters zu legen. Er erzählte, daß sein Großvater im ersten Weltkrieg mit 19 Jahren in den Karpaten gefallen war. Im Oktober 1944 hatte sein Vater ebenfalls am Duklapaß den Helden Tod gefunden, mit 29 Jahren... Zusammen mit unserem Gast legten auch wir Blumen auf die uns teuren russischen Gräber.“

Der letzte Museumssaal beherbergt eine Ausstellung von Kinderzeichnungen. Sie sind nett und naiv, gehören jedoch unbedingt in dieses Museum der Militärgeschichte.

„Scheinen diese Kinderzeichnungen nicht auf die Hauptfrage unserer Zeit — Frieden oder nukleare Selbstvernichtung — zu antworten?“ sagt Elena Vorgunová. „Es gilt, den Frieden zu wahren oder in die Steinzeit versetzt zu werden. Das sollten endlich jene verstehen, die von einem „begrenzten Nuklearkrieg“ reden und sogar meinen, daß „es wichtigere Dinge als den Frieden“ gebe.“

Angefangen mit Bratislava, besuchten wir viele slowakische Städte, durch die seinerzeit die Frontlinie verlaufen war. Diesmal konnten wir besonders die Ostslowakei und ihre großen Verwaltungs-, Industrie- und Kulturzentren kennenlernen: Košice (die fünftgrößte Stadt der CSSR), Prešov, Rožňava, Bardejov, Vranov. Auf das tiefste bewegte uns nicht nur, daß der gemeinsame heldenhafte Kampf gegen den Faschismus unvergessen bleibt, sondern auch die offene Äußerung der Freundschaft und der brüderlichen Gefühle, die unsere beiden Völker auch in den Nachkriegsjahren im Kampf für den Frieden und die Verhütung einer Nuklearkatastrophe verbinden.

Überall hörten wir Worte des aufrichtigen Dankes, die der KPdSU, ihrem Zentralkomitee und Leonid Breschnew galten: für jene friedensdienlichen Initiativen, die den Liebhabern von Kriegsabenteuern und den Drahtziehern des wahnwitzigen Wettrüstens in den Arm fallen, für die konsequente Verwirklichung des auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten und auf dem XXV. und dem XXVI. Parteitag weiterentwickelten Friedensprogramms.

In den Jahrzehnten seit Kriegsende

haben alle Städte und Gebiete der Ostslowakei ein neues Gepräge bekommen. Unter Führung der KP wurde in Industrie, Landwirtschaft und Kulturaufbau ein Riesenschritt vorwärts getan. Wir sprachen mit Sekretären von Gebiets- und Kreiskomitees der Partei, mit Arbeitern, Bauern, Kunst- und Kulturschaffenden, und alle nannten Fakten und Zahlen, die in der Tat beeindrucken.

In Košice trafen wir uns mit den Lehrern und Hörern des Lehrstuhls für Marxismus-Leninismus an der dortigen TH. Diese große Hochschule bildet Fachkräfte für die Ostslowakei und in einigen Berufen sogar für die gesamte ČSSR aus. Aus einem Gespräch mit Prorektor Vojtěch Karel erfuhren wir u. a., daß die Industrieproduktion in der Ostslowakei gegenüber dem Vorkriegsstand auf mindestens das 100fache gestiegen ist und sich namentlich im letzten Jahrzehnt im Grunde verdoppelt hat. Allein das Ostslowakische Hüttenkombinat Košice beschäftigt gegenwärtig mehr Arbeiter als die ganze Industrie der Ostslowakei im ersten Nachkriegsjahr.

Auch auf dem Lande sind dank der Vergenosenschaftlichung radikale Veränderungen eingetreten, vor allem in sozialer und klassenmäßiger Hinsicht. Die materiell-technische Basis der ostslowakischen Dörfer hat sich geändert. Das Leben der werktätigen Bauern ist anders geworden. Dank der modernen Technik, der Chemisierung und Melioration, der Anwendung wissenschaftlicher Methoden der Agrarproduktion ist der durchschnittliche Getreideertrag, der früher nur in den günstigsten Jahren über 8 dt/ha lag, in der Republik im Mittel bis 40 dt gestiegen.

Wir werden noch lange an den Tag zurückdenken, den wir in der Genossenschaft „Tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft“ bei Rožňava verbrachten, dort, wo 1943/44 schwere Kämpfe geführt wurden und gut ausgerüstete Partisanentruppen eingesetzt waren. In einem herzlichen Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Ján Vápeník, dem Parteisekretär Tomáš Mačkin, dem Chefmechanisator Štefan Sofranek, der Agronomin Anna Šeševičková, die ihre Dissertation als Kandidat der landwirtschaftlichen Wissenschaften vorbereitet, und anderen zeigte sich besonders deutlich, welch großen Wert die einfachen Bürger der Republik auf die sowjetisch-tschechoslowakische Freundschaft als Garantie des friedlichen Lebens und der schöpferischen Arbeit legen.

Die Genossenschaft ist nicht einmal sehr groß, sie zählt nur 195 ständig Beschäftigte. „Bei uns tun die Maschinen fast alles“, meinte Ján Vápeník als Antwort auf unsere Frage, wie sie es denn

schafften. Die Ernte ist beständig gut, bisweilen rekordmäßig hoch. Anna Šeševičková erzählte, daß sie vor zwei Jahren die sowjetische Weizensorte „Mironowskaja-411“ gesät und auf 60 ha einen Ertrag von 60 dt erzielt hatten.

All das, was in der Vergangenheit für die Ostslowakei charakteristisch war — Analphabetentum, Elend, Arbeitslosigkeit, Massenemigration — ist überwunden. Es besteht ein weitverzweigtes Schulnetz, es sind neue Höchschulen mit vielen Tausenden Studenten und namhaften Wissenschaftlern als Lehrkörper entstanden. An den Forschungs- und Konstruktionsstätten, z. B. am Forschungsinstitut für Metallindustrie in Prešov oder am Forschungsinstitut für Chemiefasern in Svit, sind bis zu 10 000 wissenschaftliche Mitarbeiter tätig.

In Košice besuchten wir das Staatliche Museum der Ostslowakei, oder, wie es häufiger genannt wird, das Haus des Programms von Košice. Die 9 Ausstellungen im Haus des Programms von Košice werden von 280 000—300 000 Personen jährlich besucht. Dort wurde am 5. April 1945 das berühmte Programm verkündet. Der historische Saal, in dem es geschah, hat sich wohl inzwischen etwas verändert, ist aber gut erhalten. Sehr interessant sind Abteilungen, die der Arbeiterbewegung gewidmet sind. Museumsdirektor Vilim Šulc, der uns führte, geht in seiner Arbeit auf. Besonders eindrucksvoll wird hier über die Geschichte des Slowakischen Nationalaufstandes, die Operationen der 4. Ukrainischen Front und die erbitterten Kämpfe am Duklapaß berichtet.

Im Gebietsparteikomitee zeigt uns Rudolf Blago, Sekretär für ideologische Fragen, sehr seltene Fotos Leonid Breschnews noch aus der Zeit, als Leonid Iljitsch diese Gegend in den Karpaten besuchte, wo er als Leiter der Politabteilung der 18. Armee an Kampfoperationen teilgenommen hatte.

„Uns sind die Erinnerungen an die Begegnungen mit Leonid Iljitsch sehr teuer“, sagte Rudolf Blago, „und wir bewahren diese Bilder besonders liebevoll auf.“

* * *

Es stimmt, daß der Sozialismus die Menschen einander näherbringt und ihnen die Freude gegenseitiger geistiger Bereicherung gibt. Davon überzeugten uns erneut die 10 Tage in der Ostslowakei, die Begegnungen und Gespräche mit Menschen, die uns Sowjetbürgern wirklich nahestehen und mit uns brüderlich verbunden sind.

Bratislava—Moskau

LILIENWEISER RASSISMUS

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

„Ich glaube nicht, daß Reagan Rassist ist. Ich kann das nicht nachprüfen, aber ich glaube, daß diese Anweisung zur Rassentrennung in Schulen ohne sein Wissen geschah, oder irgendwie mit einer Nebengeste, die er nicht ernst nahm.“

Diese Erklärung in einem Leitartikel des „New Republic“ sollte allem Anschein nach eine frühere wegwischen. In einem redaktionellen Kommentar mit dem Titel „Racism and Reaganism“ hatte das gleiche Magazin geschrieben: „Es ist an der Zeit, Ronald Reagan die persönliche Verantwortung für die Rassenpolitik seiner Administration aufzuerlegen, und nicht so zu tun, als sei er zu nett oder zu unbedarf, um unmittelbaren Anteil an dem zu haben, was geschehen ist.“

Dieser „interne Streit“ ist für Äußerungen der bürgerlichen Presse kennzeichnend. Er spiegelt das Mißfallen der nationalen Minderheiten über etliche Schritte der Administration und die Verwirrung liberal verbrämter Kreise angesichts eines Wiederauflebens des unverhüllten Rassismus.

Natürlich fordert niemand offen, „die Neger auf ihren Platz zu verweisen“. Offizielle Erklärungen klingen sehr viel wohltönender. Im Juni v. J. äußerte der Präsident auf einer von einer Negerorganisation veranstalteten Konferenz: „Meine Administration will jede Art von Regierungsdiskriminierung der Minoritäten ausrotten.“

Doch nur wenig Zeit verging, da geriet das in Vergessenheit. Am 8. Januar erklärte das Ministerium für Justiz und Finanzen, die Regierung werde von nun an private Lehranstalten unbesteuert lassen, die keine Neger aufnahmen. Damit wurde der 11jährigen Praxis der Bekämpfung des Rassismus im Bildungswesen durch Finanzdruck ein Ende gesetzt. Am gleichen Tag informierte das Justizministerium das Oberste Bundesgericht über die Einstellung eines Gerichtsverfahrens gegen zwei

Lehranstalten, die Bob-Jones-Universität in Süd-Carolina und die Goldsboro-Christian-School in Nord-Carolina, sowie die Erneuerung der finanziellen Vergünstigungen für sie. Die Goldsboro School verweigert bis heute die Aufnahme von Negern, womit sie, wie man sich hier ausdrückt, „lilienweiß“ bleibt. Die Jones Universität immatrikulierte in den letzten Jahren einige Neger, untersagt ihnen jedoch jeglichen Umgang mit Weißen außerhalb des Unterrichts.

Mehrere Tage lang behaupteten der Präsidentenberater Meese und andere hochgestellte Beamte aufgeregt Korrespondenten gegenüber, die Initiative ginge voll und ganz vom Ministerium für Justiz und Finanzen aus. Das Dementi kam von Reagan selbst, der auf einer Pressekonferenz am 19. Januar mitteilte: „Ich bin der Organisator der ganzen Sache.“

Dafür gibt es eine Erklärung. Gegen Mitte Dezember schickte Trent Lott, ein namhafter Republikaner im Repräsentantenhaus, ein Schreiben ans Weiße Haus. Darin bestand er auf der Einmischung des Präsidenten, um das Verfahren zugunsten der erwähnten Lehranstalten zu entscheiden. Auf die kurze Darlegung Lots setzte der Präsident die Notiz: „Ich denke, wir sollten.“ Das Ergebnis ist bekannt. „Das erste Mal in der modernen Geschichte hat die Regierung der Vereinigten Staaten eindeutig der offenen Rassendiskriminierung ihre Zustimmung gegeben“, heißt es in einer Petition des Nationalverbands zur Förderung der Farbigen.

Diese Entscheidung ist kein Einzelfall. Es geht um die Durchsetzung eines klar formulierten Kurses zur Vereinigung der Rechtskräfte. Nach Ansicht der republikanischen Führer sollen sie bei den Kongresswahlen im Herbst d. J. und bei den Präsidentschaftswahlen 1984 den Ton angeben. Der Rassismus hat dazu den Angriff nicht nur auf

die politischen, sondern auch auf die ökonomischen Rechte der ärmsten Bevölkerung im Auge. Bei den Wahlen 1980 stimmten rund 7% der Negerbevölkerung für Reagan. Die Strategen der Republikaner meinen, es sei deshalb um so leichter, sie außer acht zu lassen. „Zu versuchen, die Stimmen von Leuten zu kriegen, die die Tür vor uns zugeschlagen haben, ist eine Verschleuderung unserer Mittel“, erklärte vor kurzem der Vorsitzende der Republikanischen Partei.

Das Aufkommen „lilienweißer“ Privatschulen war die Antwort auf die Forderung, die Rassentrennung in den öffentlichen Schulen aufzuheben. Ihr stürmischer Aufschwung fiel in den Anfang der 70er Jahre. Indem die Regierung getrennten Schulen und Universitäten das Recht auf Steuererlaß nahm, brachte sie sie in eine komplizierte Lage. Das bedeutete nicht nur die Zahlung von Einkommenssteuern und das Abführen von Mitteln für die Sozialversorgung der Angestellten. In solchen Fällen können Spenden von Privatpersonen und Organisationen nicht automatisch von der Steuer abgesetzt werden und sind deshalb für die Spender unrentabel. Die Rassentrennung brachte schwere Finanzlasten mit sich, denen durchaus nicht alle gewachsen waren.

Die jetzige Entscheidung über Steuerausnahmen legitimiert die Rassentrennung nicht nur faktisch, sondern führt unausbleiblich zum Entstehen Hunderter neuer „weißer“ Lehranstalten. Das gesamte System der Mittel zur Gewährleistung der in den 60er Jahren errungenen Bürgerrechte wird demonstriert.

Die Steuervorteile für die Verkünder der Rassentrennung sind nur ein Beispiel dafür. Hier andere.

Gemäß dem 1964 verabschiedeten Gesetz über die Bürgerrechte sollte die Beförderung von Schülern mit Bussen aus Negerschulen in „weiße“ theoretisch gleiche Möglichkeiten im Bildungsbereich sichern. In der Praxis sieht es anders aus. Das Programm erfaßte lediglich 780 000 von 40 Millionen Schülern (weniger als 2%). Der Präsident nannte das nicht unbegründet eine „Niederlage“. Dieser treffenden „Beobachtung“ folgte die Konsequenz: Das Busing wird überhaupt eingestellt.

Zu leiden hatten darunter nicht nur farbige Schüler. Das weiße Haus sorgte für die Beseitigung der Quoten zur Einstellung einer bestimmten Anzahl von Angehörigen nationaler Minderheiten in Betrieben und Firmen, die Aufträge der Bundesregierung erhalten. Zum erstenmal war diese Forderung während der Amtszeit Franklin Roosevelt gestellt und auf Rüstungslieferanten angewendet worden. 1964 wurde sie in das Gesetz über die Bürgerrechte aufgenommen und als Mittel zur Bekämpfung der Rassendiskriminierung bei Einstellungen betrachtet. Bis zum Amtsantritt der jetzigen Administration galten die Einstellungsbedingungen für alle Firmen und Betriebe mit mindestens 50 Arbeitern und Angestellten, die Regierungsverträge in Höhe von mindestens 50 000 Dollar aufwiesen. Von Januar d. J. an gilt sie nur für Betriebe mit 250 und mehr Arbeitern und Angestellten. Ergebnis: Die Anzahl der Zulieferer, die unter das Gesetz über die Bürgerrechte fallen, ging sofort um drei Viertel zurück.

Weiter: Die Diskriminierung nach Rassenmerkmalen während der Wahlkampagnen. Um sie geht es in dem im September v. J. veröffentlichten Bericht des US-Ausschusses für Bürgerrechte „Gesetz über das Wahlrecht. Unerreichte Ziele“.

Schwarze Amerikaner stellen z. B. 47% der 200 000 Einwohner von Jackson (Staat Mississippi). In der Stadtgeschichte wurde noch kein einziges Mal einer ihrer Vertreter in den Stadtrat gewählt. Insgesamt hat das Land 26% farbige Einwohner. Sie besetzen nur 5% der wählbaren Posten.

Die Veränderung der Wahlkreisgrenzen nach der Volkszählung 1980 läßt nicht nur die Verankerung dieser Situation, sondern eine wesentliche Verschlechterung erwarten, weil solche Korrekturen sich unausbleiblich zugunsten der weißen Bevölkerung auswirken.

Der Bericht des Ausschusses erschien nicht zufällig. In diesem Jahr läuft die Geltungsdauer einiger Artikel des Gesetzes über das Wahlrecht ab. Darunter jene, die extra zur Ausmerzung der Diskriminierung gedacht waren.

Die Antwort des Weißen Hauses ließ nicht auf sich warten. Drei Wochen später wurde der Ausschußvorsitzende Fleming entlassen, sein Amtsnachfolger Pendleton aber nahm zu diesen Fragen eine direkt entgegengesetzte Haltung ein.

Die republikanische Administration ist nicht gegen das Wahlgesetz. Sie drängt auf einige Zusätze. Der erste: Man dürfe das Wahlsystem nicht nach den Resultaten beurteilen. Das Fehlen von Negern im Stadtrat von Jackson oder im Senat von Süd-Carolina bedeute keine Diskriminierung. Man müsse noch beweisen, daß die Wahlen mit dem Vorhaben abgehalten worden seien, den nationalen Minderheiten ihre legiti-

time Repräsentation zu entziehen. Während jedoch die „Resultate“ offensichtlich sind, ist die Beweisführung für das „Vorhaben“ praktisch unmöglich. Vernon Jordan, ehemaliger Präsident der Nationalen Stadtliga, sagt dazu, die hiesigen Politiker beklebten die Wände ihrer Arbeitszimmer nicht mit Anweisungen, wie Angehörigen der nationalen Minderheiten der Zugang zu den Wahllokalen verbaut werden könnte.

Ich sprach mit Vertretern großer Negerorganisationen in Atlanta, Chicago, Washington und New York. Sie bezeichneten die Verfahrensweise der republikanischen Admi-

nistration im Bereich der Bürgerrechte einmütig als offen gegen die armen und ärmsten Bevölkerungsschichten gerichtet. In einer Epoche wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden die nationalen Minderheiten, nach Ansicht Frank Watkins' aus Chicago, als Sündenbock benutzt. Gleich danach werden ihre weißen Klassenbrüder und Gewerkschaftskollegen an die Reihe kommen. Unter diesen Umständen wird der Rassismus zum natürlichen Verbündeten des Großkapitals, und Washington hat mit den bereits ergriffenen Maßnahmen dieses Bündnis gesegnet.

New York

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 8

Übung. Lesen Sie und übersetzen Sie ins Deutsche.

Российская Советская Федеративная Социалистическая Республика — самая большая в СССР по площади и населению. В ней живут десятки больших и малых народов, объединенных в автономные республики и национальные округа. Все они чувствуют себя полноправными хозяевами своей земли. Вот, например, Якутская Автономная Советская Социалистическая Республика. Она находится в Восточной Сибири. Площадь Якутии — 3 миллиона квадратных километров, что составляет 1/7 всей территории СССР.

Было время, когда в Якутию ссылали опальных и революционеров. В XIX веке это были декабристы (организаторы восстания в Петербурге против самодержавия в декабре 1825 года), потом народники, а в начале XX века — большевики. В царской России Якутия была отсталой окраиной, ее заселял забитый и темный народ, поголовно безграмотный. Условия жизни населения были чрезвычайно тяжелыми. Якуты жили в ярангах. Это — невысокое строение из деревянного каркаса с коническим куполом. Оно покрывается оленьими шкурами. В настоящее время яранга отошла в прошлое. Якутское население живет в обычных деревянных и каменных домах. Национальная одежда у якутов в значительной мере вытеснена европейской. Осталась только очень удобная в здешних условиях обувь — сапоги из оленьего меха (унты) и меховые чулки.

Раньше основной пищей якутов были рыба и мясо. Теперь они употребляют овощи, хлеб, крупы, фрукты. Когда-то в якутском крае источником света и тепла была жировая лампа, сейчас работают несколько гидроэлектростанций.

До Великой Октябрьской социалистической революции основу экономики Якутии составляли лишь примитивное животноводство и охота. За годы Советской власти образованная в 1922 году Якутская АССР прошла большой путь хозяйственного и культурного развития. Несмотря на трудности, вызываемые суровой природной обстановкой, неизбежностью многих районов, в республике создавались новые заводы и рудники. В хозяйственном комплексе Якутии на первое место вышла горнодобывающая промышленность, дающая сейчас много золота, цветных металлов, алмазов, угля, слюды. Создана лесная промышленность, осваиваются месторождения газа. Далеко вперед

шагнула энергетика.

Рост экономики современной Якутии способствовал неизмеримому подъему культуры населения республики. Якутия, которая в царской России смыла безнадежной глупью, стала республикой сплошной грамотности. Далеко за пределами республики известны произведения якутских писателей, художников.

Развивается и национальное искусство. Замечательные произведения якутских умельцев — резчиков по кости — отличаются тонкой работой и необыкновенным изяществом.

Большим событием в жизни всей Якутии было открытие в 1956 году университета в городе Якутске. Сейчас в Якутии 7 научных институтов Филиала Академии наук СССР, единственный в стране Институт мерзлотоведения, несколько театров, концертных залов, музеев.

Нынешний год для Якутии особенный, так как она отмечает два юбилея: 350 лет с момента присоединения Якутии к России и 60-летие со дня образования Якутской Автономной Советской Социалистической Республики. Народ Якутии встречает эти даты новым трудовым и творческим подъемом, чтобы еще краше сделать свою землю — край, устремленный в будущее.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie verurteilen, daß Ägypten die Vereinbarungen von Camp David unterzeichnet hat. Doch haben gerade sie es uns doch ermöglicht, die 1967 abgetrennte Sinai-Halbinsel zurückzubekommen. Zeigt das nicht davon, daß Ägypten recht tat, als es die Vereinbarungen von Camp David unterschrieb?

Ismail MAHMOUD,
Alexandria, Ägypten



Es diskutiert
Kommentator
von Radio Moskau
Alexej
SLATORUNSKI

Nein, geehrter Herr Ismail Mahmoud, das zeugt nicht davon. Sogar jetzt, nachdem die israelischen Truppen den letzten Teil der Sinai-Halbinsel verlassen haben und sie erneut unter ägyptische Oberhoheit gekommen ist, kann man das mit Fug und Recht sagen. Viele Ägypter, selbst jene, die mit dem außenpolitischen Kurs Sadats unzufrieden waren und sein Komplott mit Israel kritisierten, freuen sich heute aufrechtig über die Rückgabe der Sinai. Sie lassen sich dabei offenbar von patriotischen Gefühlen leiten: Über arabischem Boden wurde nach 15 Jahren erneut die ägyptische Fahne gehisst.

Wenn man sich mit dem Problem eingehender befaßt, besteht meiner tiefen Überzeugung nach kein Anlaß zu Feierlichkeiten oder für eine Revision der negativen Einstellung der Araber zu Camp David.

Als im September 1978 Carter, Sadat und Begin das Camp-David-Abkommen unterzeichneten, verfolgte jeder von ihnen seine eigenen Ziele. Die USA wollten ihre Positionen in der Region festigen. Dafür mußte vor allem Ägypten von den übrigen arabischen Ländern, von den Fortschrittskräften der ganzen Erde isoliert werden. Für Israel bedeutete Camp David das Ende des Kriegszustandes mit einem der stärksten Gegner und folglich Handlungsfreiheit gegen andere. Kairo hingegen hoffte, von Israel seine 1967 besetzten Gebiete und von den USA bedeutende materielle Hilfe zu erhalten.

Das erste Ergebnis von Camp David war die traurige Tatsache, daß Ihr Land in vollständige Isolierung von den anderen arabischen Staaten gelangte und deren Hilfe verlor, vor allem aber politisch und wirtschaftlich verwundbar wurde. Und davon beeilten sich die USA und Israel Gebrauch zu machen.

die Grenzen zu Syrien und Libanon zu werfen. Doch das nur auf den ersten Blick.

In der Zeit vor Israels Rückzug von Sinai verschärfte sich rapide die Lage in den anderen besetzten Gebieten — im Westjordanland und im Ghaza-Streifen. Die israelischen Behörden verstärken weiter Terror und Repressalien gegen die einheimische Bevölkerung. Begin und seine Minister erklären öffentlich, daß das Westjordanland und der Ghaza-Streifen ebenso wie die Golanhöhen und Ostjerusalem nie an die Araber zurückgegeben würden, daß sie „seit jeher jüdisches Siedlungsgebiet“ seien. Solche Erklärungen werden durch Drohungen einer Invasion in Libanon sowie der Vernichtung der Kräfte der palästinensischen Widerstandsbewegung und der libanesischen nationalpatriotischen Kräfte verstärkt. Und all das geschieht mit schweigender Billigung Washingtons.

Wohl kaum fallen die zunehmende Aggressivität der Zionisten und die Rückgabe der Sinai zufällig zeitlich zusammen. Nein, diesen Preis zahlt Washington Tel Aviv dafür, daß das Pentagon seine Truppen auf Sinai stationieren darf.

Ägypten hat nun die Sinai erhalten. Doch wie? Ganz zu schweigen davon, daß die Besatzer dort fast alles zerstörten — alle Bauten sprengten, die Bäume entwurzelten und die Felder umpfügten. Ägypten ist keineswegs Herr im eigenen Land geworden. Ihm wird das Recht vorenthalten, dort ein zur Verteidigung erforderliches Truppenkontingent zu unterhalten, es kann nicht unkontrolliert die Flugplätze benutzen usw. Wenn es aber auch nur eine der ihm aufgezwungenen Bedingungen verletzt, können die Israelis, wie deren Minister erklären, innerhalb von 24 Stunden die Sinai erneut besetzen.

Es gibt noch eine andere Gefahr. Ihr Land kann als Stützpunkt der Eingreiftruppe gegen seinen Willen in ein beliebiges Abenteuer hineingezogen werden.

Der Handel von Camp David hat also nur den USA und Israel genutzt. Was aber Ägypten und die übrige arabische Welt angeht, so werden sie für die Sinai noch lange zahlen müssen. George Habash, Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas, konstatierte zu Recht: „Die Rückgabe der Sinai an Ägypten leitet eine neue Spannungsperiode im Nahen Osten ein.“

PS

Noch eine streitbare Lady



Enyd Muxworthy, eine Hausfrau aus Wales, beschloß, sich an der Kampagne gegen Argentinien zu beteiligen. Sie suchte aus dem Telefonbuch einen Namen heraus, der ihr argentinisch vorkam, und rief bei der Nummer an. Als sich der Teilnehmer meldete, sang sie die britische Nationalhymne ab. Nach diesem gezielten Schlag gegen den Feind sagte sie: „Als ich Fernsehprogramme sah, in denen gezeigt wurde, wie unsere Jungens zu den Falklandinseln vorrückten, fragte ich mich, was ich tun kann. Jetzt weiß ich es.“

An die falsche Adresse

Die Führung der Demokratischen Partei der USA ist sehr energisch darangegangen, Geld für den Wahlkampf zu den im November bevorstehenden Nachwahlen in den Kongreß aufzubringen. Der Wahlauschuß hat bereits eine Liste von Personen aufgestellt, die er um Geld angehen will. Dazu bemerkt die „Newsweek“ sarkastisch, in der Liste müsse einiges richtiggestellt werden. Darauf stehen nämlich auch bekannte Republikaner: der Chef der republikanischen Minderheit im Repräsentantenhaus Robert Michel und der Assistent des Präsidenten für Fragen der Gesetzgebung Kenneth Duberstein. Dieser hat vom

Wahlausschuß bereits ein Schreiben mit der Bitte um eine Spende erhalten, „damit das Repräsentantenhaus demokratisch bleibt“.

Und sowas nennt sich Pressefreiheit

Don McCullin, Bildreporter der Londoner „Sunday Times“, gilt bei seinen Kollegen als tüchtiger Frontberichterstatter. Von einer Dienstreise nach El Salvador brachte er einen Bildbericht über Kampfhandlungen mit, bei dessen Herstellung er um ein Haar gefallen wäre. Die Herren von der „Sunday Times“ wollten die Aufnahmen aber nicht veröffentlichen, da man Ihnen, wie die britische Presse schreibt, „allzu große Sympathie“ für die salvadorianischen Patrioten amerike. Über die Ablehnung der Herausgeber der „Sunday Times“ hat man sich nicht besonders gewundert. Die Zeitung gehört ja dem Pressekönig Rupert Murdoch, der für seine rechten Anschauungen bekannt ist. Das einzige, womit McCullin auf die Absage reagieren konnte, war die Kündigung.

Ohne Ranch tut sie's nicht



Prinzess Marie-Antoinette - Elisabeth - Alexandria - Irmgard - Edda - Charlotte von Anhalt ist auf der Suche nach einem Ehemann. Sie ist speziell aus

der BRD nach den USA gereist, um einen Texaner zu ehelichen. Er muß aber unbedingt eine Ranch haben, je größer, desto besser, damit man darauf Ritte machen könnte. Ihr Begleiter, ein Neffe der Dame, sagt, sie könne auf ein Hofmachen verzichten. Schon haben mehrere Texaner ihr Herz und Ranch angeboten.

Fast wie der Hauptmann von Köpenick



In München saß der 64jährige amerikanische Unteroffizier a. D. Sidney Alston sozusagen auf dem Altenteil. Das behagte ihm aber eines Tages nicht mehr, und er beschloß, General zu werden. Zu diesem Behuf steckte er sich vier Sternchen an die Schulterstücke und zahlreiche Ordensspangen an die Brust und machte sich nach Italien auf, wo er sich überall für den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Südeuropa ausgab. Er wurde hofiert, ihm zu Ehren wurden Empfänge gegeben, er wurde mit erlesenen Gerichten und Getränken bewirtet. Das ging so lange gut, bis der Polizei in Florenz auffiel, daß der hohe Guest ohne Leibwächter herumspazierte. Vorsichtig stellte sie Nachforschungen an und erfuhr, daß es einen General dieses Namens nicht gibt. Darauf wurde Alston festgenommen.

Marienbeleidigung

Die junge Französin Blandine Piegay, die in der Nähe von Saint-Etienne lebt, behauptet, hin und wieder erscheine ihr die Jungfrau Maria. Bevor ihr Vater mitsamt der Familie eine Wochenendfahrt antrat, gab er bekannt, daß die Mutter Gottes Sonnabend und Sonntag ausbleiben werde, weil sie mit

den Reportern böse sei, die über das „Wunder“ gespottet haben.

Militante Mode

Bei einer kürzlichen Modeschau in Los Angeles (USA) wurden kugelsichere Westen verschiedener Fasson in neun Farben vorgeführt. Mit einem dort ebenfalls vorgeführten Armband kann man, wenn man überfallen wird, dem Gangster einen elektrischen Schlag versetzen. Für reichere Leute wurde ein „Superwesten“ angeboten. Er ist gepanzert, hat besonders feste Stoßstangen, die Karosserie ist mit Schießscharten versehen, und aus dem Kofferraum kann Tränengas oder Öl abgelassen werden, womit man Verfolger abhängen kann. Wer dachte da nicht an James Bond!

Rekorde, Rekorde...



Jan Mould, ein Bauarbeiter, hat bei einem traditionellen Wettkampf in Frampton (England) gesiegt. Er hat in 39 Sekunden ein englisches Pfund (453,6 g) grünen Aal verzehrt. Der vorige Titelhalter hatte zwar auch schnell, aber „unappetitlich“ gegessen.

* * *

David Santamaria, Ansager bei einem Rundfunksender in Santo Domingo (Dominikanische Republik), besorgte die Ansage 338 Stunden oder mehr als 14 Tage und Nächte hintereinander. Damit schlug er den Nordamerikaner Bill Tinsley (genau 14 Tage und Nächte).

Zeichnungen:
V. Rosanzew

NEUE ZEIT

HA HEMELIKOM 93/84

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet airline